

Elmar L. Kuhn

Rote Fahnen über Oberschwaben - Revolution und Räte 1918/19

Inhalt

1. Friedrichshafen.....	3
Bis zur Revolution.....	4
Der Arbeiterrat.....	7
Die Führer.....	9
Programm und Praxis.....	10
Arbeiter-Bewegungen.....	14
Arbeiter und Bürger.....	15
"Möglichkeitsmoment".....	17
2. Oberschwaben.....	20
Die Revolution.....	22
Die Arbeiterräte.....	27
Programm und Praxis.....	32
Die Gegner.....	38
Arbeiter-Bewegung.....	42
Die Bauernräte.....	47
Die Bürgerräte.....	61
Die Soldatenräte.....	67
3. Die Revolution im regionalen Geschichtsbild.....	73

Vielfach wird die Malaise deutscher Demokratie damit begründet, dass die Deutschen in ihrer Geschichte nicht auf eine erfolgreiche Revolution zurückblicken können. Eine solche Behauptung zementiert die beklagte Folge, denn sie ist falsch. Weitert man die Kriterien für eine Revolution nicht so weit aus, dass gar keine mehr übrigbleibt,¹ stimmen die Historiker und erst recht die damaligen Zeitgenossen darin überein, dass in Deutschland im November 1918 eine Revolution stattgefunden hat. Darüber hinaus gibt es keinen Konsens: über Erfolg, Erfolgsaussichten, Erfolgswünsche, Verantwortlichkeiten, Folgen. "Die einen hatten überhaupt keine Revolution, die anderen ein wesentlich anderes Ergebnis der Revolution gewollt"². Viele, die sich mit der Revolution identifizierten, lehnten die daraus entstandene Republik ab, viele, die sich mit der Republik identifizierten, lehnten ihre Entstehung aus der Revolution ab. Das Scheitern der Republik erschwerte, dass die Revolution, die die erste Deutsche Republik gebracht hatte, als positiver Kernbestand demokratischer Tradition in der zweiten Republik gewertet wurde.

Aber nicht nur die Meinungen der Zeitgenossen liefen diametral auseinander, auch die Forschungsgeschichte³ bezeugt, wie sehr die Urteile der Historiker über die Revolution von politischen Konjunkturen und Standorten bestimmt wurden und werden. Nach den eifrigen Forschungen und Kontroversen der 60er und 70er Jahre ist es in der Geschichtswissenschaft ruhig um 1918/19 geworden. Die "Revolution" 1989 hat zusätzlich dazu beigetragen, das Rahmenthema Arbeiterbewegung ins wissenschaftliche Abseits zu drängen. Die konträren wissenschaftlichen Positionen zur Revolution haben sich eingeegelt. "Es kann kein verbindliches, allseits akzeptiertes und gesichertes Bild der deutschen Revolution entworfen werden"⁴.

Bewegung in die wissenschaftliche Bewertung der Revolution brachte in den 60er Jahren die Rezeption zahlreicher Lokal- und Regionalstudien. Nicht eine bloße Alternative "soziale Revolution oder konservative parlamentarische Republik" hätte Ende 1918 bestanden, sondern eine breite demokratische Volksbewegung hätte der Regierung einen wesentlich größeren Handlungsspielraum eröffnet. Die Welle der Revolutionsforschung der 60er und 70er Jahre hat Oberschwaben nicht erreicht. Die Brandung endete in Stuttgart und München, der Bodensee blieb ganz stilles Gewässer. In den Lokalgeschichten war nur von den schweren Jahren des Weltkriegs und der Inflation die Rede, die Revolution gab es nur in den Hauptstädten. Gefallenenlisten waren allemal wichtiger als Räte. Das hat sich erst in den späten 80er Jahren geändert. Nun erfährt man auch aus den größeren neueren Stadtgeschichten wie Biberach, Friedrichshafen, Weingarten und den badischen Nachbarstädten Konstanz und Singen⁵ etwas über die politischen Vorgänge dieser Jahre. Bestandteil des regionalen oder lokalen Geschichtsbildes ist die Revolution freilich nicht geworden, in den neueren Gesamtdarstellungen Oberschwabens findet die Revolution immer noch nicht statt⁶.

Eine Ausnahme bildet Friedrichshafen. Schon die ältere Literatur zur Revolution in Württemberg⁷ behandelte die Ereignisse in Friedrichshafen im allgemeinen ausführlicher. Paul Hahn, der Kommandant der württembergischen Sicherheitstruppen 1919, zählte in seinen Erinnerungen Friedrichshafen neben Stuttgart, Kiel und München als "Hochburgen des revolutionären Vortrupps" auf⁸. Und Eberhard Kolb, der Klassiker der neueren Räteforschung, sprach dem Revolutionsverlauf in Stuttgart und Friedrichshafen einen "Modellcharakter für die Aussichten eines linksradikalen Umsturzversuchs" zu⁹. Überspitzt könnte man

sagen, die deutsche Novemberrevolution begann in Friedrichshafen, denn hier setzten die Demonstrationen mit revolutionären Forderungen am frühesten ein, wenn man vom Bodensee aus freilich keine Regierung stürzen konnte.

So zeichnen sich schon nach oberflächlichen Lektüren deutliche Unterschiede im Revolutionsverlauf innerhalb Oberschwabens ab, entsprechend dem unterschiedlichen Industrialisierungsgrad der einzelnen Städte und Teilregionen. Ich frage im folgenden, was kann Revolution in Oberschwaben überhaupt heißen, wie setzt sie sich durch, woher kommen die Anstöße, sind Programme erkennbar, wie verhalten sich Kleinbürger und Bauern, welche Widerstände artikulieren sich, welche Änderungen werden durchgesetzt? Zunächst werden paradigmatisch die Vorgänge in Friedrichshafen geschildert, es folgt ein Überblick über das übrige Oberschwaben, die verschiedenen Rätetypen werden vorgestellt und am Schluss ein Resümee versucht. Ich muss mich auf die Anfänge der Revolution und die Rolle der Räte konzentrieren, die Bewegungen über das Jahr 1919 hinaus kann ich nur andeuten. Die Kenntnis der üblichen Periodisierung, der wesentlichen Ereignisse auf Reichs- und Landesebene sowie der kontroversen Urteilspositionen setze ich voraus. Es sei erinnert an die übliche Phasengliederung¹⁰:

- die Zeit der Hoffnungen vor der Revolution,
- die Zeit der Entscheidungen, der demokratischen Volksbewegung im November/Dezember 1918,
- die Zeit der Enttäuschungen mit der Radikalisierung im Januar bis Mai 1919 und der dritten Revolutionsphase bis zum Frühjahr 1920
- und schließlich die unruhigen Jahre der Inflationszeit bis Ende 1923.

1. Friedrichshafen

Erst der Krieg zwang Friedrichshafen mit seinen 7.000 Einwohnern die Entwicklung zur Industriestadt endgültig auf¹¹. Bis 1900 bestimmten Handel, Residenz und Sommerfrische Leben und Bewusstsein in der Stadt. Auch Bau und Aufstiege der Luftschiffe ab 1900 wirkten sich zunächst positiver als Touristenattraktion aus, als auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt. Die nationale Euphorie über die "Siege im Luftmeer" förderte die Kalifornien-Stimmung in der Stadt, aber vor dem Krieg beschäftigten der

Luftschiffbau, eine Flugzeugfabrik, eine Lederfabrik und die Eisenbahnwerkstätte zusammen kaum 1.000 Arbeiter. Im Weltkrieg wurden die Friedrichshafener Firmen rapid zu einem Zentrum der Rüstungsindustrie ausgebaut, wurden ca. 60 Luftschiffe fertiggestellt, der Maybach-Motorenbau produzierte Flugzeugmotoren, der Flugzeugbau Friedrichshafen etwa ein Drittel aller deutschen Marineflugzeuge. Am Ende des Krieges arbeiteten mindestens ca. 10.000 meist zwangsverpflichtete Beschäftigte in den Rüstungsfirmen.

Bis zur Revolution¹²

Der Krieg ist auch in Friedrichshafen begeistert begrüßt worden. Doch die Stimmung sinkt, als der versprochene Sieg Jahr um Jahr ausbleibt, die Arbeitszeit immer länger, die Lebensmittelversorgung immer schlechter und die zunächst guten Löhne der Rüstungsarbeiter durch die beginnende Inflation entwertet werden. Da die immer weiter zunehmenden und aus ganz Deutschland zwangsverpflichteten Arbeitermassen in der Stadt keine Unterkünfte mehr finden, müssen sie in Massenlagern, z. T. in benachbarten Städten, untergebracht werden. Viele der Arbeiter sind vom Militärdienst vorläufig freigestellt, müssen jederzeit damit rechnen, an die Front beordert zu werden. Ihre Opfer müssen ihnen fragwürdig scheinen, wenn sie von den großen Gewinnen der Firmen durch den Krieg erfahren und sehen müssen, wie gut es sich so mancher Kurgast noch gehen lassen kann, wodurch "der Unterschied zwischen Reich und Arm täglich ... bedrohlicher in Erscheinung"¹³ tritt. Die Autorität der staatlichen Behörden schwindet, als sie die Verpflegung nicht mehr sicherstellen können, aber gegen Kritik massiv vorgehen. Die Aussagen über Klassengegensätze, über die Funktionen von Staat und Krieg, die die Sozialdemokratie vor 1914 verbreitet hatte, scheinen durch die Kriegserfahrungen wieder plausibel. Praktische Konsequenzen aus dieser Theorie zu ziehen, propagiert jetzt aber nur noch der linke Flügel der Arbeiterbewegung, die während des Krieges von der SPD abgespaltene Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) und der ihr angehörende Spartakusbund. Diese Organisationen gewinnen ab 1916 unter den Friedrichshafener Arbeitern an Einfluss, so dass die Stadt und insbesondere die Flugzeugwerke bald von der Regierung "als der bedenklichste Gefahrenherd politischer Unruhen in Württemberg angesehen"¹⁴ werden. Eine Flugblattaktion im Juli 1916 zugunsten Karl Liebknechts bleibt noch isoliert, aber vom Jahresende 1916 an werden in etwa halbjährlichem Abstand Lohnforderungen immer dringlicher

erhoben. Im Januar 1917 wird im Flugzeugbau erstmals gestreikt, ein weiterer Ausstand im Sommer nur durch staatliches Streikverbot verhindert. Im August 1918 drohen bereits Unruhen; eine Plünderung der Metzgerläden und besseren Gasthöfe können Wachen und Polizei gerade noch verhindern. Unter den Arbeitern verbreitet sich die Meinung: "Eine Regierung gibt es nicht mehr. Die Bestimmungen bestehen noch, aber regieren tut niemand mehr"¹⁵. Als sich die militärische Niederlage im Herbst nicht mehr verbergen lässt, sieht der größte Teil der Bevölkerung weitere Opfer als sinnlos an. Die Militärbehörden müssen "eine allgemein trostlose Verfassung der Gemüter, ja schlechtweg ... einen Niederbruch der Nerven"¹⁶ feststellen, die im Mittelstand und auf dem Lande noch ausgeprägter als in Arbeiterkreisen sind. Der württembergische General von Ebbinghausen sieht ein: "Schluss um jeden Preis - war die Losung!"¹⁷ Offen revoltieren schließlich die Arbeiter und Soldaten und führen damit das Kriegsende, das Ende der Monarchie und die Republik herbei. Möglich ist dies aber nur, weil auch Landbevölkerung und Bürgertum, ja kein einziger Soldat und Offizier bereit sind, noch einen Finger für die Erhaltung des alten Systems zu rühren.

Die erste Friedensdemonstration in Friedrichshafen findet am 22. Oktober nach einer Betriebsversammlung beim Maybach-Motorenbau statt. Bei neuen sich steigernden Demonstrationswellen am 24. und 26. Oktober fordern die von 300 über 700 auf 4.000 anwachsenden Teilnehmer zunächst Frieden, dann die Republik, schließlich den Sozialismus. Nachdem Österreich am 3. November den Krieg beendet, sich in Kiel die Revolte zur Revolution ausweitet und am 4. in Stuttgart der Generalstreik ausgerufen wird, folgen die Friedrichshafener Arbeiter dem Stuttgarter Beispiel am 5. November. Sie wählen einen Arbeiter- und Soldatenrat durch Zuruf, einen der ersten in Deutschland. Eine Versammlung von 8.000 Mann lässt an das Innenministerium ihre Forderungen telegrafieren: sofortigen Frieden, Abdankung aller Dynastien, Regierungsübernahme durch die Räte, Sozialisierung, 7stündige Arbeitszeit, Demokratisierung des Heeres. Sie übernehmen damit die Ziele des Stuttgarter Arbeiterrats, die wiederum auf ein Manifest der württembergischen USPD vom 30. Oktober und einen Aufruf des Spartakusbundes vom 16. Oktober zurückgehen. Würden ihre Forderungen nicht erfüllt, seien die Friedrichshafener Arbeiter gewillt, sie "zu erzwingen und ggf. durch die Waffe der Revolution zu unterstützen"¹⁸. Die Stimmung sinkt am Tag danach, als bekannt wird, dass in Berlin der Generalstreik ausgeblieben ist. Da man nicht erfährt, dass die Revolution bereits

die norddeutschen Städte, Frankfurt und München erfasst hat, nehmen die Friedrichshafener die Arbeit wieder auf. Einem forschen von Stuttgart nach Friedrichshafen entsandten staatlichen Sonderkommissar gelingt es durch die Verhaftung der Arbeiterräte fast, den Konflikt wieder anzuhetzen, doch lässt das Amtsgericht die Verhafteten wieder frei. Am 8. November, als der Sieg der Revolution in Deutschland absehbar ist und in Stuttgart bereits eine neue parlamentarische Regierung unter Beteiligung der Sozialdemokraten gebildet wird, herrscht in Friedrichshafen wieder Ruhe.

Die Revolution wird in Friedrichshafen zwar früher als in den meisten anderen deutschen Städten gefordert, aber erst zwei Tage später gefeiert. Am 9. November, als in Reich und Land die Monarchien gestürzt, neue republikanische Regierungen unter Führung der SPD gebildet werden, tritt in Friedrichshafen nur der Arbeiter- und Soldatenrat wieder zu einer Sitzung zusammen, nun allerdings im Rathaus, und lässt das Landsturmataillon entwaffnen. Der Sonntag, 10. November, wird zur Agitation benützt. "Bis in die entlegensten Gemeinden des Seebezirks wurden unsere Ideen durch Redner und Flugblätter getragen"¹⁹. Erst am Montag, 11. November, findet die große Revolutionsfeier statt: "Um halb zehn Uhr war Massenversammlung vor dem Saalbau, die Glockengeläute von beiden Kirchen aus ankündigte. In verschiedenen Ansprachen wurde die neue Staatsumwälzung gefeiert ... anschließend an diese Massenkundgebung fand ein großer Demonstrationzug durch die Stadt nach dem Rathausplatz statt, der die nach 8.000 bis 10.000 zählende Menge nicht fassen konnte und alle anschließenden Straßen füllte. Im Zuge, den Trommler und Stadtkapelle eröffneten, befanden sich so ziemlich alle Stände der Einwohnerschaft und viele Gäste von auswärts. Im einzelnen beteiligten sich hieran: Kriegsinvaliden, der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, Matrosen des Kommandos LZ 72, der Maybach-Motorenbau GmbH, die Garnison Löwental, der Luftschiffbau Zeppelin GmbH, Flugzeugbau Friedrichshafen GmbH, die Bodenseeflotte, die Angestellten des Zeppelin-Werks Lindau GmbH, Abteilung Seemoos, die Fliegertruppen, die Zahnradfabrik Friedrichshafen GmbH, die Flak-Truppen, die Gemeinde- und Staatsarbeiter und -angestellten, die Lederfabrik Hüni & Comp. und schließlich Ordnungsmannschaften. Nach Eintreffen des Zuges auf dem Rathausplatz wurde auf dem Rathaus die rote Fahne der Republik gehißt und mehrere Ansprachen gehalten, von denen jene des Generaldirektors Colman besonderen Eindruck machte. Er bekannte sich u.a. zu der Tatsache, dass nichts uns retten könne, als die

internationale Völkerverbrüderung und dass es Verdienst der Sozialdemokratie sei, wenn Deutschland gerettet werde. Wenn es je einen großen Tag in Deutschland gegeben habe, dann sei es der heutige. Um halb ein Uhr löste sich die Demonstration in vollster Ordnung auf"²⁰.

Der Arbeiterrat

Eine der wichtigsten Forderungen der Friedrichshafener Demonstranten vom 5. November ist die Einführung des Rätessystems. Die Räte als Alternative zu Parlament und Regierung und als Organe einer Basisdemokratie mit den Betrieben als Einheiten von Willensbildung und imperativem Mandat sollen eine unmittelbarere Verbindung zwischen Mandatsträgern und Basis sicherstellen. In der ersten Kundgebung der württembergischen provisorischen Regierung vom 09.11.1918 werden die Arbeiter- und Soldatenräte zwar erwähnt, aber nichts über die Kompetenzen ausgesagt, im zweiten Aufruf vom 11. November beansprucht die provisorische Regierung "die gesamte öffentliche Gewalt" für sich²². "Real habe sich die Macht nach Ansicht des Vorsitzenden der Regierung Bloß von selbst so verteilt, dass der ... Regierung die Exekutive, dem Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle zuviel"²³. Erst am 14. Dezember erlassen Regierung und Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats "Satzungen für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Württembergs". Zwar werden die Räte vollmundig als "revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems" bezeichnet, doch sind sie nur "von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den auf die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen; sie kontrollieren die Durchführung der ... getroffenen Maßnahmen". Sie haben "jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungstätigkeit" zu unterlassen²⁴.

Nach späteren Angaben der Akteure wurde der Friedrichshafener Arbeiterrat "schon längere Zeit vor Ausbruch der Revolution ... ins Leben gerufen"²⁵. Bei der Streikversammlung am 5. November wählen die anwesenden 4.000 Arbeiter durch Zuruf einen 32köpfigen Arbeiter- und Soldatenrat, der wiederum 10 Personen in das Exekutivkomitee entsendet. Nach der Revolution konstituiert sich der Rat neu, nun quasi legal. Nach dem Abschluss aller Zuwahlen in Beamten- und Angestelltenversammlungen und in den Oberamtsgemeinden umfasst die Vollversammlung über 80 Mitglieder, darunter 40 Vertreter der Arbeiter, 7 der

Angestellten, 7 Beamte, etwa 34 Bauernräte als Vertreter der Landgemeinden und einen Soldatenrat. Damit haben sich in Friedrichshafen Vertreter aus fast allen Oberamtsgemeinden und die verschiedenen Arbeitnehmergruppen zu einer gemeinsamen Räteorganisation zusammengefunden, allerdings keine Selbständigen aus der Stadt. In Friedrichshafen sitzen "neben dem Mann in der Werkstatt höhere Beamte, Rechtsanwälte und Lehrer"²⁶. Diesem breiten Vertretungsspektrum entsprechend nennt sich der Rat offiziell ab Januar 1919 "Bezirks-Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat". Meist werden allerdings verschiedene Kurzformen verwendet. Die Vollversammlung tagt zunächst wöchentlich, später alle 14 Tage im "Seehotel"; nach dem Frühjahr 1919 werden die Sitzungen seltener.

Unmittelbar nach der Revolution bildet der Rat für seine verschiedenen Aufgaben Kommissionen: für die Presse, den Grenzschutz, Telegraf und Post, Eisenbahn und Verkehr, Lebensmittelversorgung, Militär und Gemeindekontrolle, an der Spitze den Vollzugsausschuss. An deren Stelle treten im Dezember fest bezahlte Funktionäre, zunächst 9 mit 3 Schreibfräuleins, ab Februar nur noch 4, von denen einer in Tettngang das Oberamt kontrolliert. Gegenüber der Kontrolle der Verwaltung tritt bald die Mithilfe bei der Lebensmittelversorgung und der Wohnraumbewirtschaftung in den Vordergrund. Dadurch lassen sich die Arbeiterräte in die Verantwortung einbinden, an der Bewältigung der Kriegsfolgen mitzuarbeiten.

Einen immer größeren Teil ihrer Energien müssen die Räte aber schließlich für den Kampf um ihre Existenz aufwenden. Finanziert werden sie zunächst von Stuttgart aus. Mit 15.000 RM erhält Friedrichshafen nach Stuttgart die zweitgrößte Summe eines lokalen Rates, ein Indiz, welche Bedeutung der Industriestadt am See zugemessen wird. Aber als ab Dezember die lokalen Behörden die Kosten zu tragen haben, womit die zu Kontrollierenden ihre Kontrolleure zu bezahlen haben, benutzen sie diese Möglichkeit sofort, den Räten das Leben schwer zu machen. In immer erneuten Schreiben kritisiert insbesondere der Oberamtmann die Zahl der Funktionäre und Sitzungen und die Höhe der Tagegelder. Immer wieder setzen die Zahlungen aus, so dass die führenden Räte auch privat "durch diese Schlamperei in die größte Notlage versetzt"²⁷ werden.

Die Führer

Die bei der Revolution in Friedrichshafen führenden Personen sind alle erst während des Krieges in die Stadt am See zur Arbeit in der Rüstungsproduktion gekommen. Mehrere treten schon vor 1918 als Mitglieder der Arbeiterausschüsse, Vorläufer der späteren Betriebsräte, oder als Flugblattverteiler hervor. Die wichtigsten Personen ziehen aus Stuttgart zu. In Stuttgart aber ist der linke Flügel der Arbeiterbewegung, die USPD und der Spartakusbund besonders stark, hier hat sich die Sozialdemokratie bereits 1914 und damit am frühesten im Reich organisatorisch gespalten. Aus Stuttgart kommt am 24. Oktober Fritz Rück, der Landesvorsitzende der USPD, und entwickelt "die Grundzüge des revolutionären Programms"²⁸. Am 26. Oktober sprechen wieder Rück und August Talheimer zu den Demonstranten, Talheimer ist bald einer der führenden Köpfe der KPD. Rück steht in enger Verbindung mit Leo Jogiches, dem fähigsten Organisator des Spartakusbundes in Berlin. In Stuttgart holen sich die Arbeiterratsmitglieder Matthiesen und Thomas am 5. November Rat und werden auf der Rückreise mit der Bahn am 6. November zusammen mit Rück und August Talheimer verhaftet, die offenbar in Friedrichshafen die Bewegung wieder vorantreiben sollten. Jakob Braun, der Vorsitzende des Arbeiterrats bis in den Sommer 1919, USPD-, später SPD-Vorsitzender und Gemeinderat, ist 1916 aus Stuttgart zugezogen, wird sogleich der Verbreitung von Flugblättern verdächtigt und tritt 1917 als Vorsitzender des Arbeiterausschusses des Maybach-Motorenbaus hervor. Ludwig Reinhardt, der Geschäftsführer des Arbeiterrats, ist erst 1918 aus Stuttgart an den See gekommen, er ist USPD-Mitglied und gründet im Juli 1919 die Ortsgruppe der KPD. Drei weitere Personen sind nur kurzfristig in Friedrichshafen nachzuweisen. Bis auf einen Rechtskonsulenten sind von den 7 Führern der ersten Stunde alle gelernte Facharbeiter, zwischen 26 und 40 Jahre alt und meist beim Maybach-Motorenbau tätig, bei den meisten sind vorige Verbindungen zur Arbeiterbewegung in Stuttgart wahrscheinlich. Interessant ist die Diskrepanz in den politischen Einstellungen zwischen den Funktionären und der Vollversammlung des Arbeiterrats. Alle vier in der ersten Jahreshälfte 1919 tätigen Funktionäre sind USPD-Mitglieder, viele der Arbeitervertreter in der Vollversammlung wohl auch. Aber die Ordnungskoalition der "bürgerlichen Fraktion" mit den rechten Sozialdemokraten stellt in der Vollversammlung eigentlich die Mehrheit, allerdings bleiben die Bauernräte den Sitzungen häufig fern.

Programm und Praxis

Am 16. Juni 1919 schickt der Bezirks-ABSR Friedrichshafen einen Bericht an den Landesausschuss der Arbeiterräte zum Abdruck in dessen Korrespondenzblatt. Dazu mag sich der Landesausschuss allerdings nicht entschließen, Erfolgsmeldungen des einzigen von der USPD geführten Arbeiterrats will er nicht verbreiten. "Auf dem Büro (ist) dauernd ein Arbeiterrat anwesend, welcher Rechts- und andere Auskünfte erteilt ... die Tätigkeit des Arbeiterrates ist eine äußerst vielseitige. Friedrichshafen hat trotz der großen Industrie noch kein Gewerbegericht, bei Differenzen mit den Unternehmern gelang es uns in sehr vielen Fällen, schlichtend einzugreifen ... In vielen Fällen konnten sich die Unternehmer nicht entschließen, die gesetzlich vorgeschriebene 8-Stunden-Arbeitszeit einzuführen ... Auch auf dem Gebiet der Lebensmittelbeschlagnahme hat sich der Arbeiterrat erfolgreich betätigt ... ein besonders trübes Kapitel ist die Wohnungsnot ... Die Bauernräte haben auch schon eine Fülle positiver Arbeit geleistet"²⁹.

Diese Tätigkeiten sind weit entfernt von den Vorstellungen des Arbeiterrats am 5. November noch vor dem Sieg der Revolution und der Parole im "Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrates von Stuttgart und Württemberg" „Die rote Fahne“: "Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten"³⁰, sondern halten sich im Rahmen der Satzungskompetenzen vom 14. Dezember 1918. Aber schon das Flugblatt des ASRes, unterzeichnet auch vom USPD-Vorsitzenden Braun, das zur Volksversammlung am 11. November 1918 einlädt, beschränkt sich auf ausschließlich demokratische Forderungen, wie die "Durchführung der republikanischen Staatsverfassung", allgemeines Wahlrecht, Verhältniswahl, Neuwahl der Parlamente und erwähnt Rechte der Räte gar nicht³¹. Wieder schreibt man in Friedrichshafen einfach das Stuttgarter Programm ab, war es am 5. November das Programm der Stuttgarter USPD, so jetzt das Kompromissprogramm von Gewerkschaften, SPD und USPD vom 9. November.³²

Zunächst ist der Arbeiterrat voll mit praktischer Arbeit beschäftigt, erst 1919 brechen Diskussionen über die weitere Rolle der Räte auf. Der SPD-Arbeiterrat Hertlein erklärt der Vollversammlung vom 22. Februar, "dass mit den Wahlen zu den Gemeindegemeinschaften die Arbeiterräte als erledigt zu betrachten seien" (die Wahlen sollen am 20. Mai 1919 stattfinden). Demgegenüber besteht USPD-Arbeiterrat Reinhardt darauf, "dass die Arbeiterräte so lange bestehen müssen, bis in jeder

Beziehung die Errungenschaften der Revolution als gesichert zu betrachten sind"³³. Mit dieser Auffassung bleibt er aber gegenüber "Bürgerlichen und Mehrheitssozialisten" in der Minderheit. Beide Seiten billigen den Räten nur eine transitorische Funktion zu, sind sich allerdings über den Zeitpunkt uneinig, zu dem sie überflüssig werden sollen. Eine "große Versammlung der Industrie-Arbeiterschaft", die wenige Tage später wohl auf Betreiben der USPD zusammenkommt, nimmt eine EntschlieÙung an: "Die Arbeiterräte ... sind die Träger der politischen und ausübenden Gewalt. Sie entsenden in die Körperschaften und Behörden Vertrauensmänner, um dort die Wünsche und Beschwerden des arbeitenden Volkes vorzubringen"³⁴. Das klingt widersprüchlich und beschränkt konkret die Räte auf eine Rolle als Interessenvertretung.

Innerhalb eines Monats radikalisiert sich die Position der USPD. Entgegen der abnehmenden Bedeutung der Rätepraxis gewinnt die Rätetheorie an Bedeutung. Im Generalstreik im April 1919 propagiert die "Rote Seefahne, Mitteilungsblatt der Streikleitung": "Die Befugnisse der Räte müssen weitergezogen werden, wenn sie tatsächlich die Interessen des Proletariats wahrnehmen sollen. Die alten Organe der Gesetzgebung und Verwaltung, Parlamente, Gericht, Polizei und Behörde müssen verschwinden. Ihre Funktionen übernehmen die Räte, sie vereinigen zugleich beschließende und ausführende Gewalt in sich. Die Wahl erfolgt durch die Arbeiterschaft in den Betrieben ... Die Arbeiter- und Soldatenräte bilden die Basis, auf welcher sich die Räterepublik der Zukunft aufbaut"³⁵. Reinhardt ist "der Meinung, dass Parlamentarismus und Rätensystem ein Unsinn seien, sie könnten auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen"³⁶. Die USPD kehrt damit wieder zu ihrem Programm vom 5. November 1918 zurück. In einer Parteiversammlung Anfang Mai weist die USPD den Räten kaum mehr überbietbare Aufgaben zu: "Im Rätensystem hat sich die proletarische Revolution ihre Kampforganisation geschaffen ... sie schafft den Proletariern das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden, im Staate. Sie führt die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische durch"³⁷. Die SPD zieht nach, beharrt jedoch auf einer systemimmanenten Rolle der Räte. So formuliert Hertlein am 7. Mai auf einer SPD-Versammlung, das Rätensystem solle "vorläufig nicht abgeschafft werden. Dieses System soll jedoch mehr die wirtschaftliche Seite innerhalb unseres Volkes im Ganzen vorantreiben, darin Mitbestimmungsrecht zu erreichen es soll und muss": Räte zwar als dauerhafte, aber nicht als politische, sondern als wirtschaftliche Mitbestimmungsorgane³⁸.

In einem Konflikt zwischen SPD und USPD über die Haltung des Arbeiterrats zu den Reserve-Sicherheitstruppen, einer gegenrevolutionären Bürgerwehr, erzwingen Oberamtmann und Landesausschuss Anfang Mai eine Erweiterung des Vollzugausschusses, der nur noch aus den 4 fest angestellten USPD-Funktionären besteht, um 3 SPD-Mitglieder. Kurz darauf droht das Ende für die Arbeiterräte im ganzen Land. Die bürgerliche Mehrheit des Landtags setzt im Juni einen Beschluss durch, wonach die Räte bis zum 15. Juli aufzulösen seien. Dagegen protestiert der Arbeiterrat von Friedrichshafen in seiner Vollversammlung am 28. Juli: "Der Beschluss ist geeignet, unter der arbeitenden Bevölkerung große Erbitterung hervorzurufen, da die Arbeiterräte als wertvollste Errungenschaft der Revolution von der Arbeiterschaft betrachtet werden. Wir fordern vielmehr, dass die Arbeiterräte von der Regierung voll und ganz anerkannt werden ... Um die Arbeiter- und Bauernräte vollständig unabhängig vom Oberamt und den Gemeindebehörden zu machen, hat die Regierung die Kosten zu tragen"³⁹. Die bürgerliche Fraktion im Arbeiterrat geht nicht soweit, hält aber auch "den Beschluss der Landesversammlung ... für verfehlt ..., solange nicht durch Gesetz für Einsetzung der Betriebsräte eine ähnliche Einrichtung geschaffen ist"⁴⁰. Der Landtag hebt am 16. Juli seinen Auflösungsbeschluss auf, schränkt jedoch die Aufgabe der Räte nun ein: "Die Arbeiter- und Bauernräte kontrollieren die Durchführung der von der Regierung und ihren Behörden einschließlich der Kommunalverbände getroffenen Maßnahmen und Ordnungen. Gegenüber den Gemeindebehörden steht ihnen ein Kontrollrecht bei der Durchführung von Maßregeln auf dem Gebiet des Ernährungs- und Wohnungswesens zu"⁴¹.

Aber die Funktionäre des Friedrichshafener Arbeiterrats kommen im Sommer in doppelte Bedrängnis: von bürgerlicher Seite werden sie als "entbehrliche Einrichtung"⁴² angegriffen, ihre Parteien USPD und KPD (der Geschäftsführer des Arbeiterrats gründet im Juni die KPD-Ortsgruppe) drängen die Funktionäre zum Rücktritt. In einer Versammlung am 28. Juli stellen die "Arbeiterräte der KP" vorsichtig die Frage: "Ist der Arbeiterrat für Friedrichshafen eine Notwendigkeit?"⁴³ Am 18. August verlassen die drei USPD-Mitglieder und der KPD-Geschäftsführer den Vollzugausschuss, wohl unter dem Druck ihrer Parteiführungen in Stuttgart. Reinhardt bleibt sogar noch bis zum 13. September Funktionär, auch ein SPD-Mitglied schließt sich dem Schritt seiner linken Kollegen an. Was aber auf Reichs- und Landesebene eine Reaktion auf die permanente Unterlegenheit der USPD-

Mitglieder in Vollversammlung und Exekutivkomitees ist, ist in Friedrichshafen der Verzicht auf die maßgeblich aktive Rolle im Arbeiterrat.

In der Vollversammlung vom 21. August 1919, die die letzte sein sollte, wird als neuer Geschäftsführer und nunmehr einziger angestellter Funktionär das SPD-Mitglied August Groß sowie ein neuer Vollzugsausschuss gewählt. Dieser nun eindeutig von der SPD beherrschte Arbeiterrat sieht seine Hauptaufgabe in der Kooperation mit den Behörden, nicht mehr in ihrer Kontrolle: "Der Arbeiterrat soll mit den Behörden zusammenarbeiten, damit wirkliche praktische Arbeit geleistet werden könne, eine Notwendigkeit, die sehr viel zu wünschen übrig ließ"⁴⁴. Am 24. September schreibt der neue Geschäftsführer stolz nach Stuttgart: "Das Zusammenarbeiten von seiten des Bezirksarbeiterrates mit der Gemeinde und dem Oberamt ist ein bedeutend besseres geworden"⁴⁵. Gegen einen solchen Arbeiterrat haben die Behörden keine Bedenken mehr. Selbst die Finanzierung bereitet nun keine Schwierigkeiten mehr. Zu den mehrfach angekündigten und lange Zeit sowohl vom Oberamt wie von der Linken geforderten Neuwahlen kommt es nicht mehr. Resignativ stellt der Geschäftsführer Groß am 15. Dezember 1919 fest: "Die ganze Arbeiterschaft am hiesigen Platze hat sich im Gewerkschaftskartell zusammengefunden, um gemeinschaftlich gegen das Schieber- und Wuchertum zu kämpfen. Es sind Kommissionen gewählt worden, welche die Sache in die Hand nehmen ... Meine Ansicht ist von vornherein die - entweder müssen den Arbeiterräten weitere Rechte eingeräumt werden oder sollen sie sich auflösen"⁴⁶. Zum 1. März 1920 schließt der Vollzugsausschuss sein Büro in Friedrichshafen. Von seiner Tätigkeit liest man nichts mehr. Der Landesausschuss löst sich einen Monat später, zum 31. März 1920, auf. Damit entsprechen sie dem Willen der SPD und der Mehrheit der Nationalversammlung, die Rolle der Räte auf betriebliche Interessenvertretungen zu reduzieren, die Betriebsräte, bloße Fortentwicklungen der seit 1891 freiwilligen und seit 1916 vorgeschriebenen betrieblichen Arbeiterausschüsse. Am 4. Februar 1920 tritt das Betriebsrätegesetz in Kraft, ein "Staatsbegünstigungsgesetz erster Klasse für die Rätebewegung"⁴⁷, im März werden in Friedrichshafen die Betriebsräte gewählt. Nur in der Rhetorik der linken Parteien leben die Arbeiterräte weiter. Die USPD veranstaltet vier Vorträge zum Räteystem im Herbst 1919. Die KPD verkündet am 19. September 1919 die "künftige Herrschaft des Räteystems"⁴⁸. Im Mai 1920 propagiert sie nochmals massiv die "Wahl politischer Arbeiterräte"⁴⁹. Noch im Februar 1933 wird von Seiten der KPD

"schließlich die Forderung nach Errichtung der Arbeiter- und Bauernräte wieder laut"⁵⁰. Drei Wochen später werden die örtlichen KPD-Führer verhaftet.

Arbeiter-Bewegungen

Die Machtfrage in Reich und Land ist Anfang 1919 eigentlich entschieden, aber in der "Zeit der Enttäuschungen" beginnen nun die "verzweifelten Versuche einer Revision". Die aufeinanderfolgenden Wellen von Streiks und großen Demonstrationen zähle ich hier nur knapp auf. Schon im Januar 1919 fürchtet die Regierung einen Putschversuch in Friedrichshafen und lässt Sicherheitstruppen patrouillieren. Aber die erste größere Demonstration im Februar wird nicht durch Umsturzpläne, sondern eine Milchpreiserhöhung ausgelöst. Den Anlaß zum großen württembergischen Generalstreik Anfang April 1919 geben zwar konkrete Regierungsmaßnahmen, aber der "Aktionsausschuss des geeinten Proletariats" unter Führung der USPD zielt auf mehr. Die "Rote Seefahne" in Friedrichshafen fordert, nun gelte es, den "Sozialismus in die Tat umzusetzen"⁵¹. Nach fünf Tagen endet der Streik erfolglos.

Über Putschgerüchte, kleinere Streiks, Teuerungsdemonstrationen berichten die Zeitungen in den folgenden Jahren immer wieder. Gegen den Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 streiken und demonstrieren die Friedrichshafener Arbeiter zwei Tage. Dann scheinen sie zu resignieren, denn an dem großen württembergischen Steuerstreik im August 1920 gegen den neu eingeführten Lohnsteuerabzug nehmen sie nicht teil. Gegen die Mörder Erzbergers im August 1921 sowie gegen die Mörder Rathenaus im Juni 1922 veranstalten die Gewerkschaften große Protestversammlungen, jeweils ohne Beteiligung der Parteien, denen die Toten angehörten.

Als die Unternehmer eine der letzten verbliebenen Errungenschaften der Revolution zu Fall bringen wollen, den 8-Stunden-Tag, wehren sich die Arbeiter erbittert von März bis Juni 1922 im Süddeutschen Metallarbeiterstreik, eigentlich einer Aussperrung, 11 Wochen lang, in Friedrichshafen noch länger als sonst, ohne Erfolg. Ende 1923 ist die politische Lage derart angespannt, dass alle Seiten aufrüsten, der offene Bürgerkrieg steht bevor. Die KPD stellt Handgranaten her, die Nazis führen militärische Übungen durch, der Stadtschultheiß bildet eine bewaffnete Bürgerwehr, die Polizei löst Betriebsversammlungen auf und besetzt zweimal die Fahrradfabrik.

Arbeiter und Bürger

Die Kräfteverhältnisse in der Stadt haben sich in den ersten Monaten nach der Revolution rasch und drastisch verändert. Innerhalb von zwei Monaten gehen die Arbeiterzahlen in der Stadt auf wenig mehr als ein Viertel zurück. Nun stehen einer Einwohnerschaft von etwa 11.000 Einwohnern nicht mehr etwa fast gleichviel fremde Arbeiter gegenüber, sondern sind nur noch etwa ein Drittel der in der Stadt wohnenden Berufstätigen beim Luftschiffbaukonzern beschäftigt, wozu noch etwa 800 Einpendler kommen. Diese Veränderungen des Kräfteverhältnisses registriert das "Seeblatt" erfreut: "Mit dem Abbau der Kriegsindustrie scheinen sich auch die Reihen der sozialdemokratischen Parteifreunde wesentlich gelichtet zu haben"⁵².

Verhält sich das Bürgertum gegenüber den vorrevolutionären Demonstrationen in Friedrichshafen "allzu gleichgültig und tatenlos"⁵³, wie der preußische Gesandte in Württemberg berichtet, so erklären seine Repräsentanten in den ersten Tagen nach der Revolution ihre Bereitschaft, mit "den übrigen Kreisen der hiesigen Stadt zusammenzugehen" und sogar zum „planmäßigen, friedlichen, organisierten Zusammenwirken von Bürgerschaft und Soldaten- Arbeiter- und Bauernrat ... Nur Einigkeit kann uns vor dem Schlimmsten bewahren!"⁵⁴ Bei den Gemeinderats-Ergänzungswahlen am 16. November nimmt der Katholische Männerverein sogar den SPD-Vorsitzenden Hänslers, der das Flugblatt zur Revolutionsfeier mitunterzeichnet hat, in seinen Wahlvorschlag auf. Hänslers wird daraufhin mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, während die weiteren SPD-Kandidaten keine Chancen haben. Bei den Bürgerausschusswahlen am 14. Dezember finden sich bereits alle bürgerlichen Parteien zu einem gemeinsamen Wahlvorschlag gegen die SPD zusammen, die nun keine Kandidaten mehr durchbringt. Beide Wahlen erfolgen allerdings noch nach dem alten Wahlrecht, das nur 8 % der Bevölkerung das Stimmrecht einräumt.

Bis Anfang Dezember gewinnt das Bürgertum wieder an Selbstbewusstsein, rückt von der Revolution ab. In einer überfüllten "Massenkundgebung" aller bürgerlichen Parteien am 8. Dezember 1918 "zeigt ... das Bürgertum seine Macht und seine Kraft". Noch relativ zurückhaltend formuliert der Zentrumsabgeordnete: "Die deutsche Revolution ist entweder zwei Jahre zu spät oder ein halbes Jahr zu früh gekommen." Ein anderer Redner wird konkreter: "Der größte Feind unserer neuen Freiheit ist der Bringer der Revolution" und die Redaktion zieht den Schluss: "Werfen

wir jetzt auch das Fremde hinaus, das wir innerhalb unseres Hauses haben"⁵⁵. Einen Monat später spricht es der Zentrumskandidat und spätere württembergische Staatspräsident Bolz in "harten, schneidenscharfen Worten" deutlicher aus: "Uns ist die Revolution von Norden gebracht, ... äußerlich hat uns die Revolution auf Gnade und Ungnade den Feinden überliefert"⁵⁶. Wiederholt wird diese Position im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung vom Zentrums-Arbeitersekretär: "Die Revolution hat uns nicht Freiheit, sondern Knechtschaft gebracht, sie hat der deutschen Front das Genick gebrochen und ... das Volk wehrlos gemacht; ... die Revolution war nicht notwendig, weil ja das Volksparlament schon vorhanden war"⁵⁷. Damit wird die verhängnisvolle "Dolchstoß-Legende" verbreitet, als ob die Revolution zur deutschen Niederlage im Krieg geführt hätte.

Bei den Wahlen im Januar 1919 treten dann die Stärkeverhältnisse zutage. Die Arbeiterparteien erhalten 37 %, davon 32 % die SPD, fast doppelt soviel wie vor dem Krieg, die USPD nur 5 %, das bürgerliche Lager 63 %, davon 43 % das Zentrum, das damit die absolute Mehrheit verliert⁵⁸. Die bürgerliche Hegemonie bleibt also erhalten, das Arbeiterlager umfasst eine starke Minderheit von etwa einem Drittel der Bevölkerung. Erstaunlich ist das schlechte Abschneiden der USPD, der Partei, deren örtliche Führer die vorrevolutionären Demonstrationen geleitet hatten und nun dem Arbeiterrat vorstehen.

Der starke Mann des Bürgertums ist der Generaldirektor des Zeppelin-Konzerns, der in der Revolution zunächst eine vermittelnde Rolle spielt, dann aber das Bürgertum bis zur Bewaffnung formiert und 1922 seinen Arbeitern die Aussperrung aufzwingt. Der Stadtschultheiß, der sich länger um Verständigung bemüht, was ihm Teile des Bürgertums verübeln, gibt sein Amt auf und stellt sich 1920 nicht mehr zur Wahl. Hardliner zusammen mit Colzman ist der Tettnanger Oberamtmann, der nach Kräften dem Arbeiterrat sein Wirken erschwert. Seinen Bemühungen ist es zu verdanken, dass in der ehemaligen Luftschifferkaserne vor der Stadt ab Frühjahr 1919 eine Sicherheitskompanie, die spätere Polizeiwehr, stationiert wird. Friedrichshafen ist von nun an eine belagerte Stadt. Nach dem Generalstreik wird diese Truppe noch durch die Bürgerwehr der Reserve-Sicherheitskompanie verstärkt.

Die Radikalisierung lässt sich an den Wahlergebnissen des Jahres 1920 ablesen: Innerhalb des immer noch ein Drittel umfassenden Arbeiterlagers überrundet die USPD mit 17 % die SPD, auf der anderen Seite gewinnt die DNVP fast 10 %, die

Zentrum und Liberale verlieren. Mit dem Verlust der Hoffnungen 1924 fallen die Arbeiterparteien auf ein starkes Viertel der Stimmen zurück, in die sich SPD und KPD teilen, bis in den zweiten Wahlen 1924 die SPD erstarbt. Am rechten Rand geben nun 5 % der Wähler der NSDAP ihre Stimme. Die großen politischen Lager mit ihrem Organisationsgeflecht igeln sich ein, das katholische Milieu mit seinen etwa 40 %, das Arbeiterlager mit nun noch etwa einem Viertel der Bevölkerung, die protestantische Gruppierung von etwa 20 % zerfällt Ende der 20er Jahre.

Friedrichshafen in der Weimarer Republik ist eine Stadt, um die Hälfte gewachsen gegenüber vor dem Krieg, es ist eine gespaltene Stadt mit einer unsicheren wirtschaftlichen Grundlage, abhängig vom Zeppelin-Konzern, eine Stadt, in der die Arbeiter an Einfluss gewonnen haben, aber Minderheit bleiben, intern politisch fraktioniert, misstrauisch bewacht von der Staatsmacht.

"Möglichkeitsmoment"?

In der Literatur werden im allgemeinen drei Räte Modelle unterschieden⁵⁹:

- Räte als Leitungsorgane und Ausdruck von Protestbewegungen,
- Räte als wirtschaftliche und soziale Interessenvertretungen,
- Räte als Selbstverwaltungsorgane einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft.

Der Friedrichshafener Arbeiterrat fungierte zunächst als vorrevolutionäres Kampforgan und strebte zumindestens verbal eine Funktion als nachrevolutionäres Selbstverwaltungsorgan an. De facto beschränkte er sich in der Zeit seiner legalen Existenz auf eine Rolle als Interessenvertretung. Von der Tätigkeit als Kontrollorgan gegenüber den lokalen Behörden sind zwar gegenseitiges misstrauen, aber keine konkreten Folgen bekannt. Am wichtigsten war wohl die Rolle als, wenn auch unerwünschtes, Aushilfsorgan der Stadtverwaltung, das deren Leistungs- und Legitimitätsdefizite ausglich. Damit besaß der Rat einen "objektiv systemstabilisierenden Charakter"⁶⁰. Entsprechend den württembergischen Satzungsbestimmungen hat der Arbeiterrat so gut wie nie in die Kompetenzen der Stadtverwaltung eingegriffen. Obwohl die Funktionäre des Rates links von der SPD standen, haben sie nicht versucht, die Rolle des Rates auf Kosten der Stadtverwaltung zu stärken. Flehentlich schrieben sie am 13. November 1918 nach

Stuttgart, um "Richtlinien" für ihre "Befugnisse"⁶¹. Es blieb bei der Verlautbarung des Stadtschultheißenamtes vom 15. November 1918: "Die gesamte Verwaltung auch in hiesiger Stadt nur von den bisherigen gesetzlichen Organen ausgeübt werden kann, welche in ... (bloßer, E. K.) Fühlungnahme mit den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates die Geschäfte weiterführen"⁶².

Der Zwist zwischen den Arbeiterparteien über die weitere Rolle der Räte 1919 wurde zwar bisweilen auch in den Vollversammlungen ausgetragen, blieb aber vornehmlich Thema der Parteiversammlungen und hatte keinen erkennbaren Einfluss auf die Praxis des Arbeiterrats nach außen. Von den Anhängern der bürgerlichen Parteien im Arbeiterrat hören wir in der Regel nur, wenn sie in diesen Kontroversen mit den rechten Sozialdemokraten stimmten. Die Bauernräte als Vertreter der Landgemeinden nahmen ausschließlich wirtschaftliche Interessen der Landbevölkerung gegenüber dem Kommunalverband wahr und blieben vielfach den Sitzungen fern. Über den einzigen Soldatenrat wusste die Presse gar nichts zu berichten, der eigene Soldatenrat in Löwental wurde Ende Januar 1919 mit den fortschreitenden Entlassungen aufgelöst. Für die neugebildete Sicherheitskompanie war der Garnisons-Soldatenrat Weingarten zuständig. Im Gegensatz zu anderen Städten entstand in Friedrichshafen kein eigener Bürger- oder Volksrat. Auch die Aufforderungen des Oberamtmanns im Juni und Juli 1919, selbständige Bauernräte zu wählen, stießen auf keine Resonanz. Die Position des Bürgertums war nie ernsthaft bedroht. An die Eigentumsverhältnisse rührte niemand konkret, die Stadtverwaltung arbeitete in ungestörter Kontinuität weiter, die Sicherheitstruppen in Löwental vor der Stadt standen zum Schutz bereit. Zweimal, 1919 und 1923, bewaffneten sich die Bürger.

Ein konkretes Aktionsprogramm für Friedrichshafen hatten weder der Arbeiterrat noch die lokalen Arbeiterparteien oder die Gewerkschaften. Vor Ort leistete der Arbeiterrat konkrete Arbeit, die Parteien warben für ihre Ziele. Die Änderungen, das "Weitertreiben der Revolution" sollte von oben in Stuttgart und Berlin besorgt werden. Die Revolutionäre wollten nicht die Revolution hier und jetzt, sie sahen sich als Mithelfer, Unterstützer einer Revolution von oben. Sie schickten Telegramme, Briefe, Forderungen nach Stuttgart, blieben mit ihrer Praxis vor Ort im Rahmen des gesetzlich Vorgesehenen. USPD und Spartakusbund hatten die Führungsrolle in der Revolution in Friedrichshafen, aber zwischen Programm und Praxis vor Ort klaffte

eine Kluft, sie propagierten ihre Programme und leisteten unbeeinflusst durch sie ihre konkrete Arbeit.

Revolution in Friedrichshafen? Die politischen Änderungen auf Gemeindeebene beschränkten sich auf die Erweiterung des Gemeindewahlrechts, Arbeiter waren nun im Stadtrat mit in der Regel einem Drittel der Sitze besser vertreten als vor dem Ersten Weltkrieg. Im Unterschied zur Landes- und Reichsebene hatte die Revolution für die Stadtregierung gar keine Folgen. Bis Mitte 1919 konnte der Arbeiterrat immerhin einen gewissen Druck auf die Stadtpolitik, insbesondere in der Wohnungsfrage ausüben. In den Betrieben wurden 1920 die vormaligen Arbeiterausschüsse durch Betriebsräte ersetzt und besser abgesichert. Die Arbeitszeit wurde gesetzlich auf 8 Stunden verkürzt. Alles erfreuliche, aber nicht gerade revolutionäre Errungenschaften. Angesichts der Erwartungen, da nun endlich Vertreter der Arbeiterparteien in Land und Reich mitregierten, waren die Enttäuschungen verständlich.

Es war auf lokaler Ebene keine politische und soziale Revolution, es war eine ökonomische und eine mentale, eine Revolution der Betriebe und Köpfe. Die ökonomische Revolution für Friedrichshafen hatte vor der Revolution, im Weltkrieg, stattgefunden mit der Expansion des Luftschiffbau-Konzerns. Auch nach den Entlassungen nach dem Krieg blieb das nunmehr erdrückende Gewicht des Konzerns, war Friedrichshafen eine andere Stadt, eine Industriestadt, geworden. Die Revolution Ende 1918 hatte in den Köpfen stattgefunden, es blieb ein Bewusstsein des Bruchs, ob eines unzureichenden oder eines zu weit gehenden. Bürger und Bauern sahen nur Chaos und Unsicherheit. Vielleicht war die Revolution in den Köpfen der Bürger und Bauern umwälzender als in den Köpfen der enttäuschten Arbeiter.

"Möglichkeitsmoment" der Geschichte⁶³ wurde die Revolution auch in Friedrichshafen nicht, weil jede Seite den Erfolg der anderen verhinderte, beide die Vorstellung einer "pluralistischen Gesellschaft" mit all ihrer Problematik und ihrem Zwang zu Kompromissen ablehnten, und beide Seiten Maximalpositionen anstrebten, die einen in nostalgischer Erinnerung, die anderen in utopischen Hoffnungen.

Und doch: Konnte in den Vollversammlungen des Arbeiterrats, in den Sitzungen des Gemeinderats, wo Bürger, Bauern, Angestellte, Beamte und Arbeiter zusammensaßen und diskutierten, nicht vielleicht doch auch größeres Verständnis für Ängste und Probleme der anderen Gruppen sich in die Köpfe setzen? Dass es nicht gereicht hat, wissen wir. Die Hoffnungen des Arbeiterrats Corsten in seinen "Revolutionsbetrachtungen" erwiesen sich als illusorisch: "Gut ist es..., dass das Alte... so vollständig zusammenkrachte, dass sich die alten Gewalten niemals mehr hervorzutragen wagen werden ... der deutsche Militarismus ist tot und nie wird er wieder auferstehen! Deutscher Geist ... soll befruchtend auf die gesamte zivilisierte Menschheit wirken"⁶⁴.

2. Oberschwaben

Die politische Situation in Oberschwaben charakterisiert ein Artikel in der kurzzeitig erscheinenden "Oberschwäbischen Freien Presse" 1921 wie folgt: *"Oberschwaben ist - politisch gesprochen - mit wenigen Ausnahmen kleiner Oasen eine Hochburg des Zentrums ... Die Oberschwäbische Arbeiterschaft war bis und während des Krieges jeder Form der modernen Arbeiterbewegung abhold, ja zum großen Teil feindlich gesinnt. Die wirtschaftliche Struktur Oberschwabens, ein buntes Durcheinander von Klein- und Mittelbetrieben und Handwerk und Landwirtschaft, gab zu Recht die Unterlage für die Taktik des niederen Klerus ... Die fast schrankenlose Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft fand nicht einmal Widerstand in einer christlich-sozialen Arbeiterorganisation ... In der oberschwäbischen Hochburg des Zentrums fanden die Versuche, eine christlich-soziale Arbeiterbewegung zu schaffen, nur wenig Gegenliebe. Was in dieser Hinsicht ins Leben kam, war, wie die freie Arbeiterbewegung, zum Vegetieren verurteilt ... Endlich, nach vier langen Jahren, wich auch dieser Druck ... (es) war aller Anlaß gegeben, dass das Proletariat, auch das oberschwäbische, jubelnd in die Reihen der Revolution trat. Da und dort noch ein kurzes Auflehnen gegen die neue Republik, gegen die neue Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, dann von seiten der Bourgeoisie ein resigniertes Anerkennen, ein feiges Verkriechen ... Längst ist im Reich, im Land, in Oberschwaben aus der 'sozialen Republik' der alte Ausbeuterstaat wieder geworden ... Wie überall im Reiche, so ging es auch in Oberschwaben: nach kurzem Revolutionsrausche kam die alte Lethargie wieder. Nur in Friedrichshafen, das durch die großen Betriebe des Zeppelin-Konzerns eine*

politisch geweckte Arbeiterschaft hatte, war das neue Unterordnen unter die alte Fuchtel des Ausbeuter- und Gewaltstaates nicht so schnell möglich. In den übrigen Orten des Oberlandes siegte der Reaktion- und Ausbeuterwille nur zu schnell und zu leicht ... Als erleichterndes Moment, den Druck der Herrschenden zu verstärken, kommt ... in Betracht, dass ein großer Teil der oberschwäbischen Arbeiterschaft sich an die Scholle gefesselt fühlt⁶⁵.

Dass die regionalen Gegebenheiten für die Arbeiterbewegung nicht günstig waren, ergibt sich schon aus den strukturellen Daten⁶⁶: Oberschwaben, d. h. hier die 10 württembergischen Oberämter südlich der Donau, war zu 90 % katholisch. Die größte Stadt Oberschwabens war Ravensburg mit 16.000 bis 17.000 Einwohnern, an zweiter Stelle folgten vor dem Krieg Biberach mit knapp 10.000, nach dem Krieg Friedrichshafen mit über 10.000, bald 12.000 Einwohnern, an dritter Stelle Weingarten, Nachbarstadt von Ravensburg mit 7.000 bis 8.000 Einwohnern, alle anderen Oberamtsstädte zählten 2.500 bis über 5.000 Einwohner. Entsprechend klein waren die Arbeiterzahlen im produzierenden Gewerbe, jetzt bezogen auf die ganzen Oberamtsbezirke. An der Spitze standen wieder das Oberamt Ravensburg mit nach dem Krieg etwa 7.000 Arbeitern und das Oberamt Tettnang mit Friedrichshafen mit etwa 5.000 Arbeitern. In allen anderen Oberämtern wohnten im Durchschnitt etwa 2.700 Arbeiter. Nur in den Städten Biberach, Ravensburg, Friedrichshafen und wahrscheinlich in Wangen waren mehr als 1.000 Arbeiter beschäftigt, in Ravensburg und Friedrichshafen jeweils knapp 4.000 in den 20er Jahren. Größere Betriebe mit über 500 Beschäftigten gab es nur in Friedrichshafen, Ravensburg, Weingarten und Wangen. Außerhalb von Ravensburg-Weingarten und Friedrichshafen waren deshalb von den absoluten Größenordnungen her die Voraussetzungen für eine Arbeiterbewegung wenig förderlich. Friedrichshafen spielte ohnehin eine Sonderrolle, als es in seinen Wachstumsraten sowohl der Bevölkerung wie der Arbeiterschaft alle anderen Städte weit überragte, also eine sehr wenig stabile Sozialstruktur aufwies.

Diese objektiven Daten spiegeln sich auch in den Wahlergebnissen vor dem Krieg⁶⁷: Bei den letzten Reichstagswahlen 1912 erreichte die SPD im Oberamt Ravensburg gerade 10 %, in allen anderen Oberämtern im Durchschnitt 5, maximal 6 %, und kam damit kaum über den Rang einer Splitterpartei hinaus. Nur in den Städten Biberach und Ravensburg entschieden sich mit 20 % eine ansehnliche Zahl Wähler für die

Sozialdemokratie, gefolgt von den Städten Laupheim, Weingarten, Friedrichshafen und Wangen mit jeweils ca. 16 %. Mit in allen Oberämtern über 80 % bis zu 92 % der Stimmen für das Zentrum konnte die politische Landkarte Oberschwabens kaum mehr schwärzer eingefärbt sein. Entsprechend schwach war der Mitgliederbestand der SPD in Oberschwaben, in allen 10 Oberämtern zählte sie ca. 350 Mitglieder, davon knapp 100 in Ravensburg, größere Ortsvereine mit 45 bis 50 Mitgliedern existierten noch in Biberach, Laupheim, Leutkirch, Friedrichshafen und Wangen. Um dieses "steinige Gebiet zu beackern", hatte der Landesverband der SPD ein eigenes "Parteisekretariat für Oberschwaben" in Ulm mit dem Sekretär Ruggaber eingerichtet, der in der Revolution noch häufiger eine Rolle spielen sollte. "Die indifferenten katholischen Arbeiter und die vom Klerus beherrschten Mittelschichten der oberschwäbischen Bevölkerung von der Notwendigkeit der politischen Organisation und des Klassenkampfes zu überzeugen, begegnet großen Schwierigkeiten und erfordert zähe, andauernde Arbeit"⁶⁸.

Oberschwaben war anders. In diesem Urteil stimmten Altwürttemberger und die Oberschwaben selbst überein, gewertet haben sie es unterschiedlich⁶⁹. Das traf strukturell zu, Oberschwaben galt selbst nach württembergischen Maßstäben als „wirtschaftlich zurückgebliebene Gegend“, das traf für die Mentalität zu: „Die Kräfte des Beharrens sind (dort) stärker in Staat, Kirche und in sozialen Verhältnissen“, wiederholte die amtliche Landesbeschreibung über drei Auflagen hinweg⁷⁰.

„Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte, aber hier fährt man mit der Schwäbischen Eisenbahn“⁷¹. Wie sah unter diesen Bedingungen eine Revolution entlang der Schwäbischen Eisenbahn aus? Über die Revolution in Württemberg auf Landesebene, in Stuttgart und Umgebung liegen genügend Untersuchungen vor, soweit bekannt jedoch keine über württembergische Einzelregionen. Ich beschränke mich hier auf die Vorgänge auf Bezirks-(Oberamts-)Ebene, in den Oberamtsstädten und den beiden Garnisonsstädten Weingarten und Isny⁷².

Die Revolution

In Ravensburg soll schon am 17. August 1918 eine Ortsgruppe der USPD gegründet worden sein. Am 26. Oktober fährt eine Gruppe der Friedrichshafener Demonstranten nach Ravensburg. 50 junge Arbeiter und Arbeiterinnen veranstalten einen Umzug und rufen "Hoch die Republik", ein Redner bekundet den

"Friedenswunsch"⁷³. Am 3. November spricht Arthur Crispian als Kandidat einer Nachwahl zum württembergischen Landtag, später USPD- und SPD-Vorsitzender im Reich, in einer Versammlung unter Leitung des Friedrichshafeners Jakob Braun. Crispian hält sich an Auflagen des Oberamts, macht aber "von seiner republikanischen Gesinnung keinen Hehl"⁷⁴. Als Soldaten der Weingartner Garnison am 6./7. November in Friedrichshafen eingesetzt werden sollen, sprechen sie sich bereits ab, nicht zu schießen. Am 9. November erfährt die Garnison in Ravensburg von den Vorgängen in Stuttgart, worauf sich sofort ein Soldatenrat konstituiert. In Weingarten erwartet die große Garnison um so gespannter, was vorgeht, da den Soldaten verboten wird, die Kaserne zu verlassen. Am Sonntagfrüh, den 10. November, treffen Mitglieder des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats in Ravensburg ein, welche die "seitherigen behördlichen und militärischen Stellen von dem Umschwung der Lage in Kenntnis setzten und ihm eröffneten, dass die ... Gewalt nun auf die neue Volksregierung übergegangen sei, die darauf rechne, dass die Behörden auch weiterhin ... zum Wohle des Volkes walten würden". Ein für Ravensburg und Weingarten gemeinsamer Arbeiter- und Soldatenrat bildet sich. Parteien und Gewerkschaften laden auf den Nachmittag zu einer Volksversammlung ein. Redner "machen auf die Bedeutung der Stunde aufmerksam", kritisieren ansonsten nur die "Unterjochung durch die Kapitalistenclique der Entente". Anschließend ziehen die Demonstranten nach Weingarten, wo eine gleiche Versammlung stattfindet. Die dortige Garnison ist um die Mittagszeit durch Telegramme aus Stuttgart über die Ausrufung der Republik informiert worden und wählt daraufhin ebenfalls einen vorläufigen Soldatenrat. Die Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrats am 11. November an die "Arbeiterschaft, Mitbürger, Landwirte und Soldaten von Ravensburg-Weingarten" fällt dürr aus: "Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich vollzogen. Die Republik ist erklärt. Die alten Gewalten treten ab und das Volk übernimmt die politische Macht". Als einzige Programmatik stellt sich der Rat "rückhaltlos auf dem Boden des Programms der in Stuttgart gebildeten Volksregierung"⁷⁵. Dieses Programm beschränkt sich zu diesem Zeitpunkt einzig auf die Ankündigung "umfassender sozialer Reformen"⁷⁶. Obwohl absehbar ist, dass der württembergische Landtag in seiner bisherigen Zusammensetzung nicht mehr zusammentreten wird, besteht die Regierung darauf, eine bereits vor der Revolution auf 14. November terminierte Landtagsnachwahl im Oberamtsbezirk Ravensburg durchzuführen. Wenige Tage

nach der Revolution gilt die Wahl in Ravensburg als Test für die Stimmung der Bevölkerung. Der Arbeiterratsvorsitzende und langjährige SPD-Parteisekretär für Oberschwaben Karl Ruggaber tritt als gemeinsamer Kandidat der beiden Arbeiterparteien gegen den Zentrums-Kandidaten an. Das Ergebnis enttäuscht die Revolutionsanhänger, ermutigt das Bürgertum: Das Zentrum hat immer noch fast 80 % der Wähler im Oberamt hinter sich, nur 5 % weniger als 1912, in Ravensburg erreicht der SPD-Kandidat immerhin ein Drittel, in Weingarten und Baienfurt kommt er bis auf 6 % an das Zentrum heran. Die Zeitung jubelt: "Die roten Revolutionsbäume wachsen nicht in den Himmel"⁷⁷.

Früh scheint sich die Revolution auch im ländlichen Allgäu geregt zu haben. Am Abend des 6. November findet in der Garnison in Isny eine Soldatenversammlung statt. Am 8. November erfährt man dort von den Vorgängen in Kiel und München und wählt Vertrauensleute. Durch "verständnisvolles Eingehen auf die Forderung der Mannschaften" kommt am Abend des 9. November ein Soldatenrat zustande, der "aus einer Anzahl reifer, gebildeter und verständiger Männer" besteht, an der Spitze Leutnant Hahn, der spätere Kommandant der württembergischen Sicherheitstruppen. Der Rat teilt der Stadtverwaltung Isny mit, dass er "die vollziehende Gewalt an sich genommen habe und dass die seitherigen Regierungsorgane ihr Amt unverändert weiterzuführen hätten unter Kontrolle der Soldatenräte"⁷⁸. Am Tage drauf, am 10. November, wird in Leutkirch ein Soldatenrat gewählt, in einer abendlichen Volksversammlung, in der der Zentrums-Landtagsabgeordnete referiert, konstituiert sich ein Arbeiterrat.

In Wangen laden SPD und freie Gewerkschaften zu einer Versammlung unter freiem Himmel am 11. November ein⁷⁹, doch der auswärtige Redner bleibt aus. Am nächsten Tag wird der Arbeiter- und Soldatenrat gewählt in Anwesenheit von Vertretern des Friedrichshafener Rates. Diese können noch einen Vortrag halten über die Ziele des Sozialismus, werden dann aber von den Zentrumsanhängern ausgebootet.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Biberach tritt am Montag, den 11. November, an die Öffentlichkeit, eine Versammlung auf Einladung der SPD findet dort erst am 14. November statt. In Waldsee bildet sich ein Arbeiterrat am 15. November auf Initiative des Ravensburger Rates, dessen Vorsitzender, der SPD-Parteisekretär, am

19. November auf einer großen Volksversammlung spricht. Auch die Saulgauer Gründung am 16. November erfolgt auf Veranlassung des Ravensburger Rats und wird eingeleitet durch eine Rede Ruggabers. Ebenfalls wohl auf die SPD geht in Laupheim die Bildung des Arbeiterrats zurück. In Riedlingen lädt auf 20. November der Katholische Arbeiterverein zur Wahlversammlung für den Arbeiterrat ein, der sich dann "Volksrat" nennt. Den Schluss bildet eine Volksversammlung in Ehingen erst im Dezember, zu der wieder die SPD auffordert; die Wahl des Arbeiterrats scheitert aber zunächst und kann erst am nächsten Tag, am 14. Dezember, auf einer Versammlung mit breiterer Beteiligung stattfinden.

USPD-Einfluss ist noch in Ravensburg wirksam, doch setzt sich dort der SPD-Parteisekretär entschlossen an die Spitze. Auch in Wangen werden die Friedrichshafener Vorstöße zurückgewiesen, dort wird das Zentrum aktiv, ebenso wie im benachbarten Leutkirch, wo aber wie in Isny zunächst die Soldaten handeln. Auf die Initiative der SPD gehen die Ratsgründungen zurück in Biberach, Laupheim, Waldsee, Saulgau, Ehingen, in den drei letzten Städten ist der Ravensburger Ratsvorsitzende und Parteisekretär Ruggaber beteiligt. Wiederum vom Zentrum dominiert ist die zweitletzte Gründung in Riedlingen, in Waldsee tritt der Vorsitzende später als Vorsitzender der DDP auf.

Unter freiem Himmel findet nach Friedrichshafen und Ravensburg nur noch die missglückte Versammlung in Wangen am 11. November statt. In Waldsee will man eigentlich von "einem Demonstrationzug Abstand" nehmen. Doch wird dort dann doch "ein kleiner Demonstrationzug durch die Stadt ... von wenigen, meist jüngeren Leuten, in Szene gesetzt"⁸⁰. Die Biberacher Räte beschließen noch am 11. November, "von jedem Umzug und jeder Demonstration Abstand zu nehmen"⁸¹. Abgesehen von Friedrichshafen, auch wohl von den Soldaten in Isny und den Ravensburger Rüstungsarbeitern und Soldaten, ist nichts von einer spontanen, eruptiven Bewegung zu spüren. Die Versammlungen und Rätegründungen sind keine Aktion "von unten", sondern Reaktionen von Organisationen, von seiten der SPD, um Institutionen zu besetzen, die die eigenen Wirkungsmöglichkeiten vergrößern, oder präventiv von seiten des Zentrums, um eben diese Wirkungsmöglichkeiten zu blockieren. In der Hälfte der Städte lässt man sich dazu eine Woche und mehr Zeit, in Ehingen einen Monat.

Die Mehrheit der Bevölkerung in den oberschwäbischen Kleinstädten und Landgemeinden hat die Änderung der Staatsform über sich ergehen lassen, erschreckt, kurz furchtsam, nicht begeistert, bald verärgert und aggressiv. In Riedlingen scheint es noch am 12. November "selbstverständlich, dass die bürgerlichen Parteien mit allem Nachdruck den äußersten Kampf um die Aufrechterhaltung der monarchischen Staatsform führen werden"⁸². Zwei Tage später stellt der Redakteur immer noch fest: "das neue Regiment passt uns wahrhaftig nicht", aber rät jetzt taktisch: "Wir müssen jetzt alle unsere Kräfte der neuen Regierung zur Verfügung stellen, ... weil sie den festen Willen hat, den Bolschewismus niederzuhalten"⁸³. Im Allgäu fasst es der "Allgäuer Volksfreund" noch kaum: "Für das vom Krieg und von sozialistischen Ideen wenig berührte Allgäu, wo die Achtung vor der Autorität im Zusammenhang mit Religion und Sitte noch tiefe Wurzeln hat, war die neue Bewegung im Reich selbstverständlich etwas Ungewohntes, Seltsames, und nur schwer vermag sich der Allgäuer in die neue Republik mit ihrer Volkssouveränität ohne König und Kaiser hineinzudenken und einzufügen. Es ist ihm wie ein Traum ... Die Bewegung kam zu überraschend und zu schnell"⁸⁴. Bürger und Bauern erwachen rasch aus ihrem Alptraum und zerstören die Träume derer, die auf revolutionäre Änderung hoffen.

Sie nehmen sie hin, auch wenn sie ihnen in die Augen gestochen haben müssen, die roten Fahnen über den oberschwäbischen Städten. Sie wehen "lustig im Herbstwind"⁸⁵, nicht zur Freude, sondern "zum Schrecken und Ärger der Bürgerschaft"⁸⁶, wohl zuerst in Ravensburg vom Blaserturm und in Friedrichshafen vom Schloss und vom Rathaus, am 11. November in Leutkirch vom Boxturm, in Wangen am 14. November, in Waldsee am 15. November, in Saulgau am 20. November jeweils von den Rathäusern. Über die anderen Städte schweigen sich die Zeitungen aus. Das Organ der Räte triumphiert: "von den Zinnen des (ehemaligen königlichen!) Schlosses weht das Banner der Revolution und grüßt über die blauen Wogen des Schwäbischen Meeres"⁸⁷. In Leutkirch wird erklärt: "zum Zeichen des Sieges der neuen Bewegung"⁸⁸. In Saulgau entschuldigt sich die Stadtverwaltung in einer Anzeige mit einer Anordnung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Rates. Aber schon am 3. Dezember fängt man sich in Wangen wieder, und beschließt der Arbeiterrat (!) einstimmig, die roten Fahnen wieder einzuziehen. In Ravensburg wird das Symbol der Arbeiterbewegung energisch verteidigt; als Übermütige in den

Weihnachtstagen den Blaserturm besteigen und die roten Fahnen herunterholen, werden die Verdächtigen tüchtig verdroschen, und wird die Fahne alsbald wieder hochgezogen. In Weingarten gibt es Ärger mit Offizieren, die sich mit den roten Fahnen nicht abfinden können und sich z.B. weigern, in die Kasernen einzuziehen, wenn die Fahnen nicht eingeholt wurden. Dort bleiben die Fahnen oben.

Die Arbeiterräte

Hinterher weiß man nicht mehr, wie sie zu ihrem Amt gekommen sind, gewählt worden seien sie nicht, "mit der Revolution waren sie einfach da"⁸⁹. Wo die sozialdemokratische Arbeiterbewegung relativ stark ist, bewährte Parteifunktionäre mit politischer Erfahrung wirkten, nehmen diese die Bildung der Arbeiterräte in die Hand, bezeichnen sich selbst als solche, suchen Mitstreiter, präsentieren sich einer öffentlichen Versammlung in den ersten Revolutionstagen und lassen sich von ihr bestätigen. So ist es in Friedrichshafen, wie auch in Ravensburg. Hier haben die beiden Arbeiterparteien und die Gewerkschaften die Zusammensetzung des Rats ausgehandelt. In beiden Orten finden in den nächsten Wochen Nachwahlen statt, in Friedrichshafen von Angestellten, Beamten und Vertretern der Landgemeinden, in Ravensburg in den beiden Großfirmen Escher-Wyss und Papierfabrik Baienfurt sowie der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände, nicht aber in den Landgemeinden. In Biberach spricht der Vorsitzende mit den Berufsorganisationen die Zusammensetzung ab: mit den konfessionellen Arbeitervereinen, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, dem Gewerbeverein, den kaufmännischen Verbänden, und fordert die "geistigen Arbeiter", Beamte und Bauern auf, Delegierte zu entsenden. In diesen drei größten Städten Oberschwabens ergreifen die linken Arbeiterführer die Initiative. In Saulgau, Ehingen und Waldsee organisieren der Arbeiter- und Soldatenrat Ravensburg, in Wangen wohl der Arbeiter- und Soldatenrat Friedrichshafen die Wahlversammlungen. In beiden letzten Städten nehmen die Versammlungen aber einen anderen als den geplanten Verlauf, örtliche selbständige Honoratioren gewinnen die Mehrheit für sich und werden zu Vorsitzenden des Arbeiterrats gewählt. In beiden Fällen finden ebenfalls noch Zuwahlen statt, in Waldsee in Volksversammlungen gewählte Vertreter Aulendorfs und Schussenrieds und Delegierte, also indirekt gewählte Vertreter des Arbeiter- und Bauernrats Wolfeggs, in Wangen wählen die Arbeiter dreier größerer Fabriken und im Dezember heimgekehrte Soldaten in

Versammlungen in geheimer Abstimmung zusätzliche Vertreter in den Arbeiterrat. In Saulgau wird der von Ravensburg her veranlasst Arbeiterrat in einer Volksversammlung bestätigt, durch Zuwahlen in den Bezirksgemeinden erweiterte er sich zu einer Vertretung aller Berufsgruppen und der Gemeinden. In zwei von den drei Städten bzw. Bezirken, in denen die Initiative zunächst von außen kam (Waldsee, Wangen), setzen sich dann aber doch die örtlich herrschenden politischen Kräfte durch, während in Saulgau der Vorsitzende, bezeichnenderweise ein Amtsgerichtssekretär, also ein bürgerlich reputabler Mann, sich trotz seiner Sympathien für die SPD behaupten kann. In Ehingen scheitert der erst spät am 13. Dezember unternommene Versuch, in einer SPD-Versammlung einen Arbeiterrat zu wählen, und gelingt erst am Tag danach in einer Versammlung, zu der auch die bürgerlichen Organisationen mobilisiert hatten. Dort haben sich offenbar dennoch mehrheitlich SPD-Anhänger durchgesetzt, doch wird der Rat auf Dauer in der kleinen Landstadt von seinen Gegnern blockiert und beschränkt sich auf eine rein örtliche Interessenvertretung. In Leutkirch und Riedlingen ergreifen von vornherein örtliche, kirchlich orientierte Organisationen die Initiative, in Leutkirch noch am 10. November in einer Volksversammlung der Zentrums-Landtagsabgeordnete und Sekretär der Christlichen Gewerkschaften, in Riedlingen lädt der Katholische Arbeiterverein zur Wahlversammlung ein. Über Laupheim ist nur bekannt, dass sich dort ein wohl SPD-naher Arbeiterrat "konstituiert" hat.

Das vom Arbeiterrat Groß-Stuttgart bereits am 12. November vorgeschlagene, überkomplizierte und die Größenunterschiede der Gemeinden missachtende Wahlverfahren⁹⁰ wird überhaupt nur in Leutkirch beachtet und für Neuwahlen Anfang Dezember propagiert. Die unklaren, sehr unterschiedlichen Wahlverfahren ermöglichen nicht nur Stadt- und Bezirksverwaltungen immer wieder, Legalität und Legitimität der Räte anzuzweifeln, sondern provozieren auch die Kritik der Arbeiterschaft an der Zusammensetzung und Tätigkeit. Die Gegner der Arbeiterräte werfen ihnen sofort "einseitige" Zusammensetzung, Ausschluss des Mittelstands, Benachteiligung der christlich organisierten Arbeiter vor. Später protestieren gegen die zentrumsdominierten Räte in Leutkirch und Wangen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften: "Der Arbeiterrat ist zu einer Zeit gewählt worden, wo unsere Genossen noch alle im Felde waren ... Eine freigewerkschaftliche Liste konnte also nicht aufgestellt werden"⁹¹. Anträge auf Neuwahlen in Ehingen, Leutkirch und Wangen lehnt der Landesausschuss der Arbeiterräte jedoch ab, der an einer

besseren Fundierung der Räte kein Interesse hat. Nur in Ehingen bemüht er sich um eine Neubildung des Arbeiterrats anstatt des Volksrates, scheitert dort aber. In Saulgau kommt es im April zu Neuwahlen ohne Rückfrage in Stuttgart. Ende 1919 wenden sich die christlichen Gewerkschaften in Weingarten gegen die Weiterexistenz des Arbeiterrats, in Biberach christlich orientierte Arbeiter gemeinsam mit Kommunisten und linker SPD.

Unterscheiden sich schon die Entstehungsbedingungen sehr, so divergieren die Organisationsformen noch mehr. Der Friedrichshafener Struktur mit einer großen Vollversammlung, in der die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unter Einbezug der Landbevölkerung relativ breit vertreten sind, einem kleineren Vollzugsausschuss und festangestellten Funktionären entsprechen am ehesten die Räte in Biberach, Saulgau und Waldsee, im Falle Waldsees allerdings ohne festangestellte Funktionäre. Formell, allerdings ohne Bauern, gleicht diesem Modell auch der ASR⁹² Ravensburg-Weingarten, dort ist allerdings die Vollversammlung recht zufällig zusammengesetzt und tritt auch nur ganz wenige Male zusammen, dafür beschäftigt der Ravensburger Rat bis zu zehn festangestellte Funktionäre, die bald ohne jedes Basisorgan agieren. Gegründet werden die Arbeiterräte zunächst überall als örtliche Vertretungsorgane, in der Mehrheit der Fälle erweitern sie sich rasch durch die Zuwahlen zu Bezirksvertretungen, sei es über die gemeinsame Organisation in Arbeiter- und Bauernräten, sei es durch die Zusammenfassung der getrennten Räte in Bezirksausschüssen. Schon die Wahlen zur ersten Landesversammlung der Arbeiterräte im Dezember setzen die Existenz von Räten auf Bezirksebene voraus. Ein Sonderfall bleibt Ravensburg, wo Arbeiterräte ausschließlich aus Ravensburg, Weingarten und Baienfurt zusammen den Bezirksarbeiterrat bilden, die übrigen Landgemeinden nicht vertreten sind, und später jeweils einer der Funktionäre den Titel eines Bezirksarbeiterrats führt. In den Oberämtern Ehingen und Wangen bleibt es bei örtlichen Arbeiterräten, wobei der Landesausschuss dem Ehinger Rat die Funktion eines Bezirksarbeiterrats zuweist. Diese Arbeiterräte bilden mit den Bauernräten einen gemeinsamen Bezirksausschuss in Ehingen, dem dort ein Schultheiß und Bauer, und einen gemeinsamen Vollzugsausschuss in Wangen, dem der örtliche Zeitungsredakteur präsidiert. In den ebenfalls ländlichen Oberämtern Leutkirch und Riedlingen haben die ohnehin unbedeutenden Arbeiterräte keinerlei organisatorische Verbindung zu den Bauernräten. In Riedlingen gibt es nur den

örtlichen Volksrat, der vom Stuttgarter Landesausschuss nicht anerkannt wird, ebensowenig wie der dortige Bezirksbauernrat.

Deshalb kann Riedlingen auch keine Delegierten in die Landesversammlungen der Arbeiterräte in Stuttgart entsenden, wo Friedrichshafen und Ravensburg mit je drei, Biberach mit zwei, die übrigen Bezirksarbeiterräte mit einem Delegierten, in der Regel dem Vorsitzenden, vertreten sind. Waldsee und Wangen schicken selbständige Kaufleute, Biberach immer unter anderen den Amtmann des Oberamts nach Stuttgart. Nur einmal hat ein Bauernrat die Ehre delegiert zu werden, der Gutspächter und Vorsitzende des Bezirksbauernrats Leutkirch, der dann beim Landesbauernrat Karriere macht. Ihm wird aber in Stuttgart zunächst der Zutritt zur dritten Landesversammlung verwehrt, und erst auf Intervention des Landesausschusses kann er teilnehmen. In den Beratungen der Landesversammlungen halten sich die oberschwäbischen Räte zurück und melden sich kaum zu Wort, nur der Saulgauer Ratsvorsitzende Kinzelbach drängt auf energischeres Vorgehen und stellt mehrfach Anträge, die angenommen werden. Zur nächsten Ebene, dem Reichsrätekongress im April 1919 schickt die württembergische Landesversammlung als einzigen oberschwäbischen Vertreter den Friedrichshafener SPD-Arbeiterrat Hertlein.

Wie die Organisationsform variiert auch die berufliche Zusammensetzung der Räte⁹³. Die Stuttgarter Richtlinien sehen nur (männliche) Arbeiter und Beamte als Wähler und damit wohl auch als Räte vor. Daran hält man sich nur ausgerechnet im ländlichen Leutkirch. Dass es gar nicht so einfach ist, Arbeitervertreter zu finden, entschuldigt sich der Waldseer Ratsvorsitzende: "Die Industrie ist klein, wenn ein ABR gewählt werden soll, so müssen wir erst mit der Lupe suchen, bis wir einen Arbeiter finden, ... in Saulgau, Leutkirch und Wangen ist der gleiche Zustand wie bei uns"⁹⁴. Die Bauern fehlen, da in eigenen Bauernräten organisiert, wie schon bemerkt, in den Arbeiterräten der Bezirke Ehingen, Leutkirch, Riedlingen, Wangen, aber auch in Laupheim und Ravensburg, die selbständigen Gewerbetreibenden bleiben aus den Räten in Friedrichshafen (mit Ausnahme der Tettlinger Vertreter), Leutkirch und Ravensburg ausgeschlossen. In Leutkirch und Ravensburg bilden sich daraufhin eigene Bürgerräte (s.u.). Soldaten gehören zwar anfänglich den Räten in Biberach, Friedrichshafen, Ravensburg und Saulgau an, scheiden aber mit der Auflösung ihrer Truppenteile Anfang 1919 aus (s.u.). Nur in Isny darf eine Frau mit-"raten", allen

anderen oberschwäbischen Räten gehören nur Männer an, in Wangen erwägt man immerhin die Aufnahme von Frauen, stellt sie dann aber doch wieder zurück.

Aktivitätsgrad und Ausrichtung lassen sich deutlicher bestimmen, wenn wir die Räte betrachten, die Aktionsausschüsse gebildet haben. In den Biberachern und Saulgauer Ausschüssen ist wieder ein breites berufliches Spektrum vertreten, während in Friedrichshafen und Ravensburg nur Arbeiter die Mitglieder stellen, in Waldsee dominieren die gewerblichen Selbständigen, nur ein Arbeiter ist Mitglied, dessen Aktivitäten ungern gesehen werden. Entsprechende Gruppierungen ergeben sich bei dem Einsatz von festangestellten Funktionären, Ravensburg beschäftigt bis zu zehn, Friedrichshafen bis zu neun, in Biberach und Saugau sind nur die Vorsitzenden hauptberuflich für den Rat tätig. Die anderen Räte honorieren ihre Mitglieder stundenweise bei Besprechungen und Kontrollen, wenn überhaupt, die Räte mit Funktionären setzen anfangs häufig weitere Ratsmitglieder stunden- und tageweise ein.

Von den aktiven Räten wird Biberach von dem Schreiner Ott (SPD), Ravensburg zunächst von dem früheren Arbeiter, jetzigen SPD-Parteisekretär Ruggaber, später vom Schlosser Föll (SPD) geleitet, Friedrichshafen von dem Schmied Jakob Braun (USPD), später vom Schlosser Hertlein (SPD), Saugau von dem Amtsgerichtssekretär Kinzelbach (SPD). Arbeiter stehen auch den wenig aktiven Räten in Laupheim (wohl SPD) und Ehingen vor, letzterem zunächst der Brauer Leichtle, der bald wieder in die Reichswehr eintritt, und dann der Kupferschmied Bettenmaier, der im Herbst der USPD beitrifft. In Waldsee verhindert der Kaufmann Winter als DDP-Mitglied große Aktivitäten seines Arbeiterrats. Die der Zentrumsparterie angehörenden Ratsvorsitzenden betrachten die Räte ohnehin nur als notwendiges Übel: der Leutkircher Landtagsabgeordnete und christliche Gewerkschaftssekretär Laub, der Wangener Möbelhändler Fischer als Vorsitzender des Arbeiterrats und der dortige Vorsitzende des Vollzugausschusses des ABRs, der Redakteur Walchner, der Schultheiß Renz als Vorsitzender des Bezirksausschusses in Ehingen und der Riedlinger Rektor Dr. Schermann mit seinen beiden Stellvertretern, den beiden Stadtpfarrern.

Programm und Praxis

Eine neue politische Institution wie die Räte, ohne lange vorherige Diskussion entstanden, muss ihre Existenz kundtun, ihre Aufgaben und Ziele definieren. Mit programmatischen Bekanntmachungen melden sich deshalb fast alle oberschwäbischen Räte in der örtlichen Presse, außer dem Riedlinger Volksrat, dem der Bericht über die Gründungsversammlung genügt, und dem Saulgauer Rat, der nur seine personelle Zusammensetzung annoncierte, über dessen detaillierte Forderungen aber die Zeitung berichtet. Eigene Flugblätter lässt nur der Friedrichshafener ABS drucken, am frühesten und ausführlichsten formuliert, findet sich hier allein revolutionäres Pathos: "Freiheit und Brüderlichkeit sollen kein leerer Schall mehr sein. Die Stunde der Befreiung für das werktätige Volk hat geschlagen. Wir Arbeiter und Einwohner von Friedrichshafen wollen uns der großen Ereignisse würdig zeigen ... hoch die Republik". Hier allein werden nochmals die Republik, Demokratisierung und Friedensschluss gefeiert. Hier allein werden zumindest sozialreformerische Maßnahmen wie die "Durchführung ... des sozialpolitischen Programms von Partei und Gewerkschaften ... und große allgemeine Vermögensabgabe"⁹⁵ gefordert, was allerdings komplett dem Stuttgarter Programm für den 9. November entnommen wurde. Rasch beginnt dann in Friedrichshafen die Alltagsarbeit mit zunächst fast täglichen Mitteilungen des Rats und Berichten über seine Sitzungen. Von der Revolution ist in den übrigen Aufrufen kaum mehr die Rede. Gerade noch der Ravensburger Rat freut sich: "Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich vollzogen. Die Republik ist erklärt ... das Volk übernimmt die politische Macht"⁹⁶. In den fast gleichlautenden Aufrufen von Leutkirch und Wangen meiden die gemeinsam unterzeichnenden Vorstände des Oberamts, der Stadt, der Landtagsabgeordnete und die Arbeiter- und Soldatenräte das odiose Wort und stellen schaudernd fest: "Eine eigenartige Umwälzung, wie sie die Weltgeschichte noch nie gesehen hat, findet statt ... die gewaltige Bewegung ... hat auch vor unserem Allgäu nicht Halt gemacht"⁹⁷. In Laupheim will man noch "die Erfolge der Revolution sichern"⁹⁸. In den weiteren Aufrufen spricht man nur noch von der neuen Regierung, man setzt die neuen Gegebenheiten voraus. Von weiterreichenden Zielen wie in Friedrichshafen ist nur noch in der allgemeinen Form des "Programms der in Stuttgart gebildeten Volksregierung" (Biberach, Laupheim, Ravensburg) die Rede.

Das wichtigste Anliegen ist allen Räten, "wie bisher Ruhe und Ordnung zu halten. Ein jeder erfülle seine Pflicht"⁹⁹. Den Bürgern wird versichert: "Eigentum und öffentliche Sicherheit sind gewährleistet" oder gar, dass ihr "Leben und Besitz mit allen Mitteln" geschützt werde¹⁰⁰. Die Kontrolle der Verwaltung wird nur in Ehingen, Laupheim, Riedlingen angekündigt, alle bürgerlich dominierten Räte betonen aber das Einvernehmen mit den Behörden. Als konkrete Aufgaben werden die Sicherheit der Lebensmittelversorgung in Biberach und Riedlingen, allgemeiner in Biberach und Laupheim die Konversion der Kriegs- in die Friedenswirtschaft herausgestellt. Fast flehentlich wenden sich die Räte in Friedrichshafen, Ravensburg und Saulgau "an die landwirtschaftliche Bevölkerung ... bietet alles auf, dass alles, was Ihr an landwirtschaftlichen Produkten erzeugt und besitzt, an den bisherigen Kommunalverband abgeliefert (sic). Das gebietet nicht nur Eure Pflicht, sondern Eure Selbsterhaltung"¹⁰¹. Den detailliertesten Forderungskatalog trägt der Saulgauer Arbeiterrat am 22. November dem Gemeinderat vor: Unter den 11 Punkten dominieren konkrete Regelungen der Lebensmittelversorgung, es folgen aber auch Vorsorge für Arbeitslose, Versorgung der rückkehrenden Truppen, Einräumung eines Geldkredits und pauschale Mitwirkung bei Beschlüssen des Bezirks und der Stadt.

Kein Wort fällt in allen Verlautbarungen über die grundsätzliche Stellung der Räte im Verfassungsaufbau, über eine mögliche dauerhafte Funktion. Häufig ist von einer "Übergangszeit" die Rede. Am scheinbar deutlichsten formuliert der Nachzügler Ehingen seine Rolle: "Die Arbeiterräte sind Organe der provisorischen Regierung. Sie kontrollieren und überwachen die Durchführung aller ... Maßnahmen"¹⁰², ein gerade für diesen Rat nicht einzulösender Anspruch. Aber der erste Satz ist wörtlich einem von der SPD verbreiteten gedruckten Resolutionsentwurf entnommen¹⁰³. Der zweite Satz lehnt sich an Bestimmungen der am 14. Dezember endlich erlassenen Satzungen "für die Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte innerhalb der Republik Württemberg"¹⁰⁴ an. Nur einige der vielen weiterbestehenden Unklarheiten werden durch erläuternde Erlasse vom 8. Januar und 27. März beseitigt¹⁰⁵. Größere Rechte der Räte, eine "Diktatur der Arbeiter- und Soldaten-Räte" lehnt die SPD in einem dem Resolutionsentwurf beiliegenden "Leitfaden" für Parteiredner ab. Der Arbeiterratsvorsitzende von Saulgau klärt sein Selbstverständnis durch Berufung auf die Rede des SPD-Landesvorsitzenden Keil in der Stuttgarter Versammlung der geistigen Arbeiter am 11. November: "Für die Übergangszeit sind die ASRe

unentbehrlich ... wir können aber unsere Zukunft, unsere ganze Verfassung nicht auf ... Räte aufbauen ... wir wollen ein demokratisches Staatswesen aufbauen ... durch die Wahl einer konstituierenden Landesversammlung"¹⁰⁶. In den Landesversammlungen der Soldatenräte am 17. November, in der Sitzung des neugewählten Arbeiterrats Groß-Stuttgart und in der ersten Landesversammlung der Arbeiterräte am 8. Dezember setzt sich die SPD mit ihrer Position durch, den Räten nur eine vorübergehende und de facto der Regierung untergeordnete Rolle zuzugestehen. Die Parlamentswahlen sollen möglichst rasch stattfinden. Am 28. November beschließt der Ravensburger Arbeiterrat unter Vorsitz des SPD-Parteisekretärs gehorsam ebenso wie auch die bürgerlichen Parteien, die schleunige Einberufung der Nationalversammlung zu fordern. Am 26. November erklären in Aulendorf Ministerialbeamte den aus ganz Oberschwaben versammelten Vertretern von Oberämtern und Städten zu deren "Befriedigung": "In den SAREn sehen wir gut disziplinierte Kontrollorgane, Vermittlungsorgane zwischen Volk und Regierung ... regiert wird von der provisorischen Regierung mit den bestehenden Behörden, nicht von den SAREn"¹⁰⁷.

Dass sich die Räte von Biberach, Saulgau und Waldsee als einer der ersten Handlungen um den festlichen Empfang der rückkehrenden Truppen kümmern, vermittelt sicherlich einen nicht zufälligen Eindruck des politischen Bewusstseins dieser Räte. Als im April unter dem Eindruck der bayerischen Räterepublik in allen Oberämtern Reserve-Sicherheitskompanien zur Abwehr angeblich linksradikaler Putsch gebildet werden, unterstützen die bürgerlich dominierten Arbeiterräte von Leutkirch, Riedlingen und Wangen, aber auch von Laupheim und Saulgau die Aufrufe, während sonst nur die Verwaltungen und bürgerlichen Organisationen unterzeichnen.

Das reale Handeln der Arbeiterräte während ihrer Existenz konzentriert sich auf die Bereiche Lebensmittelversorgung, Wohnraumbewirtschaftung, Einhaltung des 8-Stunden-Tages, allgemeine Beratung, Weiterleitung von Beschwerden. Einen Eindruck vermittelt der im "Korrespondenzblatt des Landesausschusses der ABRen Württembergs" abgedruckte Tätigkeitsbericht des Bezirks - ABRs Biberach: Unsere Tätigkeit erstreckte sich seit dem 9. November 1918 auf ziemlich breitem Gebiet. Während der Demobilmachung gab es Manches zu tun, um den heimkehrenden Kriegern Arbeit und Verdienst zu schaffen, vielfach Auskünfte über Notstandsarbeiten

und Erwerbslosenfürsorge, Beschaffung von Zivilkleidung, Lebensmittelversorgung, Ausweispapiere ins Ausland und Versorgung Familienangehöriger. Die Kontrolle zur Einführung des Achtstundentags übernahm eine Wirtschaftskommission ... In der Lebensmittelfrage, hauptsächlich im Schleichhandel, ... wird auf unser Drängen durch die Behörden mit aller Strenge und gutem Erfolg dagegen eingeschritten. Die Wohnungsfrage ist auch bei uns eine der brennendsten und nimmt uns infolge der immer mehr auftretenden Not vielseitig in Anspruch ... Die Kontrolltätigkeit über die Behörden nach den vorhandenen Verfügungen und Verordnungen für A.-& B.-Räte macht uns keine Schwierigkeiten und machen wir von solcher reichlich Gebrauch. Verschiedene Eingaben, betr. der Wohnungsfrage, die Überlassung von Staatsgebäuden zu Wohnzwecken, wegen Mietssteigerungen sowie zur Vermeidung des Zuzugs von Großhamsterern usw. wurden an die Regierung gemacht. In der Milchversorgung, Kohlenbelieferung und Arbeitsvermittlung, bzw. die Einrichtung des Arbeitsamts, gab es für uns praktische Mitarbeit"¹⁰⁸.

Eigene Akzente für die erste Zeit nach der Revolution setzt der Bericht des ASR Ravensburg bis zum 10. Dezember: "Ein besonderer Abschnitt in unserer Tätigkeit war die Propaganda. In 40 Versammlungen waren wir für die Republik im Oberamt tätig ... Das Post- und Telegrafenamts, das wir zu Anfang besetzten, wurde dem Soldaten-Rat zur Überwachung zugeteilt zwecks Verbilligung unserer Tätigkeit ... all die Mühseligen und Beladenen sehen uns als Allheilmittel an. Wir tun, was in unseren Kräften steht"¹⁰⁹. Unter den Beratungspunkten erscheinen gleichermaßen verstopfte Klos, Ehescheidungen, Straferlasse, Arbeitsgesuche, Pendlerfahrpläne, Rentenfragen, die Entlassung weiblicher Arbeitskräfte zugunsten der zurückgekehrten Kriegsteilnehmer.

Die Arbeitsbelastung fällt allerdings sehr unterschiedlich aus. Der Vorsitzende des Riedlinger Volksrats klagt im Frühjahr 1919, dass niemand zu ihm komme. Der Leutkircher Rat tagt am 6. April überhaupt zum ersten und wohl einzigen Mal. Wie unterschiedlich aktiv die Räte waren, lässt sich in der Höhe ihrer Ausgaben bis Ende März 1919 ablesen. An der Spitze stehen Friedrichshafen und Ravensburg mit je ca. 20.000 RM, wobei in Ravensburg fast 6.000 RM auf den Soldatenrat entfallen. Es folgt Saulgau mit knapp 5.000 RM. Über 2.000 RM geben Biberach und Ehingen, unter 2.000 RM Leutkirch (der AR nur 145 RM), Waldsee und Wangen aus. Die Schlusslichter bilden Laupheim und Riedlingen mit um die 100 RM. Die insgesamt

34.000 RM der oberschwäbischen Räte machen immerhin 17 % aller Aufwendungen für die Räte in Württemberg aus¹¹⁰.

Nach den Wahlen zur Nationalversammlung und verfassungsgebenden Landesversammlung im Januar 1919 wird zunehmend die Frage gestellt, inwieweit die Räte noch weiterbestehen sollen. Die Ravensburger Vollversammlung betrachtet zwar im Februar "das Weiterbestehen der Arbeiterräte als äußerste Notwendigkeit"¹¹¹, sonst komme eine zweite Revolution. Der Rat muss aber auf Druck der Stadtverwaltung die Zahl seiner Funktionäre von zehn auf sechs reduzieren. Auf der zweiten Landesversammlung im März 1919 der württembergischen Räte in Stuttgart stellt der Arbeiterratsvorsitzende von Waldsee den Antrag, "unsere Arbeiterräte aufzulösen"¹¹². Die Landesversammlung beschließt dann allerdings genau das Gegenteil, "der Volksstaat Württemberg wird auch in Zukunft auf ihre Mitarbeit (der Räte) angewiesen sein". Die Räte sollen "die Bürokratie, welche trotz der Revolution fortbesteht, brechen ... und der Reaktion es unmöglich machen, je wieder ihr Haupt zu erheben"¹¹³. Der Arbeiterratsvorsitzende in Waldsee blockiert dennoch jede weitere Tätigkeit seines Rats, so dass der letzte aktive Arbeiterrat im April resigniert. In Riedlingen geht der Vorsitzende ebenso von dem Gedanken aus, dass "das Rätesystem sich erübrigen werde, da wir ja in Schwaben eine gesetzgebende Landesversammlung und eine feste Regierung haben". Um der "Missstimmung" zu steuern, lädt er zu Anträgen an den Rat ein¹¹⁴. Ein Ravensburger Arbeiterrat versucht dort im Auftrag des Landesausschusses eine Neuwahl, scheitert aber am Widerstand des Zentrums. Eine Bürgerversammlung Anfang Mai ist hier das letzte Lebenszeichen des "Volksrats". In Laupheim datiert vom März der letzte Existenznachweis. In Leutkirch tritt der Arbeiterrat überhaupt erstmals zusammen. Dieser Aktivitätsschub scheint ihn dann endgültig ermüdet zu haben. Zur gleichen Zeit wird in Saulgau der Bezirks-ABR mit seinem Vorsitzenden Kinzelbach neu gewählt und mobilisiert dieser als einziger Rat 1919 die Basis in einer Volksversammlung, die sich mit der Milchversorgung, aber auch kommunalpolitischen Missständen befasst.

Nach den Kommunalwahlen im Mai sitzen in allen Gemeinderäten der oberschwäbischen Amtsstädte Arbeitervertreter und beraten mit. Die Diskussion um die Existenzberechtigung der Arbeiterräte verschärft sich. Ein Beschluss des Landtags, die Räte bis zum Juli aufzulösen, wird zwar nochmals revidiert, doch

werden ihre Kontrollrechte nun auf das Ernährungs- und Wohnungswesen beschränkt. Ein Abgeordneter im Landtag kommentiert diesen Beschluss mit dem Vers:

"Hackt der Katz den Schwanz ab, hackt ihn aber nicht ganz ab, lass'n Stummel stehn, dass sie kann spazieren gehn"¹¹⁵.

Die Anhänger der USPD sehen in einem Verbleiben in den Räten nun keinen Sinn mehr und treten zurück. Damit scheiden nicht nur in Friedrichshafen, sondern auch in Ravensburg und Ehingen die aktivsten Mitglieder aus. In Ehingen löst sich mit dem Rücktritt des Vorsitzenden Bettenmaier am 12. Juli der örtliche Arbeiterrat auf, der Vorsitzende des erst im Mai gegründeten Arbeiterrats in Oberdischingen nimmt nun die Funktion des Bezirksarbeiterrats in Anspruch. In Ravensburg zerfällt mit dem Austritt des Arbeiterrats Matthiesen, der einer der Führer der Revolution in Friedrichshafen gewesen war, der Rat faktisch. Der verbliebene Arbeiterrats-Vorsitzende Föll in Ravensburg, ein alter SPD-Genosse, nominell als Bezirksarbeiterrat für den Kontakt zum Oberamt zuständig, beruft keine Sitzungen mehr ein und informiert seine zwei Weingartner und den Baienfurter Kollegen nicht. Diese überreden ihn daraufhin im September zum Rücktritt als Bezirksarbeiterrat, in welche Position der Baienfurter Kollege aufrücken soll. Da das Oberamt die Notwendigkeit bestreitet, die Gemeinde Baienfurt aber ihre Zahlungen einstellt, resigniert der neue, zwar vom Landesausschuss anerkannte, aber vom Oberamt nicht honorierte Bezirksarbeiterrat schließlich, während Föll untätig zunächst sein Entgelt weiterbezieht, und der Weingartner Rat weiter seiner örtlichen Kontrolltätigkeit nachgeht. In der zweiten Jahreshälfte existieren also sechs der oberschwäbischen Räte nur noch nominell (Ehingen, Laupheim, Leutkirch, Riedlingen, Waldsee, Wangen). Friedrichshafen, Biberach und Saulgau mit zusammen noch drei Funktionären reduzieren ihre Aktivitäten, und in Ravensburg mit seinen immer noch vier bis drei Funktionären bestehen die erwähnten Schwierigkeiten. Anfang 1920 lösen sich dann alle verbliebenen Arbeiterräte auf, meist im Februar, zuletzt Ende März der Arbeiterrat Saulgau. Nicht alle geben freiwillig ihre Existenz auf, Biberach auf Druck von links, Weingarten auf Druck von rechts, der Ravensburger Arbeiterrat Föll schließlich, weil der Stadtrat die Zahlungen einstellt, verbittert über seine Parteigenossen, die "Minister geworden sind", während

er alt, arbeitslos und arbeitsunfähig "doch keinen Posten bei der Stadt" mehr bekomme¹¹⁶.

Die SPD-Linie, die Räte durch Hinhalten taktisch auszutrocknen, hat zum Erfolg geführt. Mehrfache Vorstöße, im Laufe des Jahres 1919 Neuwahlen zu den Räten durchzuführen, blockt der Landesausschuss stets unter Hinweis auf noch ausstehende Richtlinien des Reichs-Zentralrates ab. Der Vorsitzende des Landesausschusses der württembergischen Arbeiterräte bekennt später: "Ich ... stand der Rätebewegung ablehnend gegenüber. Die SPD-Mehrheit im Landesausschuss sah in den Räten eine Einrichtung zur bewussten Unterstützung der Regierung"¹¹⁷.

Vielleicht ist es aber doch nicht nur ein Ende, ist die Zäsur nicht so hart, wie sie formell scheint. Denn in den oberschwäbischen Städten und Gemeinden wirken nun etwa 50 SPD-Mitglieder, in Friedrichshafen, Ravensburg und Umgebung auch vier USPD-Mitglieder in den Stadträten mit¹¹⁸. Etliche prominente Arbeiterratsmitglieder werden im Mai 1919 in die Gemeinderäte gewählt, so in Biberach, Friedrichshafen, Leutkirch, Saulgau, Weingarten, meist finden hier die Vorsitzenden ein neues Betätigungsfeld, z.T. wieder in Ernährungs- und Wohnungskommissionen, z.T. als angestellte Lebensmittelkontrolleure der Gemeinden. Mehrfach wird auch betont, die Gewerkschaften hätten jetzt Funktionen der Räte, insbesondere gegenüber den Arbeitgebern, wieder übernommen. Die Gewerkschaften hatten die Räte ja immer als unliebsame Konkurrenz empfunden.

Die Gegner

Die Gegner der Räte, die vordem ungestört herrschenden Organisationen des Bürgertums, fangen sich rasch, überwinden die anfängliche Lähmung nach der Revolution. Der Ravensburger Oberbürgermeister, konsterniert über die Forderungen des Arbeiterrats, fährt sofort nach Stuttgart, spricht mit den sechs Ministern und lässt sich dort bestätigen, dass er weiterregieren kann wie bisher. Anschließend gibt er seinen Einwohnern in einer Anzeige bekannt: "dass die Verwaltung der Stadt Ravensburg ... in der seitherigen Weise weitergeführt und in durchaus ungestörtem Gang gehalten wird. Das bürgerliche Leben nimmt seinen ungehinderten Fortgang auch unter der neuen Staatsordnung"¹¹⁹. Ähnlich, aber knapper, wirken auch andere

Stadtvorstände auf ihre Bürger ein, manchmal in der gleichen Ausgabe, in der der Arbeiterrat seine Ansprüche auf Kontrolle anmeldet.

Beginnend eine Woche nach der Revolution bis Anfang Dezember rufen in allen Städten z.T. das Zentrum allein, öfter Zentrum und die beiden liberalen Parteien gemeinsam, ihre Anhänger zu "Massenversammlungen" zusammen, in denen die Positionen der bürgerlichen Parteien formuliert werden. Eine weitere Versammlungswelle folgt Anfang 1919 im Vorfeld der Wahlen. Die alten Führer des württembergischen Zentrums Gröber und Kienle zeigen anfangs durchaus Verständnis für die Revolution, schildern breit Missstände in Heer und Verwaltung als Ursache. Christliche Gewerkschaftssekretäre konzedieren, dass "der Kapitalismus ... Haare lassen muss"¹²⁰. Andere, feindlichere Töne schlägt die jüngere Zentrumsgarde an, wobei sich vor allem der Abgeordnete Bolz, der spätere württembergische Staatspräsident, als Scharfmacher hervortut, dem manche Redakteure der oberschwäbischen Presse, durchweg Zentrumszeitungen, nacheifern. Drei Argumente wiederholen sich: Das Lob der Leistungen der Truppen im Krieg, im Felde unbesiegt: "Von dem Feinde nicht besiegt, aber von den Freunden verlassen"¹²¹. Die Dolchstoß-Lüge vergiftet die Republik von ihrer Gründung an. Dann "stellt man sich auf den Boden der Tatsachen", gebärdet sich als Vernunftrepublikaner, um Schlimmeres, d.h. den Bolschewismus zu verhüten, der den Einmarsch der Siegertruppen zur Folge hätte: "Es kommen die Senegalneger, um Ordnung zu schaffen"¹²². Schließlich stellt man die Notwendigkeit der Revolution in Frage, macht sie für alle Leiden verantwortlich: "War die Revolution notwendig, um den Militarismus zu beseitigen? Nein! ... War die Revolution notwendig, um dem Volk mehr Einfluss auf die Regierung zu verschaffen? Nein! ... War die Revolution notwendig, um die kaiserliche Gewalt dem Volkswillen zu unterstellen? Nein! ... War die Revolution notwendig, um die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen? Nein! ... War die Revolution notwendig, um den bedrückten Arbeitern zu ihren Rechten zu verhelfen? Nein! ... War die Revolution notwendig, um den Frieden mit den Feinden zu bekommen? Nein!"¹²³ Die Revolution sei "ein schweres Verbrechen am Volk"¹²⁴. "Was ist erreicht? Ein großer Wirrwarr!"¹²⁵ Natürlich geraten auch die Räte ins Schussfeld: Sie "müssen möglichst bald verschwinden ... sie verschwenden die Mittel des Reichs"¹²⁶. Der Pfarrer von Mengen predigt, wer die unmoralischen Sozialdemokraten wähle, solle ja nie mehr die Kommunionbank betreten. In diesen

Reden wird schon das ganze Arsenal an Angriffen aufgeboden, durch die die Republik zerstört werden sollte. Selbst der Antisemitismus fehlt nicht¹²⁷. Viele dieser Positionen bestimmen die Wertungen der Geschichtswissenschaft noch bis in die 50er Jahre, die weitere Forschung hat sie widerlegt.

Man kann sich vorstellen, wie die Stadt- und Oberamtsverwaltungen reagieren, als plötzlich die Arbeiterräte ihre Kontrollrechte einfordern. Möglichkeiten der Behinderung gibt es genug. Es fängt damit an, dass die Stadtverwaltungen den Arbeiterrat einfach nicht anerkennen, wie in Ehingen. Dann kann man ihm kühl mitteilen, man könne mangels Platz kein Geschäftszimmer einräumen, wie in Ravensburg, so dass sich die Arbeiterräte in einem Gasthof niederlassen müssen. Die Frage, ob sie den Postverkehr des Oberamts kontrollieren dürfen, lässt man erst in Stuttgart klären, wie das Oberamt Ehingen. Was erlaubte Kontrolle und unerlaubter Eingriff in die Verwaltung sei, darüber gehen die Meinungen häufig auseinander. Die Teilnahme an nichtöffentlichen Sitzungen, wie insbesondere des Bezirksrats, verweigert man lange, bis das Ministerium diese Frage im April positiv, aber restriktiv entscheidet, wie für Biberach und in Wangen noch danach. Stadträte behalten sich vor, dem Arbeiterrat das Wort zu erteilen oder nicht, wie in Ravensburg. Der entscheidende Hebel ist ab Dezember die Finanzfrage, denn nun haben die Kommunen ihre Kontrolleure zu bezahlen. Nun will man in Saugau nur Kontrollen bezahlen, die die Stadtverwaltung selbst angeordnet hat. Man drängt darauf, die Zahl der Kontrolleure, der Funktionäre des Arbeiterrats, immer weiter zu reduzieren, wie in Friedrichshafen und Ravensburg, die Zahl der Sitzungen soll in Friedrichshafen eingeschränkt werden. Über Verfassungstreue eines Arbeiterrats zu entscheiden, maßt sich das Oberamt Tettnang an. Außerdem können sich Stadt und Amtskörperschaft streiten, wer für die Bezahlung aufzukommen habe, da die Satzung diese Frage zunächst im unklaren gelassen hat, und auch später oft schwer zu entscheiden ist, ob eine Kontrolle im Interesse des Bezirks oder der Stadt liegt. Ende 1919, Anfang 1920 drehen die Städte Ravensburg, Weingarten und die Gemeinde Baienfurt den Geldhahn einfach ganz zu, obwohl sie de jure kein Recht dazu haben. Da gibt so mancher Arbeiterrat entnervt eben auf, "denn wir wollen wegen unserer Bezahlung nicht immer die Laufburschen der bürgerlichen Gesellschaft machen"¹²⁸. Gegen die angeblich astronomischen Kosten der Arbeiterräte finden sich in den Zeitungen immer wieder Polemiken. Richtigstellungen der Räte sind unerwünscht. Selbst ein so unauffälliger Zentrums-Arbeiterrat wie in

Wangen muss sich vom Oberamtman vor die Tür setzen lassen und wird angeschrien: "Dieses Hineinregieren habe ich satt, das mache ich nicht mehr mit"¹²⁹. Und auch im Nachbarbezirk Leutkirch hofft der Oberamtman auf das "Verschwinden der Rätewirtschaft als eine Befreiung von lästigen Fesseln"¹³⁰.

In Saulgau zeigt sich der Oberamtsvorstand erleichtert, "während das Vorgehen dieses Rats (anfangs)... ein sehr rigores und gewalttätiges war, hat sich dieses in letzter Zeit etwas gebessert"¹³¹. Überhaupt scheint sich dieser Rat mit seinen weitgehenden, sehr detaillierten Forderungen gegenüber der Verwaltung am erfolgreichsten durchgesetzt zu haben. Dazu verhilft ihm sicher, dass er bei Bedarf seine Basis zu mobilisieren weiß, mehr vielleicht aber noch, dass der Vorsitzende als Amtsgerichtssekretär selbst aus der Verwaltung kommt und mit seiner Kompetenz von der Kommunalverwaltung nicht so leicht mit formalen Argumenten zu entmutigen ist.

Gegen die Obstruktion der Verwaltung sich zur Wehr zu setzen, verlangt Zeit und Nerven. Beschwerden der örtlichen Räte gehen an den Landesausschuss, der leitet sie in der Regel an das Innenministerium weiter, das holt unter Umständen noch Stellungnahmen des Ernährungsministeriums ein, und dann geht die Antwort auf dem Dienstweg zurück. So dauern die Bescheide oft Monate.

Immerhin gibt es auch Ansätze zur Zusammenarbeit. Die Stadtverwaltung Ravensburg begrüßt die Kontrolle der Lebensmittelversorgung im November 1918. Dort treffen sich die Vorstände der Städte Ravensburg und Weingarten, ein Vertreter des Oberamts und Mitglieder des Arbeiterrats in der Regel wöchentlich zu Besprechungen. In Friedrichshafen setzen sich der Stadtschultheiß und ein Arbeiterrat zusammen in den Zug nach Stuttgart, um gemeinsam eine bessere Kohlenversorgung zu erreichen. In Waldsee berichtet der Oberamtman im Juni, es gebe keine Anstände mit dem Arbeiterrat, der allerdings ohnehin seine Tätigkeit eingestellt hatte. In Riedlingen kann es keine Probleme geben, da der Volksrat nie tätig geworden ist. Am besten scheint die Zusammenarbeit des Arbeiterrats mit den Behörden in Biberach funktioniert zu haben. Dort konstatiert der Oberamtsvorstand im Juni 1919, das Verhältnis zum Arbeiterrat sei "anstandslos"¹³², und er bedauert im Dezember, als die Biberacher Arbeiterschaft ohne Gegenstimme die Auflösung des Rats fordert: Er hätte "gewünscht", dass der Arbeiterrat wenigstens über die kritische

Winterzeit ... noch weiter bestanden hätte, um die Wünsche der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen und die Behörden ... unterstützen zu können"¹³³. Leider sei es angesichts der Stimmung der Arbeiter gegen den Arbeiterrat illusorisch.

Die Anfang 1919 aufgestellten Sicherheitstruppen, die vor Gefahren für Leib und Eigentum der Bürger, vor allem aber die Regierung gegen neue Protestbewegungen schützen sollen und über das ganze Land verteilt werden, werden von der Bevölkerung eher als Belästigung empfunden, zumal sie in Oberschwaben vor allem zur Kontrolle der Lebensmittelbewirtschaftung eingesetzt sind. Als sie wieder abziehen, um stärker konzentriert zu werden, weinen ihnen selbst die Zentrums-Zeitungen "keine Träne nach"¹³⁴. Als sie in Bayern einmarschieren, bejubeln die Zeitungen sie wieder. Nun Ende April, Anfang Mai erfasst angesichts der bayerischen Räterepublik geradezu eine Hysterie das Land, man sieht das Oberland schon von asiatischen bolschewistischen Horden überschwemmt, die plündern, brandschatzen, vergewaltigen. Alle Oberämter und Stadtverwaltungen, sogar die Arbeiterräte Leutkirch, Riedlingen, Saulgau und Wangen rufen zur Bildung von Reserve-Sicherheitskompanien zum Schutz der "Heimat" auf. In Gestaltung und Worten identische Anzeigen in sämtlichen oberschwäbischen Zeitungen betreiben Pogromhetze: "Unerhörtes! Scheußliches! ... Kommunalisierung der Frauen! ... (In Rußland werden die) Frauen und Töchter der Bürger und Nichtkommunisten ... zur Verfügung der kommunistischen Arbeiter in Rudeln zusammengetrieben! (Das soll) die Herrschaft des Spartakus und Bolschewismus euch bringen"¹³⁵. Diese "Wahnsinnspartei" sei "scheußlicher als Menschenfresser". Nicht nur unterschwellig klingt an, die Revolution sei das Werk dieser "Wahnsinnspartei" und ihrer Sympathisanten gewesen, zwischen Sozialdemokraten und ihren linken Abspaltungen wird da kaum noch unterschieden. Für "tierisches Gesindel" gelten menschliche Gesetze nicht mehr. Die Opfer-Bilanzen der Weimarer Republik sind bekannt.

Arbeiter-Bewegung

Anfang Dezember 1918 schätzt der SPD-Parteisekretär die Entwicklung noch optimistisch ein: "Im Oberland (gewinnt) der Sozialismus immer mehr Boden"¹³⁶. Um die Jahreswende 1918/19 brechen die Konflikte über die weitere Entwicklung innerhalb der Arbeiterschaft offen auf, die Gegner weiterer Veränderungen gewinnen

an Boden¹³⁷. In Berlin stützt sich die Regierung auf das Bündnis mit der obersten Heeresleitung und legalisiert die Freikorps. Die zurückkehrenden Feldtruppen werden überall, auch in den oberschwäbischen Städten, und die Kriegsteilnehmer in jeder Landgemeinde als "im Felde unbesiegt" begrüßt und gefeiert. Solange sie noch in den Kasernen bleiben, wenden sie sich meist der SPD zu, zu Hause orientieren sie sich wieder an ihrer Umwelt. Das Bürgertum hat in seinen Versammlungen wieder an Selbstbewusstsein gewonnen und vertraut auf die Wahlergebnisse. Die USPD-Minister scheiden noch im Dezember aus dem Rat der Volksbeauftragten aus, in Stuttgart befördert sie Ministerpräsident Bloß im Januar aus der Regierung. Gegen den Stillstand sucht die KPD mit Putsch-Taktik und Verbalradikalismus anzugehen. Die Regierung reagiert mit Aussitzen und Militäreinsatz. In den Januar-Kämpfen in Berlin und Stuttgart werden die politischen Konflikte gewaltsam ausgetragen. In Berlin werden die Führer der KPD ermordet, in Stuttgart verhaftet. Die Wahlen zur National- und Landesversammlung klären die Kräfteverhältnisse¹³⁸. Im Reich 46 %, in Württemberg knappe 40 %, in Oberschwaben keine 20 % stehen hinter beiden Arbeiterparteien. Immerhin wählen in den Städten Friedrichshafen, Laupheim und Weingarten ein Drittel, in Biberach, Ravensburg, Saulgau, Tettnang und Wangen zwischen 20 % und 25 % die SPD. Nur eine verschwindende Minderheit billigt die Politik der USPD, die die Revolution energischer weitertreiben will.

Im Frühjahr wächst die Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Den Fabriken fehlen Kohle und Rohstoffe, die Arbeitslosen nehmen zu, der Regierung wird "Pantoffelpolitik" vorgeworfen. In Soldatenversammlungen in Weingarten haben der Friedrichshafener SPD-Arbeiterrat Hertlein Gelegenheit für und der Ravensburger USPD-Arbeiterrat Mathiesen Gelegenheit, gegen die Regierung zu reden. Der Ravensburger überzeugt nur eine Minderheit. Unmittelbarer Anlaß für eine neue Streikbewegung ist die Forderung nach Freilassung der im Januar verhafteten KPD-Führer. Getragen wird die Bewegung vom Wunsch, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Der Ravensburger ASR übermittelt schon im Januar 1919 einen Protest an die Parteivorstände, "dass eine Einigung zwischen den beiden Richtungen der sozialistischen Partei unter allen Umständen herbeigeführt wird", gegebenenfalls "über die Köpfe der Führer" hinweg¹³⁹. So bildet sich in Stuttgart ein „Aktionsausschuss des geeinigten Proletariats" unter maßgeblichem Einfluss der USPD, aber auch partieller Unterstützung der SPD, der Anfang April den Generalstreik ausruft. Dessen Aktionsprogramm greift hoch: "Vollständige

Beseitigung des Kapitalismus ... 1. Schaffung eines sozialistischen Gemeinwesens auf der Grundlage des Rätessystems ... 2. Auflösung der Sicherheits-Kompanien ... 6. Vergesellschaftung ... des Großgrundbesitzes ... und aller geeigneter Betriebe"¹⁴⁰

In Oberschwaben schließen sich außer den Friedrichshafener nur die Ravensburger Arbeiter vom 2. bis 7. April 1919 dem Generalstreik an, um gegen den "schmählichsten Verrat am revolutionären Proletariat" zu protestieren¹⁴¹. Der Arbeiterrat ist gespalten, die aktiven USPD-Mitglieder übernehmen die Streikleitung, der SPD-Arbeiterratsvorsitzende und die Gewerkschaften erklären sich mit Stadtverwaltung und Firmen entschieden dagegen. In Saulgau lehnen die Arbeiter eine Beteiligung am Generalstreik ab, Gewerkschaften und Arbeiterrat besetzen die Turnhalle, um über eine Reihe von Forderungen an die Stadtverwaltung abstimmen zu lassen.

Am 1. Mai, erstmals staatlicher Feiertag, findet man in den meisten Städten wieder parteiübergreifend zusammen: SPD, USPD, Gewerkschaften, Arbeitervereine. In Biberach vereinigen sich sogar bürgerliche Kollegien, Zentrumspartei, KPD mit roter Fahne, SPD, konfessionelle Arbeitervereine, Gewerkschaften, Fleischergesellen, Veteranen und andere Vereine zu einem gemeinsamen Festzug. "Sämtliche Festteilnehmer werden geschmückt mit einem Festzeichen, einer kleinen roten Fahne". Der Redner der KPD nutzt die Gelegenheit zu einer Brandrede: "Wo ist die Freiheit, wo der Friede, wo das Brot? ... die sozialistische Regierung mordet die Arbeiter"¹⁴². Nur in Ravensburg und Weingarten feiert man getrennt, in Ravensburg die USPD und der "Aktionsausschuss des (nicht mehr) geeinigten Proletariats", in Weingarten SPD, Gewerkschaften und Soldatenrat¹⁴³.

Die Einigkeit zerbricht auch anderswo rasch wieder. Die Zeitungen der Folgetage füllen Anzeigen mit Aufrufen zum "Kampf gegen den Bolschewismus" und zum Eintritt in die Reserve-Sicherheitstruppen, die die Sicherheitskompanien im Bedrohungsfall unterstützen sollen. Die Reserve-Sicherheitstruppen betätigen sich in der Folge besonders im geistigen Kampfeinsatz, sie übernehmen diese Aufgabe von den Soldatenräten und Sicherheitskompanien, die seit dem Frühling besondere Propagandabeauftragte aufgestellt haben. Im Sommer drängt der Hauptmann des Weingartner Bezirksstabs der Reserve-Sicherheitstruppen: "Wir müssen das Oberland mit Flugblättern überschwemmen", um "der nicht ernst genug

einzuschätzenden bolschewistischen Bewegung endlich auch geistig mit Nachdruck begegnen zu können"¹⁴⁴. Die Titel der in x-tausenden verbreiteten Flugblätter klingen denn auch recht stereotyp: "Das wahre Gesicht des Bolschewismus", "Die Bilanz des Bolschewismus", "Aus dem Leben des Bolschewismus" etc. So steht auf der einen Seite bis in den Sommer 1921 das aufgerüstete Bürgertum in Reserve-Sicherheitsgruppen und ihren Nachfolgern, den Einwohnerwehren, verstärkt durch die "Polizeischar" in Friedrichshafen. Auf der anderen Seite lösen sich im Sommer die revolutionären Institutionen auf, die Soldatenräte verschwinden mit dem Neuaufbau der Reichswehr, die Arbeiterräte führen im zweiten Halbjahr 1919 mit dem Ausscheiden der USPD nur noch eine Schattenexistenz. Gegen die Teuerung wenden sich eine Vielzahl von Streiks und Demonstrationen, jetzt auch in kleineren Städten wie Ehingen und Laupheim.

Der Kapp-Putsch signalisiert, wie stark sich die alten Machtgruppen bereits wieder fühlen. Auch die Offiziere der Reichswehr in Württemberg sympathisieren mit den Putschisten. In Friedrichshafen und Ravensburg organisieren die Gewerkschaften einen zweitägigen Generalstreik, der in Ravensburg fast zu Zusammenstößen mit der Einwohnerwehr führt. Doch auch diese letzte Chance, entschlossen eine demokratische Erneuerung durchzusetzen, wird vertan. Die Juniwahlen 1920 enthüllen, wie sehr die Arbeiter ihr Vertrauen in die SPD verloren haben. Während die Stimmen für alle Arbeiterparteien zusammen nur wenig hinter den Zahlen vom Januar 1919 zurückbleiben, wählt nun etwa die Hälfte der vorigen SPD-Wähler die USPD oder KPD. In Ravensburg sinkt der Anteil der SPD auf ein Drittel, in Weingarten auf ein Fünftel, in Friedrichshafen auf weniger als die Hälfte¹⁴⁵. "Aus dem Ausbleiben der erwarteten Demokratisierungsmaßnahmen (wurde) die Notwendigkeit der Sozialisierung als Voraussetzung einer jeden Demokratisierung gefolgert ... Was die Bewegung an Radikalität gewann, verlor sie an Breite"¹⁴⁶.

In einer neuen Welle von Teuerungsdemonstrationen in allen württembergischen Städten im Juni 1920 eskaliert der Protest in Ravensburg am 22. Juni zum Sturm auf das Oberamt. Als die Räume des für die Lebensmittelversorgung zuständigen Kommunalverbands demoliert werden, ruft der Oberamtmann die Reichswehr aus Weingarten, die, erst "vor einigen Tagen als 'Sieger' von den Ruhrschlachtfeldern heimgekehrt"¹⁴⁷, MG-Salven in die Menge feuert, zwei Personen tötet und viele schwer verwundet. Über Wochen herrscht große Erregung in der Stadt, immer

wieder kommt es zu Schießereien, die nochmals einen Toten und Verletzte fordern. Kaum hat sich die Situation etwas beruhigt, folgt im August 1920 der große württembergische Generalstreik gegen die Einführung des Lohnsteuerabzugs. Während sich die Friedrichshafener Arbeiter nicht mehr beteiligen, treten in Ravensburg teilweise auch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften über zwei Wochen in den Streik unter der Führung eines "Aktionsausschusses der revolutionären Betriebsräte", weil sich Arbeiterparteien und Gewerkschaften völlig über die Erfolgsaussichten des Streiks zerstritten haben. Nach der erneuten Niederlage greift "eine allgemeine Enttäuschung Platz"¹⁴⁸. Nur die Behörden fürchten weiterhin, das Oberland könne "sehr leicht ein Brandherd gefährlichster Art werden"¹⁴⁹.

Im Sommer 1921 werden erneute Teuerungsdemonstrationen gemeldet, im Herbst und Winter 1921/22 kleinere Streiks. Den Angriff auf eine der wichtigsten sozialen Revolutionserrungenschaften, den 8-Stunden-Tag, wagen die Arbeitgeber im Frühjahr 1922 mit einer Totalaussperrung der Arbeiter der Metallindustrie, der wichtigsten Industriebranche in Süddeutschland. Diesmal wollen sogar die christlichen Gewerkschaften nicht nachgeben, die seit 1918 noch jeden Streik verurteilt haben. In Oberschwaben sind vor allem Firmen und Arbeiter in Friedrichshafen, Ravensburg, Weingarten und Biberach betroffen. Aber nach acht Wochen bricht der Widerstand zusammen, die Unternehmer setzen sich im größten Arbeitskampf in der Geschichte der Region durch und klären, wer wirklich die Macht hat¹⁵⁰. Die Zahl der Demonstrationen und Streiks geht nun merklich zurück, die Protestversammlungen gegen den Rathenau-Mord 1922 wie schon gegen den Erzberger-Mord 1921 muten ratlos an.

Bei einem erneuten Protest gegen die Lebensmittelteuerung kommt es am 19. September 1923 in Biberach zu militanten Auseinandersetzungen. Arbeiter unter kommunistischer Führung zwingen die Bauern auf dem Markt, ihre Lebensmittel zu niedrigeren Preisen zu verkaufen. Eine Schießerei der Bürgerwehr kann gerade noch vermieden werden. Je nach Wertung werden die Vorgänge harmlos als "Göckeles-Mittwoch", als Marktkrawall oder schaudernd als kommunistischer Putschversuch bezeichnet¹⁵¹. Im Herbst 1923 rüsten sich Bürger und Arbeiter in mancher Stadt für den Bürgerkrieg. Im Oktober verhaftet die Staatsregierung die KPD-Führer des

Oberlandes und bringt sie in das Schutzhaftlager auf dem Heuberg. Die Nationalsozialisten können Listen und Lager nach 1933 wiederverwenden.

1924 nach der Währungsreform ist die Aussicht auf Veränderung geschwunden, die Arbeiter resignieren, viele verlassen ihre Organisationen. Die SPD hat ihre Mitgliederzahl 1919 gegenüber der Vorkriegszeit von ca. 350 auf ca. 2500 vervielfachen können. Über oder um 100 Mitglieder zählen die Ortsvereine Aulendorf, Buchau, Friedrichshafen (290), Langenargen, Laupheim (150), Saulgau, Tettngang, Wangen (170), Weingarten. Ein Drittel der Mitglieder verlässt die Partei schon bis 1921, 1924 sind mit ca. 800 noch ein Drittel übriggeblieben, etwa doppelt so viel wie 1914¹⁵². Leider liegen für die USPD und KPD kaum örtliche Zahlen vor. Zur Ortsgruppe Friedrichshafen der USPD sollen im Frühjahr 1919 320 Mitglieder gehört haben, größere Ortsgruppen müssen auch in Ravensburg, Buchau und Wurzach bestanden haben¹⁵³. Die württembergische KPD fällt 1924 auf die Hälfte ihres Mitgliederbestandes von 1921/22 zurück. In der Verwaltungsstelle Friedrichshafen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verbleiben von 2100 Mitgliedern 1921 noch 400 Organisierte im Jahr 1924¹⁵⁴.

Die Bauernräte

Die Bauernräte bieten nach Entstehung, Organisation und Praxis ein nicht weniger buntes Bild als die Arbeiterräte¹⁵⁵. Von mehreren Seiten wird die Landbevölkerung bald nach dem 9. November aufgefordert, Bauernräte zu bilden. Am 12. November ruft der Rat der Volksbeauftragten die "Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibenden auf dem Lande" zur "Bildung von Bauernräten (auf), um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande ... sicherzustellen"¹⁵⁶. Der Aufruf erfolgt auf Initiative des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft, der schon Anfang November die "Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen" propagiert hat. Dahinter steht letztlich der Bund der Landwirte, der hofft, endlich Einfluss auf die lokale Ernährungsverwaltung zu erhalten und gleichzeitig die Landarbeiter einzubinden. Am 14. November fordert der Schwäbische Bauernverein, kurz zuvor gegründete zentrumsnahe Landesorganisation der katholischen Bauern in Konkurrenz mit den regierungsfremden landwirtschaftlichen Bezirksvereinen, seine Mitglieder auf, "an allen Orten, wo Arbeiter- und Soldaten-Räte gebildet sind, auch Bauernräte zu wählen"¹⁵⁷. Am 15. November regt die Württembergische

Zentralstelle für Landwirtschaft, oberste Landesbehörde und gleichzeitig Spitze der landwirtschaftlichen Bezirksvereine, die Bildung von Gemeindeausschüssen und Bezirksbauernräten an, am gleichen Tag fordert der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften seine Mitglieder auf, sich aktiv an der Gründung zu beteiligen. Die etablierten Bauernverbände fürchten, ähnlich wie die Gewerkschaften bei den Arbeiterräten, dass die neue Organisationsform ihren Einfluss auf Bauern und Behörden beeinträchtigen werde: "Es gibt auch sehr radikale Bauernräte, die von den Gemeindebauern selber nicht gewählt worden sind, sondern eben als Bauernvertreter von einem kleinen Kreis ernannt werden"¹⁵⁸. Diese Bemerkung zielt auf die Initiativen, die von den politischen Arbeiterräten ausgehen.

Schon "Die rote Fahne" vom 5. November 1918 verkündet als Programm des Arbeiter- und Soldaten-Rates Stuttgart: "Die Regierung übernehmen sofort zu wählende Delegierte der Arbeiter, Soldaten, Kleinbauern und der Landarbeiter". Nach dem von Fritz Rück und August Talheimer dem Arbeiter- und Soldatenrat am 10. November vorgelegten und am 25. November abgelehnten Programm sollen "Dorfkomitees aus Bauern und Landarbeitern gebildet werden, die sich zentral zusammenschließen und den Städten die nötigen Lebensmittel und Rohstoffe ... liefern"¹⁵⁹. Wohl Mitte November verbreitet der "Propaganda-Ausschuss des Vollzugs-Ausschusses des Arbeiterrates Stuttgart" ein Flugblatt an die "Kleinbauern! Landarbeiter!", das leider nicht genauer datierbar ist, und spartakistische Gedanken propagiert. „Die Revolution ist die Erhebung des kleinen Mannes ... schließt Euch zu Produktionsgenossenschaften zusammen! ... In allen Städten und Industrieorten sind Arbeiterräte entstanden. Sie sollen die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahren, Regierung wie Gemeindeverwaltungen kontrollieren. Sie werden dafür sorgen, dass die Fabriken unter Aufsicht der Arbeiter kommen ... in ähnlicher Weise müßt auch Ihr die Erzeugung und den Vertrieb der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ordnen und leiten. Bildet überall Bauernräte! Diese beaufsichtigen in erster Linie die Arbeit der Schultheißen und Kommunalverbände"¹⁶⁰.

Die Berliner Aufrufe bleiben in Oberschwaben ohne jedes erkennbare Echo¹⁶¹. Auf den Aufruf der Zentralstelle für Landwirtschaft bezieht sich nur der Ortsvorsteher von Stafflangen im Oberamt Biberach, der einen am 26. November gebildeten Gemeindeausschuss meldet¹⁶². Zumeist konstituieren sich die Bauernräte auf Initiative eines Arbeiterrats oder der beiden konkurrierenden Bauernverbände. Die in

neun Oberämtern bestehenden Bauernräte lassen sich nach ihrer Organisationsform (Teil eines Arbeiter-und Bauern-Rates oder selbständiger Bauernrat mit oder ohne gemeinsamem Ausschuss mit dem Arbeiterrat) oder nach dem Berufungsverfahren unterscheiden: Wahl oder Benennung in einer Versammlung des Arbeiterrats oder eines Bauernverbands, Delegation durch den landwirtschaftlichen Bezirksverein in den ABR, Delegation durch örtliche Bauernräte.

Der ASR Ravensburg beschließt zwar in seiner Sitzung am 14. November, Bauernräte auf dem Lande wählen zu lassen, setzt seinen Beschluss aber offenbar nie um, ruft aber dennoch die "landwirtschaftliche Bevölkerung" auf: "Arbeitet mit an dem Aufbau des neuen Volksstaates!"¹⁶³ Im März 1919 meldet deshalb das Oberamt: "Bauernräte haben wir im Bezirk so gut wie nicht, in einer Gemeinde ist ein Bauernrat, von dessen Tätigkeit wir noch nichts gehört haben"¹⁶⁴. Der am 26. November 1918 gegründete Volksrat füllt zunächst diese Organisationslücke und räumt den Vertretern der 21 Landgemeinden fast die Hälfte seiner Sitze in der Vollversammlung und im Aktionskomitee ein (s. u.). Nach der ersten Sitzung am 2. Dezember treten diese ländlichen Volksräte allerdings nie mehr in Erscheinung.

Von den Arbeiterräten, die sich um eine Ergänzung durch Bauernräte bemühen, beruft der Arbeiterrat Friedrichshafen bereits am 10. November, also noch vor der Revolutionsfeier in Friedrichshafen selbst, eine Volksversammlung in der Oberamtsstadt Tettnang ein, auf der zwei Bauernräte in den ASR Friedrichshafen zugewählt werden. Am 17. November finden in den Landgemeinden Versammlungen statt, in denen jeweils ein bis drei Bauernräte als Delegierte in die Vollversammlung des Friedrichshafener Rats gewählt werden. Diese Räte werden teilweise von den Gemeinderäten nicht als Vertreter ihrer Gemeinden anerkannt. In den späteren Wahlversammlungen werden Mitglieder der örtlichen Honoratiorenschicht, manchmal gleich Gemeinderäte, entsandt. In der über 80 Personen zählenden Vollversammlung stellen die Bauernräte ca. 40 % der Räte.

In Saulgau am 16. November und in Waldsee am 20. November werden in der öffentlichen Wahlversammlung zum ASBR auch jeweils gleich Bauern in die Räte gewählt, in Saulgau drei Bauernräte unter insgesamt 18 Räten, in Waldsee fünf Bauernräte unter insgesamt 16 Räten. "Die Sozialdemokratie ... hat kurzerhand die notwendige Zahl Leute aus Stadt und Bezirk herausgezogen und gewählt, was den

Sozialisten natürlich sehr zustatten kam ... die Abstimmung wurde durch Zuruf vorgenommen"¹⁶⁵. In beiden Fällen protestiert der landwirtschaftliche Bezirksverein. In Saulgau bezeichnet er das Vorgehen des Arbeiterrats als "Terrorismus", zeigt sich aber dennoch bereit, "durch einen von den Bauern selbst gewählten Bauernrat bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, dem Schutz des Eigentums sowie bei der richtigen Erfassung und gerechten Verteilung sämtlicher ... nötiger Lebensmittel und der Preisbestimmung ... mitzuwirken". In der Vereinsversammlung wird eine Liste von Bauernräten vorgelesen, "gegen die kein Einspruch erhoben wurde"¹⁶⁶. Zusammen mit weiteren Zuwahlen erweitert sich der Saulgauer Rat Ende November um diese Delegierten des landwirtschaftlichen Bezirksvereins, so dass die Bauernräte nun acht der 30 Räte stellen. Da die Bauern weiterhin eine stärkere Vertretung verlangen, werden im Frühjahr in vielen Gemeinden des Bezirks örtliche ABRe gebildet, die Vertreter auf die Bezirksebene entsenden. Anfang April erscheinen zu einer Vollversammlung 42 Bauern-Delegierte aus 36 Gemeinden, denen nur 17 Arbeiterräte gegenüberstehen. Dennoch wird ihnen von anonymen Kritikern die Legitimation abgesprochen und ein selbständiger Bauernrat gefordert¹⁶⁷.

In Waldsee hat der landwirtschaftliche Bezirksverein eine Liste mit 25 Bauernräten aufgestellt, von denen in der Versammlung am 19. November ein Teil in den ASBR durch Zuruf gewählt wird. Damit ist der Verein aber nicht zufrieden und erhebt in einer Mitgliederversammlung am 1. Dezember Protest, sieht aber "vorerst von der Zuwahl von Mitgliedern zum Bauernrat ab und wünscht dem ASBR ein recht baldiges seliges Ende!"¹⁶⁸, was dort ja auch bald eintritt. Mindestens in zwei Landgemeinden des Oberamtsbezirks bestehen allerdings örtliche ABRe, wobei sich in Wolfegg christliche Gewerkschaften und landwirtschaftliche Organisationen über die Zusammensetzung geeinigt haben.

In Biberach hat der ABSR, der sich bereits so nennt, in einer Zeitungsanzeige am 18. November neben den "geistigen Arbeitern" und Beamten auch die Bauern "ersucht", je einen Delegierten in den Rat zu entsenden. In der Bekanntmachung der konstituierenden Sitzung am 21. November werden neben den 21 Arbeiterräten und 4 Soldatenräten auch 5 Bauernräte aufgeführt, davon einer als Vertreter des Güterbesitzer-Vereins und 4 für den landwirtschaftlichen Bezirksverein, die also anders als bei den anderen Bauernräten ausdrücklich als Vertreter ihrer

Organisationen dem Rat angehören. Anfang 1919 wird eine Ausweitung der lokalen Vertretungen angestrebt und die "ländlichen ABRe ... sollten einen Delegierten wählen in einer Ortsversammlung zur Vertretung und Teilnahme an den Sitzungen des Bezirksrats der ABRe"¹⁶⁹.

Der Friedrichshafener Arbeiterrat hat sich selbst gerade erst um zwei Bauernräte ergänzt, da versucht er schon am 12. November in Wangen einen selbständigen "revolutionären" Bauernrat zu gründen. Das geht genau so schief wie mit dem dortigen Arbeiterrat. Die in der öffentlichen Wahlversammlung aus jeder Gemeinde benannten Personen und der danach als Vorsitzender gewählte Schultheiß aus Amtzell erweisen sich als wenig aktiv. Dem Oberamt scheint "der Bezirksbauernrat auf sein Dasein keinen besonderen Wert zu legen"¹⁷⁰. Die nächste Gründung eines selbständigen Bauernrats, ab dem 14. November in Leutkirch, ist offenbar das Werk eines Mannes, des Wurzacher Guts- und Brauereipächters Schiele, der über die Bauernräte eine politische Karriere aufzubauen sucht, eine eigene, wenn auch kurzlebige Partei gründet und seinen Weg über den Landesbauernrat bis in den Reichsbauernrat bahnt. Nachdem er sich selbst mit einem großen Käsereibesitzer und einer weiteren Person zum provisorischen Bauernrat erklärt hat, lässt er zwischen dem 18. und 24. November in Versammlungen je drei Gemeinde-Bauernräte wählen, je ein Vertreter jeder Gemeinde bilden zusammen den Bezirks-Bauernrat.

Die Wahlen der beiden nächsten Bauernräte werden von den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen veranlasst. In Riedlingen sollen sich zunächst einfach die örtlichen Vertrauensleute des Bezirksvereins "als örtlicher Bauernrat erklären" und aus den Reihen der Nichtvereinsmitglieder Handwerker und Gewerbetreibende dazuwählen. Als ein zufällig anwesender Sozialdemokrat erklärt, ein solcher Bauernrat werde von der Regierung nicht anerkannt, beschließt die Versammlung am 25. November, in den folgenden Tagen durch die Ortsobmänner des Vereins in allen Gemeinden Versammlungen einzuberufen, in denen drei bis fünfzehn Ortsbauernräte "aus dem Kreise der Landwirte, der landwirtschaftltreibenden Geschäftsleute und allenfalsiger Gewerbetreibender" gewählt werden soll. Der landwirtschaftliche Bezirksvorstand soll dann die engere Wahl zum Bezirksbauernrat vornehmen lassen. Gegen die Benennung als Bauernräte erhebt eine Zentrumsversammlung des gleichen Tages Einwände, da "Volksräte, in denen Mitglieder aller Stände seien, ohne Zweifel eher in

Stuttgart anerkannt werden als nur Bauernräte, die eben als einseitige Standesvertretung angesehen werden konnten"¹⁷¹. Paradoxerweise wird dann gerade der Riedlinger Volksrat nicht anerkannt, wohl aber der Bauernrat in seiner Beschränkung als Interessenvertretung.

In Laupheim wird am 1. Dezember in einer Versammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins unter dem Punkt "Anträge und Wünsche" ein Bezirks-Bauernrat vorgeschlagen, durch Zuruf aus "20 praktischen Landwirten der einzelnen Gemeinden gebildet", und der Vereinssekretär und Verwaltungsaktuar als Geschäftsführer bestellt¹⁷². Von diesem Rat hört man nach seiner Gründung nie wieder.

In Ehingen, das mit seinem Bauernrat ebenso das Schlusslicht bildet wie mit seinem Arbeiterrat, scheint es noch zu einem Wettlauf zwischen Schwäbischem Bauernverein und landwirtschaftlichem Bezirksverein um die Gründung des Bauernrats gekommen zu sein. Am 11. Dezember lädt der landwirtschaftliche Bezirksverein zu seiner Versammlung am 14. Dezember die je drei Vertreter der offenbar bereits bestehenden Gemeinde-Bauernräte zur Wahl eines Bezirks-Bauernrates ein. Einen Tag später macht der Schwäbische Bauernverein auf seine Bezirksversammlung über die Bauernräte aufmerksam. Auf der Versammlung des Bezirksvereins werden dann doch aus je einem Vertreter der Gemeinden der Bezirksbauernrat gebildet, durch Zuruf ein Bauer und Schultheiß zum Vorsitzenden bestimmt und in geheimer Abstimmung ein Ausschuss gewählt.

Einen Unterbau in Form örtlicher Bauernräte besitzen also die Bezirksbauernräte in Ehingen, Leutkirch, Riedlingen, wohl auch der Bezirks-ABR Saulgau, eventuell Friedrichshafen, de facto auch Biberach, dort allerdings mit den unterschiedlichsten Bezeichnungen in den einzelnen Gemeinden (z.B. ABR, ABBürgerR, BA- und HandwerkerR, Gemeindeausschuss). Eine handlungsfähige Organisation der selbständigen Bauernräte auf Bezirksebene mit einer Vollversammlung, die wenigstens gelegentlich auch tagt, einem Ausschuss und einem Vorsitzender kommen nur in Ehingen, Leutkirch und Riedlingen zustande. Die Bezirks-Bauernräte von Ehingen und Wangen bilden mit den Arbeiterräten einen gemeinsamen Ausschuss, bei dem in Ehingen der Vorsitzende des Bauernrats präsidiert, in Wangen der Redakteur des Oberamtsblattes.

Im Unterschied zu den Arbeiterräten entsteht erst spät eine Vertretung der Bauernräte auf Landesebene. Zu den Landesversammlungen der württembergischen ABRe dürfen nur gemeinsame ABRe Delegierte entsenden, in der Regel keine Bauern. Dem Landesausschuss der ABRe, der sich seit Januar 1919 so nennt, gehört trotz seines Namens kein Bauer an. Er erkennt auch keine reinen Bauernräte als Räte im Sinne der Satzungen vom 14. Dezember 1918 an. Die Zentralstelle für Landwirtschaft versucht im Dezember erfolglos, einen Landesbauernrat zu gründen. Am 15. Januar 1919 bildet sich auf Initiative des Bürgerrates Stuttgart ein Landesverband der württembergischen Bürger- und Bauernräte, dessen achtköpfiger Arbeitsausschuss paritätisch mit Bürgern und Bauern besetzt wird. Das ist aber auch schon die letzte Nachricht von ihm. Erst am 24. März lädt der Bezirks-Bauernrat Schwäbisch Hall zu einer Versammlung der Bezirks-Bauernräte des Landes ein, wo zwei Drittel der württembergischen Oberämter vertreten sind. Dort wird ein provisorischer Landes-Bauernrat gegründet, in den jedes Oberamt einen Vertreter entsendet und zu dessen vorläufigem Vorsitzenden der Gutspächter Bräuninger aus dem Oberamt Saulgau gewählt wird, der im April zweiter Vorsitzender des Bezirks-ABR Saulgau wird. Da die Bauernräte auf der Landesversammlung der ABRe Anfang März nicht zu Wort gekommen seien, protestieren die Anwesenden dagegen, dass in den Landesversammlungen Beschlüsse im Namen der Bauernräte gefasst werden und fordern die Gleichberechtigung der Bauern- mit den Arbeiterräten. Die Regierung beugt sich ultimativen Forderungen einer Bauerndelegation, stellt Räumlichkeiten im Neuen Schloss Stuttgart zur Verfügung und übernimmt die Kosten des Landes-Bauernrates ebenso wie für den Landesausschuss der ABRe. Am 30. April konstituiert sich endgültig der württembergische Landes-Bauernrat, ohne dass später die Frage geklärt werden kann, wie er zustande gekommen sei. Vorsitzender ist nun der Gutspächter Schiele aus Wurzach, Vorsitzender des Bezirks-Bauernrats Leutkirch, Geschäftsführer der vorige provisorische Vorsitzende Bräuninger aus Saulgau. Auf der ersten Vollversammlung der Bauernräte am 13. Mai in Stuttgart werden Satzungen für die Bauernräte auf den Ebenen der Gemeinde, des Bezirks und des Landes verabschiedet, die aber keine Bedeutung erlangen, da es zu keinen Neuwahlen mehr kommt. Im Sommer verbindet sich der württembergische Landes-Bauernrat mit den badischen und bayerischen entsprechenden Räten zu einer Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Landes-Bauernräte. Auf 4. November 1919 beruft der Landes-Bauernrat eine letzte große Versammlung von Bauernvertretern aus

allen Oberämtern und allen landwirtschaftlichen Verbänden zusammen mit der Regierung zur Beratung der Ernährungslage ein, der Versammlungen in allen Oberämtern unter Leitung der Oberamtleute folgen sollen¹⁷³.

Der Reichs-Bauern- und Landarbeiter-Rat, der sich am 3. Dezember 1918 konstituiert, ist anders als der "Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik", von keinem Rätekongress gewählt worden, sondern "die Vorstände der Agrarier-, Bauern-, Landarbeiterverbände bestimmen kraft selbst erteilter Vollmacht, dass sie selbst dieses Zentralparlament sind"¹⁷⁴, er ist also ein bloßer Ausschuss der Landwirtschaftsverbände. Der Vorsitzende Schiele des Landes-Bauernrats gehört als gelegentlicher Delegierter dem Reichsbauernrat an. Im Mai 1919 entsteht in Berlin ein konkurrierender Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat, der auf den örtlichen und regionalen Bauernräten aufbauen will, aber bald wieder verschwindet¹⁷⁵.

In den meisten Fällen beeinflusst der landwirtschaftliche Bezirksverein maßgeblich die Wahl der Bauernräte, sei es, dass der Bezirksverein selbst in seinen Versammlungen die Wahlen durchführt, dass er Delegierte benennt oder wenigstens Wahlvorschläge unterbreitet. Nur in vier Fällen tritt der landwirtschaftliche Bezirksverein nicht in Erscheinung, in Ravensburg, weil es keine Bauernräte gibt, in Friedrichshafen/Tettngang, in Wangen wegen der Wahlumstände und weil danach der Bauernrat passiv bleibt, in Leutkirch, weil der Vorsitzende des Bauernrats seine eigene Politik verfolgt. Das landwirtschaftliche Verbandswesen in Württemberg befindet sich nach der Revolution in einer Phase rascher Neuorganisation. Die landwirtschaftlichen Bezirksvereine sind bisher der staatlichen Zentralstelle für Landwirtschaft unterstellt, die durch die Kriegswirtschaft bei der bäuerlichen Bevölkerung diskreditiert ist. Verschiedene Personengruppen mit divergierenden Interessen bemühen sich um die Schaffung einer neuen unabhängigen Vereinsspitze¹⁷⁶. Gleichzeitig werden überall Schwäbische Bauernvereine als neue zentrumsnahe katholische Standesorganisationen gegründet, was alsbald zu heftigen Kontroversen und Polemiken zwischen Bezirksvereinen und Bauernvereinen führt. Man erwartet im November/Dezember 1918, dass die Regierung "aus den Bauernräten die Anfänge einer neuen Vertretung der Bauernschaft" bilden wolle¹⁷⁷. Deshalb scheint es wichtig, die neuen möglichen Machtpositionen in den Bauernräten zu besetzen. Die Schultheißen Maunz und Renz, Vorsitzende der Bezirks-Bauernräte Riedlingen und Ehingen (ersterer auch Zentrums-

Landtagsabgeordneter), exponieren sich bei der Bildung der neuen Landesorganisation der landwirtschaftlichen Bezirksvereine und werden dafür heftig vom Schwäbischen Bauernverein angegriffen¹⁷⁸. Man wirft ihnen eine "bauernbündlerische" Politik vor (der württembergische Bauernbund ist die Partei der protestantischen württembergischen Bauern und bildet zusammen mit der Bürgerpartei die Landesorganisation der DNVP), also eine radikale Interessenpolitik, die das Zentrum mit seiner breiten sozialen Basis nicht treiben kann. Nach der Bildung des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes für Württemberg wird der Schultheiß Maunz zum Landesvorsitzenden gewählt, sein Kollege Renz bringt es zum Mitglied des Gauausschusses, der Gutspächter Bräuninger, zweiter Vorsitzender des ABR Saulgau, führt die Geschäfte des neuen Verbands wie auch des Landes-Bauernrats.

Der Vorsitzende des Bezirks-Bauernrats Leutkirch, der Gutspächter Schiele, geht seinen eigenen Weg. Zunächst stellt er sich dem Landesausschuss der Arbeiterräte als antiklerikaler Kämpfer gegen den "Einfluss der Geistlichen" dar, der aber dringend ein Auto für seine Agitationstouren benötige¹⁷⁹. Auch später versichert er dem Landesausschuss, dass "die Führer der Mehrheits-Sozialisten Leute sind, mit denen sich ganz entschieden verhandeln lässt"¹⁸⁰. Um die Jahreswende 1918/19 gründet Schiele zusammen mit den Bauernräten "in etwa acht Oberämtern des Oberlandes" eine eigene Partei, den "Verein der Landwirte Oberschwabens" und tritt damit bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung im Januar 1919 an, "weil die Führer, wahrscheinlich vom allgemeinen Revolutionskoller ergriffen, ... den Augenblick für gekommen halten, ihre ... Wünsche nach einem politischen Mandat zu verwirklichen". Bei den Wahlen fällt die neue Partei durch, zieht aber zum Ärger des Zentrums diesem Stimmen ab¹⁸¹. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung lässt sich Schiele auf der Liste der rechten württembergischen Bürgerpartei aufstellen, wiederum ohne Erfolg. Bereits im Januar wird ihm eine lohnendere Betätigung vorgeschlagen, "dass die einzelnen Bezirks-Bauernräte einen Landes-Bauernrat wählen würden, der die landwirtschaftlichen Interessen in Stuttgart am Sitze der Regierung vertreten könnte"¹⁸². Das dauert dann doch noch Monate, weil man zunächst angenommen hat, die Landwirtschaftskammer würde schneller gebildet. Am 30. April 1919 zum Vorsitzenden des Landesbauernrats gewählt, amtiert er ebenso lange wie der Landesausschuss der ABRe, bis das Finanzministerium

Ende März 1920 die Zahlungen einstellt, der Landesausschuss der ABR sich bereits aufgelöst und die Landwirtschaftskammer ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Schiele ist nun bei allen Verbänden wohlgekommen, referiert beim Bauernverein und gehört 1920 dem Vorstand des Landwirtschaftlichen Hauptverbands an.

In der neu errichteten Landwirtschaftskammer sitzen zwölf Landwirte aus Oberschwaben. Von ihnen sind sieben vorher als Bauernräte aufgetreten: die Vorsitzenden aller drei aktiven Bezirksbauernräte: Schiele von Leutkirch mit der höchsten Stimmenzahl aller Oberschwaben, die Schultheißen Maunz von Ehingen (im Vorstand der Landwirtschaftskammer) und Renz von Riedlingen sowie Mitglieder der Bauernräte von Biberach, Wangen und Waldsee und ein weiteres Mitglied des Bauernrats Leutkirch. Schwäbischer Bauernverein und Landwirtschaftlicher Hauptverband nähern sich schon bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer im Januar 1920 einander an und stellen eine gemeinsame Liste auf. 1922 fusionieren beide Verbände. Gemeinderäte, Gemeindeverwaltungen, Bezirksräte, Verbände, kurzfristig Bauernräte, jetzt Landwirtschaftskammer, ein Netz der gleichen Leute, man ist unter sich.

De facto haben wohl die meisten selbständigen Bauernräte im Frühjahr und Frühsommer ihre Tätigkeit eingestellt, als sich die landwirtschaftlichen Organisationsstrukturen konsolidieren, die Bezirksvereine Ortsvereine gründen, auch wenn die Räte im Sommer noch formell existieren. Nur von Leutkirch ist bekannt, dass dort noch im Dezember 1919 der Vorsitzende eine Vollversammlung einberuft. In Waldsee hat der ganze Rat im Frühjahr auf Betreiben des Vorsitzenden seine Aktivitäten eingestellt. In Biberach und Saulgau ist für das zweite Halbjahr nichts mehr von einer Teilnahme der Bauern an den Ratssitzungen bekannt. In Friedrichshafen erscheinen im Juni noch drei Bauern, im Dezember gelten noch 17 Bauernräte als Mitglieder des Rats.

In den Gemeinden wird vielfach getrennt nach kleinen, mittleren und großen Bauern oder nach Berufsgruppen getrennt gewählt. Auf Bezirksebene lässt sich über die soziale Struktur der Bauernräte nur etwas erfahren, wenn die Berufe angegeben sind, was in der Regel nur für die Ausschüsse zutrifft. Von den 21 Ausschusssitzen der aktiven Bezirks-Bauernräte Ehingen, Leutkirch, Riedlingen besetzen Schultheißen und Anwälte (Teilgemeindevorsteher) allein acht Positionen, das gehobene ländliche Gewerbe (Brauer, Müller, Molkereibesitzer) drei,

Handwerksmeister mit landwirtschaftlichem Betrieb zwei, den Rest stellen ein Gutspächter und sechs "Nur-Bauern". In Laupheim entsenden in die 20köpfige Vollversammlung des nur formell existierenden Bauernrats die Schultheißen fünf, Gutsbesitzer und -pächter vier, Nur-Bauern neun Vertreter. Zur Farce wird es im ebenfalls inaktiven Wangener Bauernrat, dort bilden die Schultheißen mit zwölf Vertretern von 23 die Mehrheit. Von den 14 Sitzen der Bauernräte in den Ausschüssen der ABRe Biberach und Saulgau nehmen drei die Schultheißen, drei Gutsbesitzer und -pächter, vier ländliche Gewerbetreibende, ein Landwirtschaftsbeamter und drei Nur-Bauern ein. Diese Zusammensetzung ("kein einziger Kuhbauer"¹⁸³) wird auch in der Presse von Bauern kritisiert. In den Bezirks-Bauernräten dominiert die ländliche Honoratiorenschicht, die ohnehin in den kommunalen Gremien auf örtlicher und Bezirks-Ebene und in den Landwirtschaftsverbänden einflussreich vertreten ist. Auch die einseitige Zusammensetzung des Landesbauernrats "aus fünf Großgrundbesitzpächtern und dem Freund und Kampfgenossen eines solchen" erregt Unmut¹⁸⁴.

In der Landwirtschaftskammer sind auch die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer vertreten. Zumindestens auf Bezirksebene gehört keinem oberschwäbischen Bauernrat ein Knecht an (Bäuerinnen, geschweige denn Mägde, auch nicht). Es gibt auch keinerlei Hinweise auf entsprechende Forderungen des Gesindes oder entsprechende Diskussionen unter den Bauern. Da auf den oberschwäbischen Höfen immer nur einzelne, selbst auf den Gütern nur wenige Knechte und Mägde arbeiten, kommt es auch nach 1918 kaum zu gewerkschaftlichen Organisationen in der Landwirtschaft.

Die Bauernräte sehen sich selbst bei allem Anspruch auf Gleichberechtigung mit den Arbeiterräten als unpolitische Interessenvertretung. In Leutkirch findet der Zentrumsabgeordnete Zustimmung mit seinem Verlangen, dass die Bauernräte sich "nur mit Bauern-, also Standes-, aber nicht mit politischen Fragen befassen"¹⁸⁵ sollen. Doch sind die Hauptziele der Räte, Mitwirkungsrechte bei der verhassten Zwangswirtschaft und Einfluss auf die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte zu erlangen. In der Satzung für die Bauernräte vom Mai 1919 werden als Aufgaben in § 1 formuliert: "1. Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe; Förderung der Erzeugung ... 2. Mitwirkung bei allen die Landwirtschaft berührenden behördlichen Maßnahmen, bei Erfassung und Schutz der vorhandenen

Lebensmittel, ... 3. Mitwirkung bei der Aufnahme der entlassenen Kriegsteilnehmer"¹⁸⁶.

Konkretere Vorstellungen artikuliert der Ehinger Bauernverein in einer Resolution: "Übernahme der Ablieferung durch die Räte selber, Regulierung der Preise und gewerblichen Produkte, wenn der Wucher und Schleichhandel unterdrückt werden sollen, bessere Versorgung der Bauern mit Licht, Benzol und Elektrizität, eine bessere und billigere Brennholzversorgung, baldige Ablösung der übergroßen Bauerngüter und Fideikomnisse, als Ausbau der Bauernräte eine baldige Schaffung von ... landwirtschaftlichen Kammern"¹⁸⁷. Dass die Auflösung der Fideikomnisse, eine gerade in Oberschwaben populäre und dem Zentrum sehr peinliche Forderung, den Bauernräten übertragen werde, wird weithin erwartet. Damit sollte sich noch viele Jahre der aktive Verband der Fideikommissgemeinden befassen.

Das politische Handeln lässt sich durch das unpolitische Selbstverständnis nicht irritieren, wenn z.B. bei einer Bauernratssitzung in Riedlingen im Zusammenhang mit den Wahlen kräftig gegen die SPD gewettert wird, die "durch ihre Misswirtschaft ... den Ruin bringt ..., durch das geplante Sozialisieren uns das Eigentum zu nehmen ... droht und ... unseren Kindern ... die Religion rauben" wolle"¹⁸⁸.

Die Hoffnungen auf eine Übernahme der Aufgaben der Kommunalverbände, also der Lebensmittelbewirtschaftung, erfüllen sich nicht. Mangels formeller Kompetenzen können die Bauernräte nichts entscheiden und noch weniger als die Arbeiterräte mitreden. Der Riedlinger Oberamtmann berichtet im Juni, bisher habe der Ausschuss zweimal getagt und dabei Resolutionen an die Staatsregierung über die Art der Getreideablieferung und die Erhöhung der Getreide- und Viehpreise verabschiedet und sich mit den Geschäften des Kommunalverbands befasst"¹⁸⁹. Im einzigen erhaltenen Tätigkeitsbericht eines Bauernrats zählt der Schultheiß Renz als Vorsitzender des Bezirks-Bauernrats Ehingen auf: "Die Tätigkeit des Bezirks-Bauernrats betreffend, so hat sich derselbe mit der Milchregelungsfrage, mit der Preisregelung für Butter, mit der Ab- und Anlieferung von Getreide, mit den Bestandsaufnahmen, mit der Aufteilung des größeren namentlich herrschaftlichen Grundbesitzes an die Markungs- und Nachbargemeinden, mit der Bildung eines Bezirksausschusses der Arbeiter- und Bauernräte, mit der Tätigkeit der Sicherheitskompanie, mit dem Preis für die Magermilch, mit dem Aufschlag des

Lichtpreises ..., mit der Abhaltung von Nutz- und Zuchtvielmärkten, mit der Wiedereinführung der Sommerzeit, mit der Abgabe von Schuhwerk, Arbeitskleidern, Erdöl, Kerzen an die Bezirkseinwohner und mit der Geschäftsführung des Kommunalverbands befasst"¹⁹⁰. Über solch bescheidene Praxis macht sich denn auch einmal ein Bauer lustig: "Dass die Ortsbauernräte nun die Nachkontrolle bei der Hühnerzählung übernehmen, kann ... ins beschauliche Bauernratsdasein etwas Abwechslung bringen. Ja, warum soll man nicht mit Kleinem anfangen, besonders wenn's sonst niemand will"¹⁹¹. Der schwäbische Bauernverein findet das gar nicht lustig: es "scheinen bei uns die Bauernräte landauf landab in der Regel überhaupt nichts zu sagen und nichts zu wollen haben"¹⁹².

Bei aller Vertretung der Interessen der Bauern gegenüber der Regierung betätigt sich der Landes-Bauernrat auch im Interesse der Regierung und richtet immer wieder Appelle an die Bauern, ihrer Ablieferungspflicht zu genügen: "Wir Bauern wollen uns nicht nachsagen lassen, dass wir nicht das Äußerste getan haben, um die Ernährung der Städte sicherzustellen"¹⁹³. Eine der letzten Aktivitäten ist die Organisation der großen Bauernversammlung am 4. November über die Bekämpfung des Schleichhandels, wo der Vorsitzende des Landes-Bauernrats zugibt: "So kann es mit unserer Volksernährung nicht weitergehen ... Ohne Rücksichtnahme auf das allgemeine Interesse sucht jeder einzelne unter Umgehung der öffentlichen Versorgung sich Lebensmittel zu verschaffen ... Von den Landwirten aber sind viele ... der Versuchung erlegen und verkaufen an Schleichhändler und Hamsterer ihre Produkte"¹⁹⁴. So bestätigen die Oberamtleute in ihren Berichten denn auch, dass sich die Zusammenarbeit mit den Bauernräten im Gegensatz zu den Arbeiterräten erfreulich reibungslos abwickle. In Leutkirch lobt der Oberamtmann zwar den Vorsitzenden Schiele, der ja auch dem Landes-Bauernrat vorsteht, klagt aber über stürmische Szenen in Versammlungen örtlicher Bauernräte, wo "über Oberamt, Ortsvorsteher, namentlich aber dem Kommunalverband gehörig geschimpft und getobt und in erster Linie ... die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangt werde"¹⁹⁵.

Über die Zusammenarbeit der Bauernräte mit den Arbeiterräten äußert sich der zweite Vorsitzende in Saulgau positiv: "Im Bezirks-ABR haben wir bis jetzt überhaupt keine Politik getrieben, sondern die Arbeiter und die Bauern haben dieselben Interessen gehabt, Misswirtschaften zu beseitigen"¹⁹⁶. Gegen bäuerliche Kritik am allzu radikalen Auftreten des Arbeiterratsvorsitzenden gegen das Oberamt stellt sich

der Bauernrat ganz auf die Seite des Arbeiterrats. In Friedrichshafen würdigt der Geschäftsführer des ABR im Juni 1919: "Die Bauernräte haben auch schon eine Fülle positiver Arbeit geleistet. Aufgrund ihrer Anregung gab der Kommunalverband an die Bauern Düngemittel ab. Außerdem wurde die landwirtschaftliche Bevölkerung mit Bekleidungsstücken und anderen Bedarfsartikeln versorgt"¹⁹⁷. Im Dezember fällt das Urteil negativ aus: "Die Landwirte, welche zu unserem Arbeiterrat zählen, sind zum größten Teil auch Vertreter des Landes-Bauernrates und spielen ... bewusst oder unbewusst eine klägliche Rolle"¹⁹⁸. In Biberach ist der Arbeiterratsvorsitzende ebenfalls nicht zufrieden: "Die Bauernräte auf dem Lande ... lassen sehr wenig von sich hören, sie arbeiten so gut (wie) nichts, sie haben nur zum größten Teil ihr persönliches Interesse im Auge ... bis jetzt haben sie uns nichts geschadet, aber auch nicht viel genutzt"¹⁹⁹. Er schwankt dann zwischen Appellen, dass sich die ländlichen ABRe "etwas mehr für die Sache interessieren" sollen²⁰⁰ und der Überlegung, ob "wir ... nach Umständen schlechter fahren, hier auf dem Land als bisher, wenn die Bauernräte überall ins Leben gerufen werden"²⁰¹.

Die oberschwäbischen Bauernräte waren gewiss keine revolutionären Organe. Die Landbevölkerung hatte das Kriegsende herbeigesehnt, sie hatte ihr Vertrauen in die staatlichen Organe verloren, und sie erwartete ein möglichst rasches Ende der Kriegszwangswirtschaft. Politisch stellte sie sich, wie ihre Partei, das Zentrum, "auf den Boden der Tatsachen", aber ansonsten waren die Bauernräte antirevolutionäre Institutionen. Was die Stuttgarter spartakistischen Räte von den Bauern erhofften, Schritte zur Vergesellschaftung auf dem Lande, genau dagegen okkupierten die Bauernverbände die Institution der Räte. "Man bildete Bauernräte, weil es Arbeiterräte gab"²⁰², als Gegengewicht gegen die Arbeiterräte. Das wesentliche Ziel der Bauern war die Rückkehr zur individualistischen Wirtschaftsweise durch Aufhebung der Zwangswirtschaft oder zumindestens eine vorläufige Übernahme in eigener Regie, das Ziel der Arbeiter eine Verstärkung der kollektiven Bindungen der Wirtschaft. Von der Begehrlichkeit nach Aufteilung der Fideikommissgüter gelang es dem Zentrum rasch abzulenken unter Hinweis, dass dies als erster Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung des Grundeigentums geplant sein könnte. Die Revolution bedeutete Gefährdung des staatlichen Schutzes und des Eigentums. Manche Räte forderten deshalb die Aufstellung einer "Bauernwehr"²⁰³, ein Wunsch, der im April/Mai durch die Bildung der wohl eher städtischen Reserve-Sicherheitskompanien erfüllt

wurde. Die Aufrufe zur Meldung als Freiwillige unterzeichnete auch der Bauernrat Leutkirch.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Arbeiterräten und Bauernräten bestand darin, dass die Arbeiterräte auch als Ausgleich für die unzureichende Repräsentation der Arbeiter in kommunalen und staatlichen Gremien angesehen wurden, also einen Nachholbedarf an Demokratisierung decken mussten, während für die bäuerlichen Interessen kein Defizit an Durchsetzungsmöglichkeit bestand, die Bauernräte also nur über eine weitere Institution Einfluss sichern sollten. Die Arbeiterräte waren andererseits schon im Interesse der Lebensmittelversorgung darauf angewiesen, die Bauern, wenn schon nicht zu gewinnen, so doch einzubinden, indem sie ihre Vertreter so weit wie möglich in die ABRe aufnahmen oder den Kontakt zu den selbständigen Bauernräten suchten. In Gebieten mit absoluter Hegemonie des Zentrums, wie im Oberamt Wangen, konnte diese Interessenabwägung und -harmonisierung auch innerhalb der Zentrumsparterie erfolgen. Es gab allerdings auch Versuche, die Bauernräte als Instrumente einer entschiedeneren Interessenpolitik zu nutzen und sich damit dem Kompromissdruck der Partei zu entziehen, wie durch die Vorsitzenden aller drei aktiven selbständigen Bauernräte geschehen. Mit Landwirtschaftlichem Hauptverband und Landwirtschaftskammer gelang es, für die landwirtschaftliche Interessenpolitik bessere Wirkungsmöglichkeiten als vor der Revolution zu schaffen. Die Schwäbischen Bauernvereine als katholische Standesvereine und Zentrums-Vorfeldorganisationen unter Einfluss der Geistlichen erwiesen sich als nicht konkurrenzfähig. Auf Bezirksebene schon mit der Konsolidierung des Verbandswesens, auf Landesebene mit der Landwirtschaftskammer, und mit der laufenden Demontage der Arbeiterräte waren die Bauernräte überflüssig geworden.

Die Bürgerräte

Das Bürgertum, in Oberschwaben eigentlich das Kleinbürgertum, hat sich bis zur Revolution "als Teilhaber an der Macht und als Stütze der Gesellschaft fühlen können"²⁰⁴, mehr noch, es war auf kommunaler Ebene Inhaber der Macht und eben die Gesellschaft. Nun plötzlich muss es kurzfristig fürchten, die bisherigen Staatsfeinde hätten die Macht erobert und bedrohten die Grundlage der bisherigen sozialen Stellung. Aber die Bürger erholen sich rasch von ihrem Schrecken,

formieren sich, stärken ihr Selbstbewusstsein in den oben beschriebenen Versammlungen und melden ihre Forderungen an. Hauptziel ist zunächst die möglichst rasche Abhaltung von Wahlen, die das Gewicht der eigenen Zahl gerade in der Provinz wieder zur Geltung bringen sollen, und die Wahlen in Ravensburg haben ja schon kurz nach der Revolution die wahren Kräfteverhältnisse gezeigt. Aber man lernt auch rasch vom Gegner und eignet sich dessen Organisations- und Aktionsformen an: die Räte und den Streik in Form bürgerlicher Abwehrstreiks.

Am 12. November, also am gleichen Tag, an dem die Reichsregierung zur Bildung von Bauernräten aufrief, erlässt der Hansabund, ein den liberalen Parteien nahestehender Interessenverband von Banken, Handel und Exportfirmen, einen Aufruf zur Bildung von Bürgerausschüssen, der schon am 13. November auch in schwäbischen Zeitungen erscheint. Aufgaben sollen die "Wahrung der bürgerlichen Rechte und die volle Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen" sein²⁰⁵. Am 15. November fordert die württembergische Zentrumsparterie die "Schaffung ordentlicher Volksräte, welche aus allen Berufsständen und allen politischen Parteien zusammengesetzt werden sollen"²⁰⁶. Weitere Gründungen im ganzen Lande sucht dann der am 18. November beschlossene und am 2. Dezember konstituierte Bürgerrat von Groß-Stuttgart anzuregen: "Das Bürgertum in ganz Deutschland ist erwacht. Nun gilt es in Stadt und Land, sich zu Bürger- und Bauernräten zusammenzuschließen"²⁰⁷. Delegierte der Bürgerräte gründen am 5. Januar 1919 in Berlin den Reichsbürgerrat. Vertreter der württembergischen Bürgerräte treffen sich am 15. Januar 1919 in Stuttgart und bilden einen Landesverband der württembergischen Bürger- und Bauernräte (s. o.). Die Stuttgarter Versammlung zeigt immerhin "volles Verständnis, dass der soziale Gedanke mehr als bisher in das Wirtschaftsleben hineingetragen wird". Sie erklärt sich allerdings "mit aller Entschiedenheit für die Abschaffung des Rätessystems". Solange es aber bestehen bleibe, verlangen die Bürgerräte "volle Gleichberechtigung mit den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten"²⁰⁸.

Trotz der Erfolge mit dem frühen Wahltermin und mit der Aufstellung der Reserve-Sicherheitstruppen im Frühjahr halten die Bürgerräte ihre längerfristige Existenz bald für unverzichtbar. Im Juni 1919 veröffentlicht der Bürgerrat Groß-Stuttgart einen neuen "Aufruf zur Gründung von Bürgerräten in den größeren Städten Württembergs", eine Art Programm: Grund für die Bildung des Bürgerrats sei die

Ratlosigkeit des Bürgertums nach der Revolution gewesen und die starken Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien, so "dass sie zu einem einheitlichen Arbeiten selbst bei Lebensfragen des Bürgertums nicht zusammengebracht werden können". Der Bürgerrat fasse deshalb "auf berufsständischer Grundlage ... die Kreise, welche man bisher allgemein als Mittelstand bezeichnet hat, zu einer gemeinsamen und ersprießlichen Arbeit" zusammen. Bei den Zukunftsfragen des "Aufbaus der neuen Wirtschaft", "der Finanzierung unserer Schuldenlast" und der Überleitung des Rätessystems in die Bildung von Beiräten müssen die Interessen des Mittelstands gewahrt werden. Dazu müsse "mit Massenversammlungen und Massenbeschlüssen ... der nötige Druck ausgeübt werden, wenn das bürgerliche Element dem von der Arbeiterschaft angewandten Gegendruck die Stange halten soll"²⁰⁹.

In Oberschwaben entstehen drei selbständige Bürgerräte: In Leutkirch, Ravensburg und Ehingen. Warum in Leutkirch ein eigener Bürgerrat sich bildet, am 16. November als erster in Oberschwaben, obwohl der Arbeiterrat vom Zentrum dominiert wird und bürgerliche Vertreter aufnehmen könnte, bleibt unklar, wahrscheinlich hängt es mit Spannungen innerhalb der Zentrumspartei zusammen, denn der Arbeiterratsvorsitzende Laub, christlicher Arbeitersekretär und Landtagsabgeordneter, zählt zum linken Flügel der Zentrumspartei. Der Bezug auf den Aufruf der Zentrumspartei zur Bildung von Volksräten ist irreführend, denn diesen Volksräten sollen ja gerade alle Berufsstände angehören. Beim Programm bleibt man sehr allgemein: "Zweck des Bürgerrats ist, unter Ausschluss jeder Parteipolitik, die Sammlung aller derjenigen herbeizuführen, welche sich weder im Arbeiter-, Soldaten- oder im Bauernrat vertreten sehen, also vor allem der Handel- und Gewerbetreibenden, der öffentlichen Beamten und Privatbeamten aller Kategorien, der freien Berufe, der Handwerker und Privatleute usw., damit auch diese Kreise bei dem schwierigen Werk des Neubaus der deutschen Heimat mitraten und mittaten können ... im tunlichst engen Zusammenschluss mit den übrigen Räten"²¹⁰. Es bildet sich zwar zunächst in der "Versammlung von Bürgern aus allen Ständen" ein 15köpfiger Ausschuss (u.a. mit einem Kaplan und zwei Frauen und wie meist einem Rechtsanwalt als Vorsitzendem), aber im Unterschied zu den anderen Bürgerräten will der Leutkircher Rat eine Mitgliederorganisation aufbauen und lädt Männer und Frauen über 20 Jahre in Stadt und Bezirk zum Beitritt ein. Der ausschließlich mit Stadtbürgern besetzte Ausschuss soll durch Zuwahlen aus dem

Bezirk ergänzt werden. Dazu kommt es wohl nicht mehr, nachdem auch in Wurzach am 1. Dezember ein Bürgerrat gegründet wird, der "als selbständiger Bestandteil des Bürgerrats Leutkirch" sich versteht, dem etwa 100 Personen beitreten, und der einen neunköpfigen Ausschuss wählt. Hier wird denn auch schon lautstärker die Gleichberechtigung mit den anderen Räten gefordert²¹¹. Eine gewisse Anerkennung zollt das Oberamt dem Vorsitzenden des Leutkircher Bürgerrats, indem er ihn in den Demobilmachungsausschuss beruft. Mit einer gemeinsamen Resolution mit dem Bauernrat, die Gleichberechtigung mit den Arbeiterräten und Vorverlegung der Wahlen verlangt, und einer Versammlung Mitte Dezember scheint auch schon der Höhepunkt der Aktivitäten erreicht.

In Ravensburg ist die Situation anders. Dort dominiert die SPD den Arbeiterrat, der Wahlkampf hatte polarisiert. Als am 26. November eine "Bezirksdelegiertenversammlung aller bürgerlichen Parteien" die Mitglieder des hier Volksrat genannten Bürgerrats wählt, betont man zwar zunächst den Willen, "nicht gegen den ASR, sondern mit diesem zusammenzuarbeiten, namentlich einzutreten für Ruhe, Ordnung, geordnete Volksernährung, Erhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Erzeugung, geregelte Durchführung der Demobilisation"²¹². Aber schon in der ersten Sitzung des Volksrats wird das Feindbild beschworen: "Dass das gesamte Bürger- und Bauerntum, die Anhänger der christlichen Angestellten und Arbeiterschaft sich zu einem festen Block zusammenschweißen müssen, um der roten Gefahr zu begegnen". Besonders die Landbevölkerung müsse aufgeklärt werden, damit die dort immer noch herrschende "Missstimmung" über die frühere Regierung und das Militär nicht in den "politischen und wirtschaftlichen Selbstmord" führe²¹³. Dem Volksrat gehören 44 Mitglieder an, aus Ravensburg zwölf (davon drei Arbeiter), Weingarten sechs (zwei Arbeiter) und aus 21 Landgemeinden 26 Räte (fünf Arbeiter). Das Aktionskomitee setzt sich aus vier "Herren" der Landwirtschaft und fünf der übrigen Stände zusammen unter dem Vorsitz eines Rechtsanwalts. Der Volksrat verlangt alsbald, zu den regelmäßigen Besprechungen der Stadtverwaltung und des Oberamts mit dem Arbeiterrat zugezogen zu werden, wogegen der Oberbürgermeister verständlicherweise nichts einzuwenden hat, wozu es aber offensichtlich auf Einspruch des Arbeiterrats nicht kommt.

In Ehingen beruft der Stadtrat und Schriftleiter der örtlichen Zeitung Louis Feger, der die Aktivitäten des kurz zuvor gebildeten Arbeiterrats mit giftiger Feder verfolgt, am 18. Dezember eine Versammlung ein, auf der er "gegen die Terrorisierung der hiesigen Bürger durch gewisse Elemente" wettet und die Wahl eines Bürgerrats aus je drei Beamten, Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern veranlasst²¹⁴. In der einzigen Sitzung einige Tage später schließt man sich der Kundgebung des Stuttgarter Bürgerrats am 14. Dezember (s.o.) an, der nur unter Vorbehalt die republikanische Regierungsform anerkennt, und ficht die Wahl des Ehingers Soldatenrats an. Dann findet man bald, dass die Herrschaft über die Zeitung die Macht des Bürgertums effektiver sichert als Sitzungen des Bürgerrats.

Ein Sonderfall ist der bei den Arbeiterräten mitbehandelte Volksrat Riedlingen. Er ist durchaus nach dem Muster anderer Arbeiterräte, wie etwa in Saulgau und Waldsee, zustande gekommen, wenn auch auf Einladung einer katholischen Organisation, und umfasst Vertreter verschiedener Berufsgruppen mit Ausnahme der Bauern. Seine Benennung als Volksrat signalisiert hier keine Abgrenzung zu einem Arbeiterrat. Zu seiner Nichtanerkennung durch den Landesausschuss der ABRe können deshalb eigentlich keine rechtlichen, nur politische Gründe führen, wahrscheinlich das bloße Missverständnis seiner Benennung. Aber mangels Tätigkeitsdrang legt dieser Volksrat auf diese Anerkennung auch offenbar keinen Wert und versteht sich später auch formell als Bürgerrat, in deren reichsweitem Verzeichnis er 1920 aufgeführt wird.

Allen Bürger- und Volksräten gemeinsam ist, dass man bald nach ihrer Gründung kaum noch von ihnen liest. Sie machen nochmals auf sich aufmerksam, als sie im April/Mai zum Eintritt in die Reserve-Sicherheitskompanien aufrufen, das ist für Leutkirch und Riedlingen das letzte Lebenszeichen, von Ehingen bemerkt man schon vorher nichts mehr. Der Bürgerrat Groß-Stuttgarts nutzt die Gelegenheit, wiederum zur Gründung von Bürgerräten aufzufordern zum Schutz "von Weib und Kind, Haus und Hof", im Oberland ohne Resonanz²¹⁵. Nur der Volksrat des Bezirks Ravensburg mobilisiert ein Jahr später, während des Ruhrkampfes nach dem Kapp-Putsch 1920, nochmals mit anderen bürgerlichen und bäuerlichen Organisationen Ängste wegen einer drohenden "Schreckensherrschaft" und "Umtrieben" der Linksradikalen im Oberland: "Es ist eine Lebensfrage, dass wir den unaufhörlichen Beunruhigungen ein Ende machen ... darum hinein in die Einwohnerwehr", die

Nachfolgeorganisation der Reserve-Sicherheitsstruppen²¹⁶. Alle bürgerlichen Räte (Ehingen, Leutkirch, Ravensburg, Riedlingen) werden aber noch 1920 in einem Mitgliederverzeichnis des Reichsbürgerrats aufgeführt, im Folgeverzeichnis von 1921 noch Ehingen, Leutkirch, Ravensburg. Der Volksrat Ravensburg soll 1920 in eine noch breitere Dachorganisation der bürgerlichen Kräfte übergeleitet werden. In "Verhandlungen zwischen den Führern der Einwohnerwehr und den Verbänden aus Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Beamtenschaft" konstituiert sich ein vorläufiger Aktionsausschuss eines "Oberschwäbischen Volksbundes" zunächst für das Oberamt Ravensburg, der auf die anderen oberschwäbischen Oberämter ausgedehnt werden soll²¹⁷. Unter der neuen Bezeichnung einer Ortsgruppe des „Schwabenbundes“ (s. u.) existiert der Volksrat Ravensburg noch 1922, solche Ortsgruppen werden in Kißlegg und Wurzach sogar neu gegründet. Aber mehr als die Existenz ist nicht mehr zu vermelden²¹⁸. Die Hegemonie des Bürgertums ist ohnehin nicht gefährdet.

In Leutkirch ist der Bürgerrat neben, in Ehingen und Ravensburg gegen die Arbeiterräte entstanden. In Riedlingen lässt sich der Volksrat auf die Rolle als Bürgerrat reduzieren. Neben den bürgerlich dominierten Arbeiterräten Waldsee und Wangen sind Bürgerräte überflüssig. In Biberach und Saulgau gelingt es moderaten SPD-Arbeiterratsvorsitzenden, die bürgerlichen und bäuerlichen Kräfte in die ABRe einzubinden. In Friedrichshafen ersetzt der Chef des Luftschiffbau-Konzerns, Generaldirektor Colsman, allein einen Bürgerrat, indem er bei Bedarf das Bürgertum zu Versammlungen zusammenruft und zum Bürgerstreik im April 1919 mobilisieren will. Die Aktivitäten der Bürgerräte wie die der Bauernräte bleiben bescheiden. Auch hier gibt es keinen Bedarf an zusätzlichen Institutionen, die Dominanz in den kommunalen Gremien ist immer gegeben, in einem dichten Netz von Staats- und Wirtschaftsorganisationen können die Interessen artikuliert werden. Nur in kurzen Phasen der Verunsicherung nach der Revolution und im Frühjahr 1919 besteht in einigen Städten offenbar das Bedürfnis nach besserer Koordination der im Vergleich mit den Bauern stärker zersplitterten parteipolitischen und verbandlichen Organisationen.

Länger bestehen die Bürgerräte auf der oberen Ebene. Statt des bald nicht weiter erwähnten Landesverbands der Bürger- und Bauernräte übt der Bürgerrat Groß-Stuttgart eine leitende Funktion für Württemberg aus. Er geht 1922 im

"Schwabenbund" auf und will "in dieser größeren Organisation seine gegenrevolutionäre Tätigkeit fortsetzen"²¹⁹. Der Reichsbürgerrat führt noch länger Feldzüge gegen die "marxistischen Ideen" und den Versailler Vertrag und löst sich erst 1931 auf²²⁰.

Die Soldatenräte

Die Revolution in Oberschwaben geht von Arbeitern aus, nicht von den meuternden Soldaten wie anderswo. Aber natürlich kann auch hier die Revolution nur erfolgreich sein, wenn und da die Soldaten sich anschließen²²¹. In Friedrichshafen marschieren schon am 26. Oktober in der Demonstration Soldaten mit, darunter ein Offiziersstellvertreter in Uniform. Bereits etwa hundert Soldaten beteiligen sich am 5. November bei dem Zug, dem Soldaten zwei rote Fahnen vorantrugen. Die in die Rüstungswerke kommandierten Soldaten wählen an diesem Tag den ASR mit, zwei der 32 Mitglieder sind Soldaten, wohl die ersten württembergischen Soldatenräte. Am 9. November konstituiert sich dieser ASR wieder, dritter Vorsitzender, Mitglied des Vollzugsausschusses und verschiedener Kommissionen wird der Unteroffizier Götz als Soldatenrat. Am 11. November unterliegt die Befehlsgewalt der Offiziere der Kontrolle des ASR.

Auch in der Garnison Isny rumort es schon ab Ende Oktober. Am Abend des 8. November, nachdem die Vorgänge in Kiel und München bekannt geworden sind, wählt eine Soldatenversammlung „Vertrauensleute" und formuliert Forderungen an die Offiziere, doch der bald als Kommandant der württembergischen Sicherheitstruppen hervortretende Leutnant Hahn erreicht es, dass am 9. November im neugewählten Soldatenrat zwei Offiziere die Führung haben²²².

Die in Ravensburg stationierten Truppen wählen am 9. November einen Soldatenrat, ein dreiköpfiger Ausschuss vereinigt sich am 10. November mit den Arbeitervertretern zum ASR Ravensburg-Weingarten. In Weingarten erfährt man erst am 10. November, dass eine Revolution stattgefunden hat und wählt am Sonntag einen vorläufigen Soldatenrat. Bei der Revolutionsfeier am Sonntag kommt das Ravensburger Bataillon geschlossen mit seinen Spielleuten anmarschiert. Der Soldatenrat erklärt, dass sich die Offiziere den Anordnungen des Soldatenrats fügen, ermahnt zu Disziplin und Ordnung, man wolle "keine russischen Zustände". Anschließend marschieren alle nach Weingarten, wo die Versammlung wiederholt

wird. Am 11. November verkündet der ASR in der Zeitung: "Die Soldaten gehorchen dem gewählten Soldatenrat"²²³.

In Leutkirch versammelt sich die Garnison auch erst am 10. November. Ein aus Stuttgart zurückgekehrter Unteroffizier berichtet über die dortigen Ereignisse. Anschließend wählt man den Soldatenrat, der in einem gemeinsamen Aufruf mit Oberamt, Stadt und Arbeiterrat versichert, die "Angehörigen der Garnisonen Leutkirch und Isny ... übernehmen es, Bestrebungen, welche als Unruhe oder Zerstörung gerichtet sind, nicht aufkommen zu lassen"²²⁴.

Vor dem Krieg waren an Truppen in Oberschwaben nur das Infanterie-Regiment 124 in der großen Garnison in Weingarten und eine Luftschifferkompanie in Friedrichshafen stationiert. Im Krieg kommen die Ersatzeinheiten des Infanterie-Regiments 475 und des Landwehr-Infanterie-Regiments 123 in Ravensburg, des Württembergischen Gebirgs-Regiments in Isny und Leutkirch sowie die Bodensee-Flotille und Wachmannschaften in Friedrichshafen dazu. Eine Vielzahl kleiner und kleinster Militäreinrichtungen, vor allem Lazarette, ist über ganz Oberschwaben verstreut²²⁵.

Bis zum 15. November müssen in allen Einheiten für je 150 Mann in geheimer Abstimmung Soldatenräte gewählt werden. Kleinere Kommandos haben sich größeren Gruppenteilen anzuschließen. Bei den Soldatenräten sind zu unterscheiden:

- die Soldatenräte der militärischen Einheiten: Kompanie-, Bataillons-, Regiments-Soldatenräte,
- die Garnisonsräte, wozu die Soldatenräte aller Kompanien und ähnlicher Einheiten einer Garnison zusammentreten und einen Ausschuss von fünf Mitgliedern bilden. Solche Garnisonsräte bestehen in Oberschwaben für Weingarten (bis 30. Juni 1919), Ravensburg (bis Ende Januar 1919), Friedrichshafen (bis 31. Juni 1919), Isny-Leutkirch (bis 15. März 1919). Die Garnisonsräte entsenden wiederum Vertreter zu den vier Landesversammlungen der Soldatenräte, ein von der Landesversammlung gewählter Landesausschuss der Soldatenräte ist die organisatorische Spitze und kontrolliert Kriegsministerium und (stellvertretendes)

Generalkommando. In diesem Landesausschuss ist Ravensburg und dann ab Dezember die Garnison Weingarten mit einem Mitglied vertreten.

- die Soldatenräte in den Arbeiter-(Bauern-) und Soldaten-Räten.

Außer in Friedrichshafen und Ravensburg sind Soldatenräte nur in den Räten von Biberach und Saulgau vertreten. Obwohl im ASR Ravensburg-Weingarten sich die Arbeiterräte aus Ravensburg, Weingarten und Baienfurt zusammenschließen, gehören diesem Rat nur Soldatenräte aus Ravensburg an, solange hier eine Garnison besteht, nicht aber Soldatenräte der viel größeren und länger bestehenden Garnison Weingarten. Der Wangener Rat nennt sich offensichtlich nur deshalb ASR, weil ihm entlassene Kriegsteilnehmer angehören. In Leutkirch gibt es keine organisierte Verbindung zwischen den verschiedenen Räten (AR, BR, Bürgerrat, SR). Die Soldatenräte in den ASRen übernehmen (wie die Garnisonräte) in der Regel den Patrouillendienst in den Städten und z.T. anfänglich die Überwachung des Post- und Telegrafendienstes, „um etwa gegenrevolutionäre Strömungen zu unterdrücken“²²⁶. Über ihre Aktivitäten nach den ersten Revolutionstagen schweigen die Berichte. Aufgrund der Auflösung der Standorte scheiden alle Soldatenräte bis Ende Januar 1919 aus den Arbeiterräten aus.

Der erste Erlass vom 11. November nennt als Aufgabe der Soldatenräte: "Störungen in der öffentlichen Ordnung, in der Verpflegung und Unterbringung des Besatzungsheeres zu verhindern sowie um die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Militärpersonen zu versorgen und weiterzuleiten"²²⁷. Ein Flugblatt des Soldatenrats Württemberg an die Bevölkerung weist zusätzlich hin auf: "Behebung und Abschaffung aller Missstände innerhalb des Militärwesens ..., Bergung von Militärgut aller Art, ... persönlicher Schutz und Schutz des Eigentums von Privatpersonen"²²⁸. Die am 16. Dezember 1918 erlassenen Richtlinien²²⁹ räumen wie schon der Erlass vom 11. November 1918 den Soldatenräten gewichtige Rechte ein: Wahl der Offiziere bis zum Regimentskommandeur, Kontrolle des Dienstbetriebes, Gegenzeichnung aller Befehle, Zustimmung zu Disziplinarstrafen, Urlauben und Versetzungen, Leitung regelmäßiger Versammlungen. Die Landesversammlung der Soldatenräte soll "die höchste Instanz in allen militärischen Soldaten-Angelegenheiten" bilden. Diese Rechte im militärischen Bereich gehen beträchtlich über die Kompetenzen der Arbeiterräte gegenüber der Verwaltung

hinaus. Zwar wird nicht "alle Macht den Räten", so doch die halbe Macht den Soldatenräten zugestanden.

In vielen Versammlungen auch der bürgerlichen Parteien landauf, landab werden die vielfach ungerechte Behandlung der Soldaten, das dünnkelhafte und menschenverachtende Auftreten der Offiziere im Krieg kritisiert und Verständnis für die daraus resultierende Erbitterung der Soldaten gezeigt. Solche Zustände sollen nicht wiederkehren können. „Mit der bisherigen Führermacht war es vorbei, ganz ohne Führer konnte die Truppe nicht sein, so wählte die Mannschaft Leute ihres Vertrauens, die die Aufgabe hatten, die Truppenführung im Mannschafisinteresse zu kontrollieren, in allen Zweigen der Dienstgeschäfte die Mannschafisgesichtspunkte zu wahren". Ohne dieses Zusammenwirken sei "das militärische Chaos ... unvermeidlich gewesen", nur so kann die Ordnung in den Kasernen aufrechterhalten werden, kann die Demobilmachung mit großen Mengen an Geräten, Gütern und Pferden abgewickelt werden²³⁰ Als den Mannschaften nahestehende Funktionsträger und vertraut mit militärischer Verwaltungsarbeit wird vornehmlich das mittlere Führungskorps in die Soldatenräte gewählt. Von den Soldatenräten, deren Dienstrang bekannt ist (Isny 16, Weingarten 18), stellten die Unteroffiziere in Isny und Weingarten ca. 40 %, die Mannschaften in Isny 44 %, in Weingarten 28 %, Militärbeamte in Weingarten 22 %, außerdem gehörten in Weingarten zwei Oberleutnante, in Isny drei Leutnante dem Soldatenrat an²³¹. Ganz überwiegend verstehen sich die Soldatenräte als Anhänger und Stützen der Regierung. Mit den Beschlüssen der ersten Landesversammlungen der Soldatenräte fallen Vorentscheidungen über den weiteren politischen Weg des Landes, fast einstimmig werden baldmöglichste Parlamentswahlen gefordert. Der Landesausschuss besteht fast nur aus Sozialdemokraten, im Weingartner Vollzugsausschuss vom November 1918 gehören acht Mitglieder der SPD, zwei der USPD an.²³²

Die Offiziere des Heimatheeres "konnten sich nicht sofort in die neuen Verhältnisse schicken"²³³, finden sich aber doch bald ab. Nur einem Offizier in Weingarten wird nahegelegt, möglichst rasch zu verschwinden. Ernsthaftere Probleme gibt es, als die Truppen von der Front Mitte/Ende Dezember heimkehren. Der Garnisonsrat Weingarten erfährt, dass das "Feldregiment noch stark in den Händen der Offiziere ist und ... noch falsch aufgeklärt ist"²³⁴. Es kommt zu einer Reihe von Zwischenfällen. Als bei der Begrüßung der Truppen der Soldatenrat sprechen will, befiehlt der

Kommandeur den Abmarsch und lässt den Soldatenrat stehen. Solange die roten Fahnen über der Kaserne flattern, will der Kommandeur nicht einziehen, muss aber schließlich doch. Bei festlichen Bewirtungen der Soldaten in Gasthäusern hindern Offiziere und Weingartner Bürger einvernehmlich den Soldatenrat am Reden. Mit dem Soldatenrat zusammenarbeitende Offiziere werden von ihren Kameraden angefeindet. Drohend weist man den Soldatenrat auf passende Bäume hin. Die Soldatenräte lassen sich nicht einschüchtern, gewinnen die Mannschaften und setzen sich durch. Drei Offiziere, darunter der Regimentskommandeur, werden vom Generalkommando auf Verlangen des Soldatenrats vom Dienst suspendiert. In Isny wählen die Soldaten neun Offiziere ab und bestätigen zwanzig. Über die politische Einstellung der Soldaten geben die Wahlen vom Januar 1919 Aufschluss, denn in Weingarten und Friedrichshafen-Löwental stimmen die Soldaten in eigenen Wahlbezirken ab: Von ca. 1.200 Wählenden in Weingarten und ca. 200 in Friedrichshafen entscheiden sich knappe 60 % jeweils für die SPD, viel mehr als ihre zivilen Mitbürger, nur um die 15 % für das Zentrum, in Friedrichshafen immerhin ca. 20 % für die USPD und 2 % in Weingarten²³⁵.

Mit den zügigen Truppenentlassungen im ersten Vierteljahr 1919 schwindet das Einsatzpotential der Soldatenräte, verschwinden immer mehr die Soldatenräte selbst. Befinden sich Ende 1918 ca. 5.000 Soldaten im südlichen Oberschwaben, so unterstehen Ende April dem hier einzig noch existierenden Garnisonsrat noch ca. 1.200 Soldaten, davon ca. 350 Kranke in Lazaretten, nur noch ca. 250 Reste der alten Regimenter, meist Deutsch-Schweizer, die nicht in die Schweiz zurückkehren können. Knappe 500 gehören bereits neuen Truppenformationen an, den drei in Weingarten, Leutkirch und Friedrichshafen untergebrachten Sicherheitskompanien.

Die Sicherheitstruppen, aufgestellt seit Dezember 1918 durch den Leutnant Hahn, Vorsitzenden des Soldatenrats Isny, zum zuverlässigen "Schutz des Staatseigentums, der militärischen Werte ... (als) Organ für Ordnung und Sicherheit ... (und) Beschützer der Revolution"²³⁶, entwickeln sich sehr rasch zum zuverlässigen Schutzorgan der Regierung gegen alle Versuche, die Revolution weiterzutreiben. "Rückgrat der Sicherheitstruppen" ist die Sicherheitskompanie 13 aus Isny/Leutkirch. Dreimal kommen diese Truppen zum militärischen Einsatz gegen Arbeiter, Anfang Januar und Anfang April im Generalstreik in Stuttgart und Umgebung, im April und Mai im Kampf gegen die Münchner Räterepublik, immer

bereit zu "rücksichtslosem Draufgehen" und "blutiger Arbeit"²³⁷. Werden schon in den Sicherheitstruppen die Mitsprachemöglichkeiten der Soldatenräte eingeschränkt, so lehnt der Befehlshaber der Freiwilligenabteilung Haas, eigentlich aufgestellt zum Grenzschutz Ost, dann aber ebenfalls im Einsatz in München, "jede Soldatenratswirtschaft" ab²³⁸.

Die im März 1919 gemeinsam von Soldatenräten und württembergischem Kriegsministerium verabschiedete Konzeption eines württembergischen "Volksheeres" mit weiterhin weitgehenden Rechten der Soldatenräte bleibt ohne Chance auf Realisierung²³⁹. Die Freiwilligenabteilung Haas bildet im August 1919 den Kern der neuen Reichswehrbrigade, die Sicherheitstruppen werden in die Polizeiwehr, eine "straff organisierte Truppenpolizei" umgewandelt²⁴⁰, die Mitbestimmung von "Vertrauensleuten" auf ein Minimum beschränkt.

Die Soldatenräte haben sich wie die Arbeiterräte als Wächter über die "Errungenschaften der Revolution" verstanden. Als solche hat die dritte Landesversammlung der Soldatenräte aufgezählt: "Sicherung der demokratischen Volksrepublik und ihrer Verfassung, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe und Industrien, Sicherung des 8-Stunden-Tags, Ersetzung der heutigen Heeresorganisation durch eine freiwillige Volkswehr auf demokratischer Grundlage"²⁴¹. Zu lange haben sie sich mehr als treue Stützen der Regierung, denn als Wächter über diese Errungenschaften betätigt. Minderheiten in den eigenen Reihen, die früher bemerken, dass die Regierung mehr Wert auf ein Bündnis mit den alten Mächten als auf Einlösung ihrer Versprechungen legt, werden hinausgedrängt. Als der Weingartner Soldatenratsvorsitzende im Aprilstreik in Ravensburg sich für den Sturz der Regierung einsetzt, beschließt eine Soldatenversammlung unter dem massiven Einfluss von Mitgliedern des Landesausschusses der Soldatenräte die Absetzung von Knauss, der daraufhin den Dienst quittiert. Der Protest der oberschwäbischen Sicherheitskompanien gegen die neuen Reichswehrbestimmungen im Juni 1919 kommt zu spät: "Mit Einführung dieser Bestimmungen sind den Soldaten wieder sämtliche Rechte aus der Hand genommen, die sie durch die Revolution erobert haben ... Diese Bestimmungen enthalten so wenig demokratischen Geist und decken sich nicht im mindesten mit dem von den Trägern der Revolution verlangten freiwilligen Volksheer auf

demokratischer Grundlage"²⁴². Ende Juni 1919 wird der Garnisonsrat Weingarten aufgelöst.

Die Sicherheitstruppen haben vorher selbst die "Träger der Revolution" bekämpft. Nun gelten sie einer SPD-geführten Landes- und Reichsregierung als zu wenig zuverlässig. Im Misstrauen gegen ihre eigene Basis vertraut die SPD-Führung lieber dem alten Offizierskorps und gibt den Weg frei für eine Reichswehr, die schließlich mithilft, nicht nur die demokratischen, sondern alle rechtsstaatlichen Errungenschaften zu liquidieren. 1920 schießen Weingartner Reichswehrsoldaten auf Ravensburger und Weingartner Bürger. Um den Ersatz ihrer Kosten für den Soldatenrat durch das Reich kämpft die Stadtverwaltung Weingarten noch jahrelang vergebens. Ihr wird bedeutet: Die "Gemeinde Weingarten hatte den größten Vorteil durch den Garnisonsrat, indem sie durch denselben vor Ausschreitungen und Plünderungen jeder Art bewahrt blieb. Außerdem haben die Garnisonräte zur Unterbindung des Schleichhandels wesentlich beigetragen"²⁴³.

3. Die Revolution im regionalen Geschichtsbild

"Jedes Land, jede Stadt und jedes Dorf hatte seine eigene Revolution mit eigenen, lokalbedingten Formen"²⁴⁴. Auch in Oberschwaben löst sich die Schulbuchvorstellung einer Revolution in eine Vielzahl unterschiedlicher Einzelvorgänge auf. Aber wenn die deutsche Revolution die Summe der einzelnen lokalen Revolutionen war, kann auch für diese Region der Versuch einer Summe gewagt werden. War es denn eine Revolution?

Wenn wir uns an die griffige Definition von Lawrence Stone halten: "Eine durch Gewaltanwendung herbeigeführte Veränderung der Staatsform und/oder der Gesellschaft"²⁴⁵, so hat eine Veränderung der Staatsform und ein damit verbundener Austausch des staatlichen Führungspersonals sicherlich stattgefunden. Eine Revolution in diesem Sinne gewollt und betrieben haben eine seit Ende Oktober wachsende, schließlich die Mehrheit bildende Zahl von Arbeitern in Friedrichshafen unter Führung von USPD-Aktivisten in enger Verbindung mit dem Stuttgarter Spartakus-Zirkel. Gewollt hat sie auch eine Minderheit in Ravensburg, beteiligt hat sie sich aber erst, nachdem der Sieg in den Hauptstädten schon feststand. Die Sympathisanten, Anhänger der sozialistischen Parteien in den anderen Städten, haben erst später "mitgemacht"²⁴⁶. Den Zug setzten die einen unter Dampf und

andere sprangen auf, weil ihnen die sozialistische Theorie wieder einen plausiblen Interpretationsrahmen bot für den Krieg und seine Ursachen, für die eigene soziale Lage, ein Feindbild beschrieb und Ziele aufwies, wie Fortdauer von Krieg und Elend verhindert werden könnten.

Von den Soldaten ging in Oberschwaben kaum eine Initialzündung aus. Wenn sie sich der Revolution anschlossen, früher in Isny, am 9. und 10. November in den übrigen Städten, dann, weil sie am raschesten den Frieden wollten. Sie stürzten das alte System, weil sie es nicht mehr stützten. Die Revolution konnte nur siegen, weil niemand mehr das alte System verteidigte. Den Frieden wollten (fast) alle, die Revolution, zumindest in Oberschwaben, nur eine Minderheit. Aber weil die Revolution den Frieden brachte, nahm man sie hin. Die Revolution "ist in den Städten gemacht worden, und das Land hat sie über sich ergehen lassen"²⁴⁷. Nach der Revolution sah man zunächst keine Möglichkeit der Revision, die Wiederherstellung der "Ordnung" auch im neuen sozialstaatlichen Rahmen hatte Vorrang. Aber rasch brachen die Interessengegensätze auf. Die Ziele der Mehrheit der Arbeiter wiesen nach vorne: Sozialisierungsschritte als bessere Fundierung der Demokratie. Die Interessen der Bauern und (Klein-)Bürger wiesen zurück: Wiederherstellung der sozialen Verhältnisse vor dem Krieg. Was die einen wollten, weckte existentielle Ängste der anderen. Konkret trennten die Erwartungen an Beibehaltung oder Aufhebung der Lebensmittelzwangswirtschaft Arbeiter und Bauern, die Wohnraumbewirtschaftung Arbeiter und Bürger, die Verbesserungen der Arbeitsverfassung drängte die Arbeitgeber zunächst in die Defensive. Die Inflation deklassierte den Mittelstand wirtschaftlich. Jede Änderung wurde als "Chaos" wahrgenommen, für das, wie für alle Kriegsfolgen, die Linke und die neue Staatsform verantwortlich gemacht wurden.

Karl-Ludwig Ay beschreibt das Trilemma der jungen Republik: "Die Sozialdemokratie wollte nicht mehr ... als die bürgerliche parlamentarische Demokratie klassisch-westlichen Musters. Sie stützte sich dabei auf eine Arbeiterschaft, der es um mehr ging, nämlich um Demokratie nicht nur im Staat, sondern auch in den gesellschaftlichen Beziehungen, und sie setzte sie durch gegen ein Bürgertum, das sich mehrheitlich zurücksehnte nach dem autoritären monarchischen Rechtsstaat ... Die bürgerliche demokratische Republik der Sozialdemokratie hatte keine bürgerliche Basis, weil sie den Wünschen der Bourgeoisie zu weit ging und weil das

Kleinbürgertum ... sie für sozialistisch und damit böse hielt. Sie hatte aber auf lange Sicht auch keine ausreichend tragfähige Basis in der Arbeiterschaft, weil sie zum demokratischen Staat keine demokratische Gesellschaft fügte und also nicht sozialistisch genug war ... so kam es zu der paradoxen Situation, dass sich ein bürgerlich-demokratisches Staatswesen vorwiegend auf den größeren Teil einer Arbeiterschaft stützte, in der die Tradition des antibürgerlichen Klassenkampfes weiterlebte, während sich das Bürgertum nicht zu der bürgerlichen Verfassung bekannte"²⁴⁸.

Die Oberschwaben hatten an einer Revolution teilgenommen oder die Revolution hingenommen, die sie letztlich doch als eine Revolution von oben begriffen. Entschieden wurde sie ohnehin in den Hauptstädten. Nachdem die Revolution "gesiegt" hatte, erwartete man wieder von Regierung und Parlament die Entscheidungen. Streiks und Demonstrationen sollten Druck ausüben, damit die erwünschten Gesetze und Verordnungen erlassen würden, die Demonstranten realisierten ihre Forderungen aber nicht selbst vor Ort, verhielten sich bis auf Ausnahmefälle legalistisch. Fehlte es schon oben an strategischen Konzepten, so gab es sie unten gar nicht. Keine linke Parteiorganisation, kein Arbeiterrat formulierte ein Programm für konkrete weitere Demokratisierungsschritte in der eigenen Stadt, gar für die Sozialisierung örtlicher Firmen. Die bürgerlichen Parteien hatten solche Programme nicht nötig, ihr Programm war der Status quo oder Status quo ante.

Die bürgerlichen Parteien betrieben konsequent eine Politik im Sinne der Interessen ihrer Klientel. Den Sozialdemokraten in den Regierungen war in den entscheidenden Wochen die Ordnung wichtiger als die Frage, welche Ordnung sie da zementierten, sie verschoben die Neuordnung, bis es zu spät war für entscheidende Reformen in Wirtschaft, Verwaltung und Militär.

Wenn es 1918/19 eine deutsche Revolution gab, an der sich auch Oberschwaben beteiligten, gab es denn eine oberschwäbische Revolution oder eine Revolution in Oberschwaben? Auf Zeit kann wohl von einer Machtteilhabe der Räte in einigen Städten gesprochen werden. Und den oberschwäbischen Arbeitern kamen natürlich auch die Verbesserungen der Arbeitsverfassung zugute. Die Frauen erhielten das Wahlrecht, nicht mehr nur die Bürger, sondern die erwachsenen Einwohner konnten nun Gemeinderäte und Schultheißen wählen, vorher waren die Arbeiter de facto

größtenteils ausgeschlossen. Auch wenn nun einige Arbeitervertreter in den Gemeinderäten saßen, eine Revolution in den Gemeinden analog der revolutionären Änderung der Staatsverfassung fand nicht statt, geschweige denn gravierende Änderungen der Gesellschaftsstruktur in Oberschwaben. Oberschwäbische Arbeiter und Soldaten beteiligten sich an der Revolution in Oberschwaben, um revolutionäre Änderungen von oben durchzusetzen, profitierten auch von den Reformmaßnahmen der neuen Regierung, aber die Revolution zeitigte keine Revolution in Oberschwaben im Sinne revolutionärer Folgen in der Region. Meinte denn die Mehrheit derer, die in der Provinz von Revolution sprachen, mehr als Reformen?

Die Verwaltungen in der Region „maurten“ sicher noch mehr als die „revolutionierten“ Regierungen in Land und Reich. Dabei war auch „unten“ der Entscheidungsspielraum ebenso größer als wahrgenommen und gewollt wie „oben“, wie gerade die Bandbreite der möglichen Verhaltensweisen der Stadt- und Bezirksverwaltungen erweisen. Freilich hing die Bereitschaft, den Arbeiterinteressen entgegen zu kommen, unmittelbar von der Stärke der Arbeiterbewegung und vom Geschick ihrer Führer, aber auch von den Personen auf der Gegenseite ab.

Die Enttäuschung über die gegenüber den Verheißungen und Erwartungen vergleichsweise geringen Veränderungen trieb einen Teil der Arbeiter in die Radikalisierung. Die Erinnerung an das kurze Ohnmachtgefühl nach der Revolution, der Verbalradikalismus der Parteien links von der SPD, Statusfurcht und Ablehnung jeder Machtteilung veranlassten die Bürger zum militanten Gegenangriff. Die immer kleine Zahl ihrer Anhänger in Oberschwaben, nennenswert nur in Städten mit Metallindustrie, kompensierten USPD und KPD durch lautstarke Agitation, zeitweise sogar eine eigene Zeitung. Erfolgsaussichten hatten sie hier, ob durch Wahlen oder durch Putsche, nie. Sie ermöglichten aber Militär und Bürgern, eigene Gewalt als Gegenwehr zu begründen. Den Bürgern hatte zuviel Revolution stattgefunden, einem Teil der Arbeiter zu wenig, auch zu wenig Reformen. Die Bürger konnten sich mit dieser Republik nicht befreunden, weil sie ein Produkt der Revolution war, ein Teil der Arbeiter nicht, weil sie ihren revolutionären Ursprung verleugnete. Wollten radikale Arbeiter ihre Minderheitenposition nicht realisieren, so wollten Bürger ihnen nicht einmal diese politisch zuerkennen. Zwischen beiden wurde die SPD als Reformpartei zunächst gestärkt, nach der Revolution zerrieben. So war die Geschichte der

Revolution auch in Oberschwaben die ihrer schrittweisen Zurücknahme, die schließlich zum Sieg der offenen Diktatur über die ungesicherte Demokratie führte.

Von einer „Rätebewegung“ in Oberschwaben wird man kaum sprechen können, dazu waren die Ansätze, Träger, Ziele zu disparat. Ausdruck einer parteiübergreifenden, aber USPD-geführten „Bewegung“ waren die Räte in Friedrichshafen im Oktober und November. Auf eine „Bewegung“ können sich anfangs noch die Arbeiterräte in Ravensburg, länger noch in Saulgau stützen. Über die Leistungen der Räte sind schon unter den Zeitgenossen selbst in der SPD die Meinungen auseinandergeschieden. Der SPD-Landesvorsitzende und Rätefeind Keil meinte 30 Jahre später: "Im allgemeinen erwiesen sie sich als arbeitsunfähig"²⁴⁷, während sein mindestens so moderater Ministerkollege Dr. Lindemann ihrer Tätigkeit attestierte, "dass sie sehr viel dazu beigetragen hat, Vertrauen in die Bevölkerung, deren Vertreter sie sind, hineinzutragen"²⁵⁰.

Wenn man die gängigen Kategorien von Räten als Kampf-, Kontroll-, Mit- und Selbstverwaltungsorgane sowie Interessenvertretungen akzeptiert²⁵¹, so operierte ab dem 9. November kein oberschwäbischer Rat als Kampforgan, nur sehr eingeschränkt konnten sie aufgrund des effektiven Widerstands der Verwaltungen als Kontrollorgane fungieren. Gerade in der Kontrolle der Verwaltung wurden die Arbeiterräte vom Innenministerium weitgehend im Stich gelassen, ob dies vom USPD-Minister Crispian oder von den SPD-Ministern Dr. Lindemann oder Heymann geführt wurde. Sofern sie überhaupt nennenswert aktiv wurden, wirkten sie als Mitverwaltungs- und zunächst kompensatorische Interessenvertretungsorgane, z.T. als verlängerte Arme der sie dominierenden Parteien. Sie ließen sich wie die SPD auf Landes- und Reichsebene in die Mitverantwortung für die Chaos-Abwehr einbinden und wurden geduldet, bis die größten Schwierigkeiten überwunden waren. Indem sie zur Befriedung durch den Anschein der Machtteilhabe beitrugen, waren sie tatsächlich Organe der Regierung, von dieser widerwillig auf Zeit hingenommen. Als Organe der bloßen Mitverwaltung machten sich die Räte bei ihrer eigenen Basis, den Arbeitern, und bei den Bauern unbeliebt, wollten sie ihre Kontrollaufgabe wahrnehmen, stießen sie auf den Widerstand der Behörden. Der Großteil der SPD-nahen Räte sah seine eigene Funktion als vorübergehend an (die bürgerlichen ohnehin), erst die Enttäuschung über die Untätigkeit der Regierung ließ eine längere, eventuell dauernde Existenz notwendig erscheinen. Aber gerade die

Institutionalisierung, ja Bürokratisierung mit ihrer Abhängigkeit von den Zahlungen der Gemeinden, schwächte die Räte entscheidend. Später sahen es ihre Führer als Fehler, „nicht von Anfang an (die) Rechte entschieden durchzusetzen versucht“ zu haben. Deshalb habe im Sommer 1919 „die Arbeiterschaft das Interesse am gegenwärtigen Rätensystem verloren“²⁵². Einige der oberschwäbischen Räte waren freilich von vornherein von Gegnern der Revolution und der Räte gegründet oder sogleich besetzt worden, um sie gegen die Anhänger der Revolution zu blockieren.

Wenn sich die Arbeiterräte einer Rolle als Kampforgane nach dem 9. November versagten, den Rahmen ihrer durch die Satzung zugewiesenen Aufgaben kaum überschritten und selbst bürokratieähnliche Züge annahmen, so entstanden in den großen Streiks ab dem Frühjahr 1919 neue räteähnliche Organe wie z.B. in den "Aktionsausschüssen des geeinigten Proletariats" und den Streikleitungen. USPD und KPD propagierten nun Rätetheorien, die die Rätepraxis immer weniger entsprach. Diese Parteien allein wollten Räte als Alternative zum Parlamentarismus, die Räte selbst in der Region sahen sich immer nur als kontrollierende, bestenfalls intervenierende Ergänzungen zu parlamentarischen Gremien.

Um die Gründe für die vielfältigen Organisationsformen und unterschiedlichen Aktivitäten der Räte klären zu können, wären genauere Untersuchungen der Wirtschafts-, Industrie- und Firmenstrukturen, der Sozialstruktur der einzelnen Städte, der kommunalen Führungsgruppen, der Organisationen der Arbeiterbewegung, sowie der Biographien der Rätemitglieder notwendig, als sie hier möglich waren²⁵³. Eine Korrelation zwischen Industrialisierungsgrad, Größe der Arbeiterschaft, Stärke der Arbeiterbewegung und Bedeutung der Räte lässt sich noch für Friedrichshafen und mit Einschränkungen für Ravensburg erkennen, in den meisten anderen Fällen sind spezifische Determinanten anzunehmen. Aktivitäten und Richtung der einzelnen Räte scheinen stark von einzelnen Führerpersönlichkeiten abhängig gewesen zu sein. So spielte der SPD-Parteisekretär und Arbeiterratsvorsitzende von Ravensburg, Karl Ruggaber, im November/Dezember 1918 eine wichtige Rolle, bis er Ende 1918 wieder das Parteisekretariat in Ulm besetzen musste. Er hat in dieser Phase offenbar auch die Versuche der Friedrichshafener USPD-Führer abgewehrt, in Oberschwaben Einfluss zu gewinnen. Jakob Braun und Ludwig Reinhardt in Friedrichshafen, später Matthiesen in Ravensburg, Karl Ott in Biberach, Kinzelbach in Saulgau haben die

Politik ihrer Räte maßgeblich bestimmt, ebenso wie die Untätigkeit der übrigen Räte von ihren Vorsitzenden gewollt war.

Bei dem stark durch lokale Gegebenheiten bedingten disparaten Erscheinungsbild der Räte in Oberschwaben wird es auch nicht verwundern, dass es nie zu regionalen Kontaktaufnahmen und einem Informationsaustausch zwischen den Räten in Oberschwaben gekommen ist (eher noch bei den Bauernräten). Die Verbindung wurde nach Stuttgart zum Landesausschuss der Räte gesucht, aber nicht untereinander in der Region.

Revolutionen und Revolten werden in der Regel von Gegeneliten geführt, die nach dem Sieg in die (neu) etablierten Institutionen überwechseln. Die "Fluten einer Revolution (spülen) des öfteren Talente aus der Tiefe an die Oberfläche ... und (räumen) die Hindernisse für deren vollen Entfaltung aus dem Weg"²⁵⁴. Viele der führenden Arbeiterräte haben sich vorher in Organisationen der Arbeiterbewegung engagiert. Etlichen gelang der Sprung in die Gemeinderäte. Die bleibende Hegemonie des Bürgertums verhinderte weitere „Entfaltung“. Karl Ruggaber starb an den Folgen der KZ-Haft.

Die Bauernräte wurden von allen Interessenten als Instrumente benutzt, von den Bauernführern, um die Macht ihrer Verbände auszubauen, von der Regierungspolitik und einigen Arbeiterräten, um die Lebensmittelversorgung zu sichern. Bauernräte und Bürgerräte erwiesen sich rasch als überflüssig, da bäuerliche und bürgerliche Organisationen genügend Möglichkeiten der Interessenvertretung boten.

Die Soldatenräte strebten schon früher als die Arbeiterräte eine Institutionalisierung auf Dauer an, um die Demokratisierung des Militärs zu gewährleisten. Ihnen wurde durch die Auflösung der alten Truppenverbände die Basis entzogen. Gegen den entschiedenen Willen der SPD-geführten Reichsregierung zu einer restaurativen Militärpolitik im Bündnis mit dem alten Offizierskorps war die württembergische Volkswehr-Konzeption nicht durchzusetzen.

Wenn man die Revolution von 1918/19 im Zusammenhang der großen sozialen Bewegung in der Region sieht: 1525, 1848, 1918, 1968 ff., so haben zwar immer wirtschaftliche Motive eine Rolle gespielt, aber Grundmotiv war immer eher ein "Kampf um Anerkennung"²⁵⁵, um mehr Mitsprachemöglichkeiten, um mehr

Demokratie, 1525 der Bauern, 1848 vor allem der Bürger, aber auch wieder der Bauern, 1918 der Arbeiter, 1968 der Jugend²⁵⁶. Mehr Demokratie heißt mehr Pluralität. Und gerade das wollten einander beide Seiten 1918 ff. nicht zugestehen, die Bürger und Bauern in der Region wollten nicht einmal einen Anteil an der Macht abtreten, die radikalen Arbeiter in ihrer Zukunftsgewissheit beanspruchten die ganze Macht als Exekutoren einer Geschichtsteleologie, in der Bürger und Bauern keinen Platz mehr hatten. Im Kampf um die Macht wurde der Gegner von beiden Seiten zum Feind erklärt und damit der Minimalkonsens aufgekündigt, dessen die Demokratie bedarf. Heute wird eine Geschichtsteleologie propagiert, in der die sozialen Errungenschaften gerade der Weimarer Arbeiterbewegung, die im Klassenkompromiss der letzten Nachkriegszeit neu fixiert wurden, als Ballast abgewertet werden, der im weltweiten Kampf um Standortvorteile abgeworfen werden müsse. Diese Teleologie mobilisiert heute nicht mehr, sie kann auf Apathie zählen.

1525 und mit Einschränkungen 1848 haben ihren Platz in der Tradition, im Geschichtsbewusstsein Oberschwabens gefunden, 1918/19 nicht. Die Novemberrevolution passt heute weniger denn je in historische Legitimationsbilder. Sie ist für niemanden Sieger-Geschichte. Wenn Tradition einer demokratischen Gesellschaft aber gerade Erinnerung an jene Bewegungen heißen muss, die sich dem aufgeherrschten Lauf der Geschichte entgegenstimmten, wenn Geschichte als dauernde Auseinandersetzung um Verbesserungen, um Anerkennung und Gerechtigkeit begriffen wird, wird auch 1918/19 in das regionale Geschichtsbild aufgenommen werden müssen, mit den blinden und dunklen Stellen, denn wir "lernen ja eher aus negativen Erfahrungen, eben aus Enttäuschungen, die wir in Zukunft zu vermeiden suchen"²⁵⁷.

Der Frühe-Neuzeit-Historiker Peter Blickle sieht im "Republikanismus" einen Grundzug oberschwäbischer Geschichte²⁵⁸. Die erste deutsche und württembergische Republik haben oberschwäbische Arbeiter mit erkämpft, ihre Partei und ihre Mitbürger haben verhindert, dass diese Republik besser fundiert wurde.

Veröffentlicht in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 56, 1997, S. 241-317.

Tabelle 1: Bevölkerung

	Oberämter			Städte		
	1910	1919	1925	1910	1919	1925
Biberach	38079	39439	39460	9360	9681	10084
Ehingen	28101	29054	28563	4794	4984	4907
Laupheim	27894	28665	29425	5463	5622	5870
Leutkirch	27411	28236	28616	4010	4066	4397
Ravensburg	48185	49796	50417	15594	16779	17156
Weingarten				8077	7155	7354
Riedlingen	26387	26758	26716	2538	2535	2548
Saulgau	29694	30881	30487	5182	5328	5063
Tettnang	29404	34819	35748	2651	2868	2778
Friedrichshafen				7041	10303	11724
Waldsee	29352	30616	30728	3266	3298	3604
Wangen	25810	27728	28061	4831	5304	5937
Isny				2995	3508	3769

Quellen:

Statistisches Handbuch für das Königreich Württemberg (1910 u. 1911), 26 f.

Statistisches Handbuch für Württemberg 23 (1914-1921), 15.

Statistisches Handbuch für Württemberg 24 (1922-1926), 20 ff.

Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde (1912), 212 ff.

Tabelle 2: Beschäftigte Personen nach der gewerblichen Betriebsstatistik

	Oberämter			Städte			
	1907	1925	davon Arbeiter	1907	1925	davon Arbeiter	1933
Biberach	6480	8083	3821	3640	4950	2687	4074
Ehingen	4365	4947	2561	1431			1379
Laupheim	3907	5693	2686	1500			1636
Leutkirch	3831	4623	1864	1002			1316
Ravensburg	9598	12578	7273	5314	6657	3899	5789
Weingarten				1640			1959
Riedlingen	3387	4025	1901	695			835
Saulgau	4335	5704	2699	1315			1461
Tettnang	4707	9673	5610	677			774
Friedrichshafen				1688	5727	3718	5234
Waldsee	4307	5973	2856	960			1089
Wangen	4672	6168	3251	1734			2637
Isny				1151			1110

Quellen:

Statistisches Handbuch für das Königreich Württemberg (1910 u. 1911), 131 f.

Statistisches Handbuch für Württemberg 24 (1922-1926), 111.

K. STATISTISCHES LANDESAMT (Hg.), Württembergische Gemeindestatistik (1907), 1910.

WÜRTTEMBERGISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hg.), Württembergische Gemeinde- und Bezirksstatistik (1933), 1935,

ELMAR L. KUHN (Hg.), Berufs- und Gewerbestatistik des deutschen Bodenseeraumes und Oberschwabens 1882-1970, Bd. 1 (= Geschichte am See 36/1), 1987, 283 ff.

Bei den Städten wurden auch die Zahlen für 1933 angeführt, da sie für 1925 nur unvollständig publiziert wurden. Es ist jedoch die damalige hohe Arbeitslosigkeit wegen der Wirtschaftskrise zu bedenken.

Tabelle 3: Wahlergebnisse zum Reichstag und zur Nationalversammlung 1912-1920 in %

	1912		1919			1920			
	Z	SPD	Z	SPD	USPD	Z	SPD	USPD	KPD
Biberach	86	5	76	11	0	74	5	2	3
-Stadt	50	20	48	20	1	43	8	4	7
Ehingen	84	2	71	11	1	70	8	5	1
-Stadt	83	2	64	16	3				
Laupheim	83	6	67	18	0	72	11	3	2
-Stadt	63	16	50	32	0				
Leutkirch	90	3	79	10	0	78	7	2	2
-Stadt	62	11	53	18	1				
Ravensburg	80	10	60	19	2	60	5	9	2
-Stadt	60	20	51	24	3	53	7	13	3
-Weingarten	74	16	47	33	2	52	6	14	5
Riedlingen	92	4	82	8	0	80	5	1	1
-Stadt	70	11	78	8	0				
Saulgau	85	6	75	14	0	75	7	5	1
-Stadt	71	9	67	22	0				
Tettnang	83	6	64	19	2	63	9	9	2
-Stadt	86	8	67	20	1	68	7	10	1
-Friedrichs- hafen	54	17	43	32	5	41	14	17	3
Waldsee	92	3	80	9	0	80	7	4	1
-Stadt	82	3	70	8	0				
Wangen	88	5	77	11	0	76	8	3	3
-Stadt	70	16	64	21	0				
-Isny	61	13	50	17	0				

Quellen:

C. GROSSE, C. RAITH, Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871, 1912, 53ff.

CARL RAITH, Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Württembergischen Landesversammlung und deutschen Nationalversammlung am 12. und 19. Jan. 1919 nach Oberämtern und Gemeinden, 1919, 77 ff.

JOSEF GRIESMEIER, Die Reichswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919-1930. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde (1930/31), 151 ff.

KUHN 1984 (wie Anm. 58), 665ff.

Tabelle 4: Revolution und Arbeiterräte in Oberschwaben

	1. Revolutionsversammlung	Demonstration	Bildung AR ab	Aufruf AR	Aufruf Stadt	1. Versammlung bürgerl. bzw. kath. Organisationen	Aufruf Eintritt in ResSicherheits-truppen unterz. von Behörden u. AR	Auflösung AR
Biberach	14.11.		11.11.	13.11./18.11.		18.11./24.11.		29.01.20
Ehingen	13.12.		09.12./ 14.12.	24.12.		19.11./15.12.	03.05.: St. u.a.	12.07.19 (örtl. Rat)
Laupheim			21.11.	21.11.		17.11.		?
Leutkirch	10.11.		10.11.	13.11. mit St. u. Abg.	dto.	16.12.	26.04.: St., AR, BR, BüR	07.02.20
Ravensburg	10.11.	10.11.	9./10.11.	11.11.	14.11.	24.11.	25.04.: OA, St., VolksR u.a.	12.02.20
Riedlingen			20.11.			10.11./25.11.	02.05.: OA, St., SPD, VolksR u.a.	?
Saulgau	16.11.		16.11.	18.11.	22.11.	18.11./1.12.	29.04.: ABR, SPD u.a.	31.03.20
Tettnang								
Friedrichshafen	22.10./ 05.11./11.11.	22.-26.11./ 05.11./11.11.	05.11.	10.11.	15.11.	08.12.	02.05.: OA	28.02.20
Waldsee	18.11.	19.11.	14.11.	15.11.	15.11.	01.12.	05.05.: St.	(Apr. 19) 31.03.20
Wangen	11.11.	11.11.	12.11.	15.11. mit OA, St., Abg.	dto.		23.04.: OA, St., AR	?

Tabelle 5: Arbeiter-(Bauern- und Soldaten-)Räte auf Bezirksebene: Strukturen

	Biberach	Ehingen	Laupheim	Leutkirch	Ravensburg	Riedlingen	Saulgau	Tettang/ Fr'hafen	Waldsee	Wangen
Höchstzahl Vollvers.-Mitgl.	27	12	14	12		25	59	ca. 80	26	23
darunter:										
- Arbeiter	X	X	„alle	X	X	X	X	X	X	X
- Angest. u. Beamte	X		Stände“	X	X	X	X	X	X	X
- freie Berufe	X					X	X		X	
- selbst. Handw. u. Kaufleute	X	?				X	X		X	X
- Soldaten	X	?			X		X	X		
- Bauern	X						X	X	X	
örtl. ARe	X	(X)	X ?		(X)		X		X	(X)
eigener BR		X	X	X		X				X
Bürgerrat		X		X	X	(s. o.)				
Vors. AR	Ott	Leichtle/ Bettenmaier		Laub	Ruggaber/ Föll	Dr. Schermann	Kinzelbach	Braun/ Hertlein	Winter	Fischer
Beruf	Schreiner	Brauer/ Kupferschmied		Arb.sekr., MdL	Parteisekr.	Rektor	Amtsgerichtssek.	Schlosser	Kaufmann	Möbelhändler
pol. Richtung	SPD	?/USPD	SPD	Z	SPD	Z	SPD	USPD/SPD	DDP	Z
AR-Funktionäre	1	-		-	10	-	1 (3 ?)	9	-	-

Forts. Tabelle 5: Arbeiter-(Bauern- und Soldaten-)Räte auf Bezirksebene: Strukturen

	Biberach	Ehingen	Laupheim	Leutkirch	Ravensburg	Riedlingen	Saulgau	Tett nang/ Fr'hafen	Waldsee	Wangen
Vollzugs-Aussch. darin vertreten:	10	5	7	-	4	-	11	8	5	
- Arbeiter	X	X			X		X	X	X	
- Ang.u. Beamte	X						X			
- Selbständige	X						X		X	
- Bauern	X						X		X	
- Soldaten					(X)		(X)	(X)		
Kosten bis 31.3.19										
- Landesaussch.	500	500	500		5000		1500	15000		400
- Kommunen	2025	2296	170	2068 (AR 145, SR 400)	15880 (SR 5730)	94	4610	4291 (VI: 10981)	1576	1061 (nur SR Isny)
davon Amtskörp. (mit BRen)	25	670	131	383	5075	74	3275	2290	40	0

Tabelle 6: Bauernräte auf Bezirksebene

	Biberach	Ehingen	Laupheim	Leutkirch	Ravensburg	Riedlingen	Saulgau	Tettnang	Waldsee	Wangen
Bildung	21.11.	13.12.	01.12.	14.11.	26.11.	25.11	16.11.		19.11.	12.11.
Wahl	Del. LBV	Vers. Orts-BRe	Vers. LBV	Vers. Gde. Del.	Bez. Del. Vers. bürg.Par-teien	Vers. Gde. Del.	öff. Vers.	Vers. Gde. Del.	öff. Vers.	Bauernver-s.
Initiative	AR	(LBV)	LBV	prov. BR	Volksrat	LBV	AR	AR	AR	AR FN
ABR/selbst. BR	ABR	BezBR	BezBR	BezBR	Volksrat	BezBR	ABR	ABR	ABR	BezBR
im Ausschuss ABR vertreten	1 von 10				4 von 9		5 von 9	-	1 von 5	
gem. Ausschuss mit AR		09.03.12								?
Höchstzahl BRe	5	47	20	77	21	51	ca. 42	ca. 35	8	23
selbst. örtl. BRe	(X)	X	-	X		X	(X)		-	-
Ausschuss		8		6		8				
Vorsitzender		Renz	Schick	Schiele		Maunz/ Nuber	2. Vors. ABR Bräuninger	-	-	Steimle
Beruf		Brauer u. Schultheiß	Landwirt.	Gutspächt., Bräumeist.		Schultheiß/ GR	Gutsbes.	-	-	Schultheiß

Abkürzungen:

Bez.: Bezirk - Del.: Delegierte - Gde.: Gemeinde - GR: Gemeinderat - LBV: Landwirtschaftlicher Bezirksverein - Vers.: Versammlung

- 1 Zur Revolutionstheorie vgl.: Klaus von Beyme (Hg.): Empirische Revolutionsforschung. 1973; Urs Jaeggi / Sven Papcke (Hg.): Revolution und Theorie 1. 1974; Martin Jänicke (Hg.): Herrschaft und Krise. 1973; Joachim Raschke: Soziale Bewegungen. 1985; Rolf Peter Sieferle: Die Revolution in der Theorie von Karl Marx. 1979; Ekkart Zimmermann: Krisen, Staatsstriche und Revolutionen. 1981.
- 2 Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik. 1984, S. 22.
- 3 Vgl. Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/19. 1985; Eberhard Kolb (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. 1972; Kolb 1984 (wie Anm. 2); Detlev J. K. Peukert: Die Weimarer Republik. 1987; Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19. 1968; Reinhard Rürup: Revolution und demokratische Neuordnung 1918/19. In: ZWLG 37 (1978), S. 294-306. Die ältere Literatur in: Georg P. Meyer: Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19. 1977.
- 4 Kluge 1985 (wie Anm. 3), S. 8.
- 5 Dieter Stievermann u. a. (Hg.): Geschichte der Stadt Biberach. 1991; Fritz Maier u. a.: Friedrichshafen Heimatbuch. Bd. 2, 1994; Werner Heinz: Altdorf - Weingarten 1805-1945. 1990; Norbert Kruse u. a. (Hg.): Weingarten. 1992; Lothar Burchardt u. a.: Konstanz im 20. Jahrhundert. 1990; Gert Zang (Hg.): Arbeiterprovinz (Singen). 1989; Herbert Berner/Reinhard Brosig (Hg.): Singen - die junge Stadt. 1994. - Regionale Literatur: Manfred Dietenberger: „...die Enkel fechtens besser aus!“ Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oberschwaben. 1984 (unzulängliche Kompilation); Wolfgang Glaeser: Metaller am See. Zur Geschichte der Gewerkschaften in Oberschwaben bis 1933. 1993.
- 6 Vgl. Peter Eitel/Elmar L. Kuhn (Hg.): Oberschwaben. 1995; Hans-Georg Wehling (Hg.): Oberschwaben. 1995.
- 7 Die ältere Literatur: Wilhelm Bloss: Von der Monarchie zum Volksstaat. 2 Bde., 1922-23; Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Bd. 2. 1948; Ludwig von Köhler: Zur Geschichte der Revolution in Württemberg 1918-1920. 1930; Fritz Rück: November 1918. In: Ders.: Schriften zur deutschen Novemberrevolution 1918. (1958) 1978; Karl Weller: Die Staatsumwälzung in Württemberg 1918-1920. 1930. - Neuere Literatur: Günther Cordes: Krieg, Revolution, Republik. Die Jahre 1918 bis 1920 in Baden und Württemberg. 1978; Günther Cordes: Das Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg. In: Beiträge zur Landeskunde (1979), 5, S. 7-15; Gertrud Kling: Die Novemberrevolution 1918 und der Kampf um die Verteidigung der Demokratie im Frühjahr 1919 in Württemberg. Phil. Diss. Halle 1967; Eberhard Kolb/Klaus Schönhoven (Bearb.): Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19. 1976, Einleitung; Eberhard Naujoks: Württemberg 1864 bis 1918. In: Hansmartin Schwarzmaier u. a. (Hg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 3. 1992, S. 422 ff.; Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg. 1983; Manfred Scheck: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1920. 1981.
- 8 Paul Hahn: Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. 1923, S. 17.
- 9 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919. 1978, S. 62.
- 10 Vgl. Gerald D. Feldman u. a.: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920). In: PVS 13 (1972), S. 84-105; Kluge 1985 (wie Anm. 3); Peukert 1987 (wie Anm. 3).
- 11 Zu Struktur und Entwicklung der Stadt vgl.: Elmar L. Kuhn: Zeppelin und die Folgen. In: Ders.: Industrialisierung in Oberschwaben und am Bodensee (Geschichte am See 24). 1984, S. 315ff.; Elmar L. Kuhn: Ein Luftschiff über dem König vor dem Alpenpanorama. Friedrichshafen als Kurort und Fremdenstadt vor dem Ersten Weltkrieg. In: Sommerfrische. 1991, S. 125-138; Fritz Maier u. a.: Friedrichshafen Heimatbuch. Bd. 1-2, 1983 u. 1994. - Friedrichshafen war nicht Oberamtsstadt. Oberamtssitz war Tettnang, das aber von Friedrichshafen bereits um 1840 an Einwohnerzahlen überrundet wurde, und vor dem 1. Weltkrieg nur noch ein Drittel, nach dem Krieg nur noch ein Viertel der Einwohner Friedrichshafens zählte. An größeren gewerblichen Betrieben bestand in

- Tettngang nur eine Kistenfabrik mit ca. 100 Beschäftigten. Vgl. K. Statistisches Landesamt (Hg.): Beschreibung des Oberamts Tettngang. 2. Bearb. 1915, S. 671ff.
- 12 Einzelne Passagen sind textidentisch mit: Elmar L. *Kuhn*: „Von den Zinnen des Schlosses weht das Banner der Revolution“. Vor 70 Jahren: Revolution in Friedrichshafen. In: *Leben am See* 6 (1988), S. 342-356. Ausführliche Darstellungen bieten: *Kuhn* 1984 (wie Anm. 11); Elmar L. *Kuhn*: Von der Revolution zum „deutschen Oktober“. Arbeiter-Bewegung in Friedrichshafen 1918 bis 1923. In: Gerhard *Raichle* u. a.: Die ausgesperrte Geschichte (Geschichte am See 26). ³1986, S. 125-255; Elmar L. *Kuhn*: Friedrichshafen in der Weimarer Republik. 1986. Ich weise im folgenden nur die Zitate nach.
 - 13 K. Württ. Kriegsministerium: Monatsbericht Aug. 1918. HStA Stuttgart M 1/11, Bd. 1025, S. 524. Sofern nichts anderes angegeben, beziehen sich alle folgenden Archivsignaturen auf das HStA Stuttgart.
 - 14 Alfred *Colsmann*: Luftschiff voraus! 1933, S. 207.
 - 15 *Gunther Mai*: Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1918. 1983, S. 373.
 - 16 K. Württ. Kriegsministerium, Monatsbericht Okt. 1918 (wie Anm. 13), S. 576.
 - 17 Christof von *Ebbinghaus*: Die Memoiren des Generals von Ebbinghaus. 1928, S. 37.
 - 18 *Köhler* 1930 (wie Anm. 7), S. 94.
 - 19 Die rote Fahne (Stuttgart) 16.11.1918. Nr. 3, S. 2.
 - 20 Seeblatt 11.11.1918, Nr. 260, S. 1.
 - 21 Wie Anm. 19.
 - 22 Regierungsblatt für Württemberg (1918), S. 253.
 - 23 *Kolb/Schönhoven*: 1976 (wie Anm. 7), S. LIX.
 - 24 *Regierungsblatt* für Württemberg (1918), S. 293f.
 - 25 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 378.
 - 26 Schwäbische Tagwacht 29.12.1918, Nr. 300, S. 3. - Auf die Vorgänge 1918/19 in Tettngang gehe ich hier nicht ein, da sie völlig im Schatten der Friedrichshafener Entwicklung stehen. Tettngang entsendet nach einer geheimen Wahl am 10. Dez. einen *Rechtsanwalt*, einen Dentisten und einen Zimmermeister in die Vollversammlung des Bezirks-Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats in Friedrichshafen. Das Filialbüro des Friedrichshafeners Rats in Tettngang ist zunächst mit zwei, von Feb. bis Aug. mit einem Funktionär besetzt, die den Kommunalverband kontrollieren und Beschwerden entgegennehmen. Die Verwaltungen des Oberamts und der Stadt entziehen sich jeder Kontrolle der Räte. Die Stadt Tettngang weigert sich stets, das Tettnganger Büro mitzufinanzieren. Vgl. *Kuhn*³ 1986 (wie Anm. 12), S. 160, 173f., 177; Andreas *Fuchs*: Die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in der Oberamtsstadt Tettngang 1866 bis 1933. 1992, S. 16ff.; P. *H(eidtmann)*: Das Ende des ersten Weltkriegs am 11. Nov. 1918 wurde in Tettngang mit einem „Hoch auf die Soziale Republik“ begrüßt. In: Schwäbische Zeitung. Ausg. Tettngang, 6.11.1993, Nr. 257, S. 5-6.
 - 27 BezirksAR *Friedrichshafen* an Landesausschuß der ARe Württemberg 1.4.1919, E 135, Bü 79.
 - 28 *Rück* 1958/78 (wie Anm. 7), S. 20.
 - 29 E 135, Bü 86. Druck in: *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 378f.
 - 30 *Münzenberg*: Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten. In: Die rote Fahne (Stuttgart) 16.11.1918, Nr. 3, S. 1f.
 - 31 *Kuhn* ³1986 (wie Anm. 12), S. 143 und *Kuhn* 1988 (wie Anm. 12), S. 346.
 - 32 Vgl. *Cordes* 1978 (wie Anm. 7), S. 80.
 - 33 BezirksAR Friedrichshafen an Landesversammlung der Arbeiterräte Stuttgart 28.02.1919, E 135, Bü 71.
 - 34 Wie Anm. 33.
 - 35 *Brutus*: Das Rätssystem. In: Die rote Seefahne 5.4.1919, Nr. 4, S. 1.
 - 36 Seeblatt 8.5.1919, Nr. 106, S. 3.

- 37 Seeblatt 12.5.1919, Nr. 109, S. 2.
- 38 Wie Anm. 36.
- 39 Seeblatt 2.7.1919, Nr. 150, S. 3.
- 40 Seeblatt 4.7.1919, Nr. 150, S. 3.
- 41 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 464. In der Literatur wird bisweilen die Aufhebung des Auflösungsbeschlusses übersehen.
- 42 Seeblatt 30.7.1919, Nr. 174, S. 3.
- 43 Seeblatt 28.7.1919, Nr. 172, S. 4.
- 44 Seeblatt 23.8.1919, Nr. 194, S. 3.
- 45 BezirksAR Friedrichshafen an Landesausschuß der ARe 24.9.1919, E 135, Bü 71.
- 46 BezirksAR Friedrichshafen an Landesausschuß der ARe 15.12.1919, E 135, Bü 71.
- 47 *Kolb* 1972 (wie Anm. 3), S. 165f.
- 48 *Seeblatt* 20.9.1919, Nr. 218, S. 2.
- 49 *Seeblatt* 21.5.1920, Nr. 117, S. 3.
- 50 Seeblatt 13.3.1933, Nr. 37.
- 51 Die rote Seefahne 2.4.1919, Nr. 1, S. 2. Abbildungen „Die rote Seefahne“ Nummern 1, 6 u. 11. In: *Glaeser* 1993 (wie Anm. 5), S. 96 und *Kuhn* ³1986 (wie Anm. 12), S. 208.
- 52 Seeblatt 6.12.1918, Nr. 282, S. 2.
- 53 *Mai* 1983 (wie Anm. 15), S. 425.
- 54 *Seeblatt* 13.11.1918, Nr. 262, S. 3.
- 55 Seeblatt 9.12.1919, Nr. 284, S. 2.
- 56 Seeblatt 7.1.1919, Nr. 4, S. 2.
- 57 Seeblatt 20.1.1919, Nr. 15, S. 3.
- 58 Genaue Wahldaten 1890-1983 für Friedrichshafen in: Elmar L. *Kuhn*: Industrialisierung in Oberschwaben und am Bodensee (Geschichte am See 24). 1984, S. 676ff. mit Vergleichszahlen.
- 59 Vgl. Peter *Lösche*: Räteysteme im historischen Vergleich. In: PVS Sonderheft 2 (1970), S. 70-85; Udo *Bermbach* (Hg.): Theorie und Praxis der direkten Demokratie. 1973.
- 60 Horst *Dahn*: Rätedemokratische Modelle. 1975, S. 60.
- 61 ASR Friedrichshafen an ABSR Stuttgart 13.11.1918, E 135, Bü 71.
- 62 Seeblatt 16.11.1918, Nr. 265, S. 2.
- 63 *Kolb* ² 1978 (wie Anm. 9), S. V.
- 64 Donau-Wacht (Ulm) 18.12.1918, Nr. 296, S. 1.
- 65 Oberschwäbische Freie Presse 12.11.1921, Nr. 1. Reproduktion in: *Kuhn* 1984 (wie Anm. 58), S. 215.
- 66 Detaillierte Daten in: Statistisches Handbuch für (das Königreich) Württemberg (1910 u. 1911), S. 26f., 131f.; 23 (1914-1921), S. 15; 24 (1922-1926), S. 20ff., 111; K. Statistisches Landesamt (Hg.): Württembergische Gemeindestatistik (1907), 1910; *Kuhn* 1984 (wie Anm. 58), S. 483ff., 520ff.; Elmar L. *Kuhn* (Hg.): Berufs- und Gewerbestatistik des deutschen Bodenseeraumes und Oberschwabens 1882-1939 (Geschichte am See 36/1), 1987.
- 67 Vgl. C. *Crosse*, C. *Raith*: Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871. 1912, S. 53ff.; *Kuhn* 1984 (wie Anm. 58), S. 663ff.
- 68 *Landesvorstand* der Sozialdemokraten Württembergs: Berichte zur Landesversammlung 1912-1921. Die Mitgliederzahlen im Bericht 1913, S. 89f., 100f.
- 69 Vgl. die in Anm. 6 genannte Literatur.
- 70 *Rümelin*: Der Volkscharakter. In: K. Statistisch-Topographisches Bureau (Hg.): Das Königreich Württemberg. 1863, S. 419; V. *Rümelin*: Der Volkscharakter. In: Kgl. statistisch-topographisches Bureau (Hg.): Das Königreich Württemberg. Bd. 2, 1. 1884,

- S. 248; V. *Hartmann*: Volkscharakter. In: K. Statistisches Landesamt (Hg.): Das Königreich Württemberg. Bd. 1. 1904, S. 69.
- 71 *Willy Münzenberg* in: *Max Barthel*: Kein Bedarf an Weltgeschichte. 1950, S. 45. Vgl. *Walter Benjamin*: Ges. Schriften. Bd. I, 3. 1974, S. 1232.
- 72 Für die folgende Darstellung habe ich neben der regionalen (vgl. Anm. 7, 8, 58.) und lokalen Literatur (vgl. Anm. 5, 12) ausgewertet: - Bestand E 135 (Revolutionsarchiv) im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Ich zitiere noch nach dem Repertorium von 1958. Mittlerweile wurde ein separater Bestand E 135a „Landesausschuß der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs“ gebildet. Die neuen Büschel-Nummern lassen sich aber nach dem neuen Repertorium von 1988 leicht ermitteln.) - Regionale Zeitungen: (jeweils Nov. 1918 - Juni 1919 soweit nichts anderes angegeben): Anzeiger vom Oberland (Biberach), Volksfreund für Oberschwaben (Ehingen), Laupheimer Verkündiger, Allgäuer Volksfreund (Leutkirch), Riedlinger Zeitung, Der Oberländer (Saulgau), Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Tettngang, Seeblatt (Friedrichshafen im OA Tettngang, 1900-1933), Waldseer Wochenblatt, Oberschwäbischer Anzeiger (Ravensburg, 1918-23). - Arbeiterpresse: Donau-Wacht (SPD, Ulm, 1918-19, 1923), Schwäbische Tagwacht (SPD, Stuttgart, Nov. 1918 - Ende 1919), Die rote Fahne (Spartakusbund, Stuttgart, Nov. 1918), Der Sozialdemokrat (USPD, Stuttgart, 1919-1920), Kommunist (KPD, Stuttgart, 1922-23), Oberschwäbische Freie Presse (KPD, Ravensburg, 1921-22), Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs (Stuttgart, 1919-20). - Regionale und lokale Literatur zu Arbeiterbewegung, Revolution und Räten: *Dietenberger* 1984 (wie Anm. 5); *Glaeser* 1993 (wie Anm. 5); *Hartwig Abraham*: Geschichte der Biberacher Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. 1983; *Petra Schmid*: Die Revolution 1918/19 in Ravensburg. Zulassungsarbeit 1983; *Michael Weber*: Das Kriegsjahr 1918 in Ravensburg im Spiegel der lokalen Presse. Zulassungsarbeit 1986; *Thomas Neff*: Die Soldatenräte in Weingarten 1918/19, Wiss. Arbeit 1980; zu Tettngang: *Fuchs* 1992 (wie Anm. 26) und *P. H(eidtmann)* 1993 (wie Anm. 12); zu Friedrichshafen: *Kuhn* 1986 (wie Anm. 12) und *Gerhard Raichle* u. a.: SPD 1907-1982. Ortsverein Friedrichshafen. 1982; *Ursula Daiber*: Der Arbeiter- und Bauernrat Waldsee 1918-1920. Zulassungsarbeit 1979; *Andreas Fuchs*: 100 Jahre Sozialdemokratie in Wangen. In: Schwäbische Zeitung, Ausg. Wangen 30.12.1994, Nr. 301, S. 2. *SPD-Ortsverein Wangen* (Hg.): 1894-1994 Festschrift der Sozialdemokratie in Wangen i. A.. 1995. - Weitere Einzelheiten ließen sich aus den einschlägigen Beständen der Oberämter im Staatsarchiv Sigmaringen, in den Kreisarchiven und in den Stadtarchiven ermitteln, die nicht eingesehen wurden (benutzt wurde der Bestand im Kreisarchiv Bodenseekreis für Tettngang und Friedrichshafen).
- 73 *Scheck* 1981 (wie Anm. 7), S. 115.
- 74 OA Ravensburg an Stv. Generalkommando Stuttgart 3.11.1918, StA Ludwigsburg F 193, Bü 339. Abweichend der Bericht in der Oberschwäbischen Volkszeitung nach *Schmid* 1983 (wie Anm. 72), S. 52.
- 75 Oberschwäbische Volkszeitung 11.11.1918 nach E 135, Bü 39. Vgl. *Schmid* 1983 (wie Anm. 72), S. 54f.; *Weber* 1986 (wie Anm. 72), S. 43f.
- 76 Kundgebung der provisorischen Regierung 9.9.1918 in: Regierungsblatt für Württemberg (1918), S. 291.
- 77 *Schmid* 1983 (wie Anm. 72), S. 66; *Weber* 1986 (wie Anm. 72), S. 66.
- 78 *Hahn* 1923 (wie Anm. 8), S. 16, 18f.
- 79 Abbildung des Aufrufs in *Fuchs* 1994 (wie Anm. 72), S. 2.
- 80 Waldseer Wochenblatt 18.11.1918, Nr. 267 u. 20.11.1918, Nr. 269.
- 81 *Abraham* 1983 (wie Anm. 72), S. 61.
- 82 Riedlinger Zeitung 12.11.1918, Titelseite.
- 83 Riedlinger Zeitung 14.11.1918, Nr. 265.
- 84 Allgäuer Volksfreund 13.11.1918, Nr. 263.
- 85 Schwäbische Tagwacht 15.11.1918, Nr. 270, S. 3.
- 86 *Edgar Walter* in: *Kruse* u. a. 1992 (wie Anm. 7), S. 342.

- 87 Die rote Fahne (Stuttgart) 16.11.1918, Nr. 3, S. 2.
- 88 Allgäuer Volksfreund 11.11.1918, Nr. 261.
- 89 Schultheißenamt Baienfurt an OA Ravensburg 16.6.1919, StA Sigmaringen Wü 65/26, Acc. 8/1954, Bü 32. Vgl. *Schmid* 1983 (wie Anm. 72), S. 57.
- 90 Vgl. *Cordes* 1978, (wie Anm. 7), S. 116.
- 91 SPD Leutkirch an Landesausschuß der ARe Württembergs 18.4.1919, E 135, Bü 70. Vgl. Vereinigte Gewerkschaften Wangen an LandesAR Stuttgart 4.8.1919, Bü 71.
- 92 Die Bezeichnungen werden im folgenden meist abgekürzt: A=Arbeiter, B=Bauern, Bü=Bürger, S=Soldaten, R=Rat, also ABSR=Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Rat.
- 93 Vgl. Gunther *Mai*: Die Sozialstruktur der württembergischen Arbeiter- und Bauernräte 1918/19. In: *IWK* 15 (1979), S. 375-404. Eine ähnlich detaillierte Analyse kann hier nicht vorgelegt werden.
- 94 *Daiber* 1979 (wie Anm. 72), Anl. 9.
- 95 Flugblatt in *Kuhn* ³1986 (wie Anm. 12), S. 143.
- 96 Wie Anm. 75.
- 97 Stadtarchiv Leutkirch Bü 1885.
- 98 Laupheimer Verkündiger 21.11.1918, Nr. 181.
- 99 Anzeiger vom Oberland 13.11.1918, Nr.308, Titelseite. Ähnlich Laupheim, Leutkirch, Ravensburg, Riedlingen, Waldsee, Wangen. Vgl. Waldseer Wochenblatt 15.11.1918, Nr. 265.
- 100 Wie Anm. 75 und 97.
- 101 Flugblatt ABSR Friedrichshafen, abgebildet in *Glaeser* 1993 (wie Anm. 5), S. 77 und *Kuhn* ³ 1986 (wie Anm. 12), S. 168.
- 102 Volksfreund für Oberschwaben 24.12.1918, Nr. 298, S. 1209.
- 103 E 135, Bü 29.
- 104 Vgl. *Cordes* 1978 (wie Anm. 7), S. 121 und *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 448f.
- 105 Vgl. *Cordes* 1978 (wie Anm. 7), S. 121 und *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 456, 462f.
- 106 *Keil* 1948 (wie Anm. 7), S. 109f.
- 107 Anzeiger vom Oberland 1.12.1918, Nr. 326, S. 1438.
- 108 Entwurf 12.2.1919 in E 135, Bü 70. Druck in: Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Mai 1919, Nr. 2, S. 4.
- 109 E 135, Bü 86. Druck in: *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 364-366.
- 110 Verzeichnis der Ausgaben der Kommunen für die Räte bis zum 31.3.1919 in E 151bII, Bü 225, ergänzt durch verstreute Angaben über die Überweisungen des Landesausschusses an die örtlichen und Bezirksräte in E 135. Vgl. Tab. 2.
- 111 E 135, Bü 53.
- 112 Protokoll der Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs am 1.-3.1919. E 135, Bü 84, S. 93.
- 113 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 278.
- 114 Riedlinger Zeitung 11.3.1919, Nr. 58.
- 115 Württembergischer Landtag, 39. Sitzung 16.7.1919, Prot. S. 854.
- 116 AR Föll an Landesausschuß der ABRe 4.1. u. 13.1.1920, E 135, Bü 71.
- 117 *Scheck* 1981 (wie Anm. 7), S. 315.
- 118 Nach *Landesvorstand* der SP Württemberg-Hohenzollern, Bericht an die Landesversammlung 1919, S. 32, 54ff.
- 119 Oberschwäbischer Anzeiger 14.11.1918, Nr. 477, S. 1.
- 120 Anzeiger vom Oberland 19.11.1918, Nr. 314, S. 1384.
- 121 Allgäuer Volksfreund 13.11.1918, Nr. 263.

- 122 Anzeiger vom Oberland 25.11.1918, Nr. 320, S. 1413.
- 123 Anzeiger vom Oberland 5.12.1918, Nr. 330, Titelblatt.
- 124 Riedlinger Zeitung 24.12.1918, Nr.299. Ebenso: Der Oberländer 7.1.1919, Nr. 4, S. 3.
- 125 Anzeiger vom Oberland 25.11.1918, Nr. 320, S. 1413.
- 126 Waldseer Wochenblatt 4.12.1918, Nr. 281. Vgl. Volksfreund für Oberschwaben 17.1.1919, Nr. 13, S. 52.
- 127 Vgl. Der Jude Eisner. In: Allgäuer Volksfreund 30.11.1918, Nr. 278; Riedlinger Zeitung 24.12.1918, Nr. 299; Die Juden. In: Waldseer Wochenblatt 19.5.1919, Nr. 114.
- 128 BezirksAR Ravensburg an Landesaussschuß der ABR 24.12.1919, E 135, Bü 71.
- 129 ASR Wangen an Ministerium des Innern 5.12.1918, E 135, Bü 79.
- 130 OA Leutkirch an Ministerium des Innern 30.6.1919, E 151bII, Bü 225.
- 131 OA Saulgau an Ministerium des Innern 15.6.1919, E 151bII, Bü 225.
- 132 OA Biberach an Ministerium des Innern 16.6.1919, E 151bII, Bü 225.
- 133 OA Biberach an Ministerium des Innern 12.1.1920, E 151bII, Bü 226.
- 134 Volksfreund für Oberschwaben 17.4.1919, Nr. 90, S. 362.
- 135 Laupheimer Verkündiger 6.5.1919, Nr. 68 und andere Zeitungen.
- 136 Schwäbische Tagwacht 7.12.1918, Nr. 298, S. 3.
- 137 Die Literatur zu diesem Kapitel siehe Anm. 5, 7, 8, 58, 72. Vgl. auch *Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres* (Hg.): Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919-1923. 1939.
- 138 Vgl. die Wahldaten in: Carl *Raith*: Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Württembergischen Landesversammlung und deutschen Nationalversammlung am 12. und 19. Jan. 1919 nach Oberämtern und Gemeinden. 1919, S. 77ff.; Josef *Griesmeier*: Die Reichswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919-1930. In: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde (1930/31), S. 151ff.; *Kuhn* 1984 (wie Anm. 58), S. 665ff.
- 139 ASR Ravensburg an Vollzugsausschuß des ARs Stuttgart 12.1.1919, E 135, Bü 71.
- 140 *Scheck* 1981 (wie Anm. 7), S. 220.
- 141 Flugblatt E 135, Bü 52; Abbildungen von Flugblättern in *Kuhn* 1984 (wie Anm. 58), S. 202f. und in *Glaeser* 1993 (wie Anm. 5), S. 98.
- 142 Anzeiger vom Oberland 2.5.1919, Nr. 177, S. 562.
- 143 Abbildungen von Flugblättern des Aktionsausschusses zum 1. Mai in: *Dietenberger* 1984 (wie Anm. 5), S. 100f.
- 144 Bezirksstab an Staatsministerium 7.8.1919, E 135, Bü 72.
- 145 Siehe Anm. 138.
- 146 *Feldman* u. a. 1972 (wie Anm. 10), S. 98f.
- 147 Der Sozialdemokrat 26.6.1920, S. 3.
- 148 Oberschwäbischer Anzeiger 22.9.1920, Nr. 257.
- 149 OA, Stadtschultheißenamt, Einwohnerwehr Ravensburg an Staatsministerium 28.6.1920, Kreisarchiv Bodenseekreis Dok Qr-6/97.529.
- 150 Abbildung einer Aufforderung der Friedrichshafener Konzernbetriebe an die Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen in: *Glaeser* 1993 (wie Anm. 5), S. 137.
- 151 Vgl. Hans-Otto *Binder* in: *Stievermann* u. a. 1991 (wie Anm. 5), S. 559ff.
- 152 Zahlen nach den Berichten des Landesvorstandes an die Landesversammlungen 1919, S. 54ff.; 1921, S. 13ff.; 1925, S. 30ff., vgl. S. 60.
- 153 Der Sozialdemokrat 20.3.1920, S. 8; 1.7.1920, S. 3; 4.10.1920, S. 2; 7.10.1920, S. 2; 8.10.1920, S. 3.
- 154 *Glaeser* 1993 (wie Anm. 5) S. 117.
- 155 Allgemein zu den Bauernräten vgl. Heinrich *Muth*: Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiter-Räte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte. In: VZG 21 (1973), S. 1-38; Martin *Schumacher*: Land und Politik (1914-1923). 1978. Über die

- württembergischen Bauernräte informieren bisher nur zwei kurze Abschnitte in: Hans *Lang*: Die württembergische Landwirtschaftsverwaltung im 19. Jahrhundert. 1971, S. 126ff. und: *Mai* 1979 (wie Anm. 93), S. 393ff., 399ff.
- 156 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. II, S. 2. 1957, S. 366f. - Die klassische Vergleichsstudie: Wilhelm *Mattes*: Die bayerischen Bauernräte. 1921.
- 157 Anzeiger vom Oberland 15.11.1918, Nr. 310, S. 1366; Allgäuer Volksfreund 15.11.1918, Nr. 265. Schwäbischer Bauernfreund (1918), S. 246.
- 158 Schwäbischer Bauernfreund (1918), S. 252.
- 159 *Cordes* 1978 (wie Anm. 7), S. 113; Die rote Fahne 15.11.1918, Nr. 2, S. 2. Vgl. *Hoernle*: Die Bauern und die Revolution. In: Die rote Fahne 21.11.1918, Nr. 7, S. 1.
- 160 *Cordes* 1978 (wie Anm. 7), S. 119. Eine Polemik dazu in: Schwäbischer Bauernfreund (1919), S. 20.
- 161 Vgl. auch „Richtlinien für die Landbevölkerung“ des Vollzugsrates des ASR Berlin, beim Zentralrat eingegangen 12.12.1918, Int. Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv des Zentralrats, Bü 10.
- 162 E 135, Bü 70.
- 163 Oberschwäbischer Anzeiger 16.11.1918, Nr. 480, S. 2.
- 164 OA Ravensburg an Ministerium des Innern 14.3.1919, E 151bII, Bü 225.
- 165 Waldseer Wochenblatt 20.11.1918, Nr.269.
- 166 Der Oberländer 25.11.1918, Nr. 273, S. 3.
- 167 Der Oberländer 10.4.1919, Nr.84, S. 3.
- 168 Waldseer Wochenblatt 9.12.1918, Nr. 285.
- 169 Anzeiger vom Oberland 9.2.1919, Nr. 38, S. 194.
- 170 OA Wangen an Ministerium des Innern 12.7.1919, E 151bII, Bü 225.
- 171 Riedlinger Zeitung 27.11.1918, Nr. 276.
- 172 Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft (1919), S. 6.
- 173 Protokoll in: Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft (1919), S. 453-456, S. 462-464.
- 174 Rote Fahne (Berlin) 1.12.1918, nach *Muthe* 1973 (wie Anm. 155), S. 17, Anm. 46.
- 175 Reichsernährungsministerium an Württ. Bevollmächtigten beim Staatenausschuß 22.5.1919, E 151bII, Bü 226.
- 176 Vgl. dazu *Lang* 1971 (wie Anm. 155) S. 121 ff.; Allgäuer Volksfreund 14.3.1919, Nr. 61; Karl *Mühling* : Die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Württemberg. Staatswiss. Diss. Tübingen 1923.
- 177 Volksfreund für Oberschwaben 19.12.1918, Nr. 294, S. 1192.
- 178 Vgl.: Ein sonderbarer „Zentrums“abgeordneter: In: Schwäbischer Bauernfreund (1919), S. 136.
- 179 BR des Bezirks Leutkirch an Sekr. Walcher 7.12.1918, E 135, Bü 70.
- 180 Ders. an Landesauschuß der ABR 26.3.1919, E 135, Bü 70.
- 181 *Kiechle*: Bauernräte als politische Partei. In: Allgäuer Volksfreund 8.1.1919, Nr. 5; *Kiechle*: Die Wahlen und der Verein der Landwirte Oberschwabens. In: Allgäuer Volksfreund 16.1.1919, Nr. 12.
- 182 *Kiechle* 8.1.1919 (wie Anm. 181).
- 183 Der Oberländer 10.4.1919, Nr. 84, S. 3.
- 184 Schwäbischer Bauernfreund (1919), S. 110, vgl. 120; Oberschwäbischer Anzeiger 8.5.1919, Nr. 123, S. 1.
- 185 Allgäuer Volksfreund 14.1.1919, Nr. 10.
- 186 Satzung für die Gemeinde- und Bezirksbauernräte und den Landesbauernrat in Württemberg, 1919. Kreisarchiv Bodenseekreis Dok Kw 97.389.
- 187 Bezirksversammlung 13.12.1918, Schwäbischer Bauernfreund (1918), S. 259.

- 188 Riedlinger Zeitung 16.1.1919, Nr. 12.
- 189 OA Riedlingen an Ministerium des Innern 18.6.1919, E 151bII, Bü 225.
- 190 Vors. BezirksBR an OA Ehingen 25.6.1919, E 151bII, Bü 225.
- 191 Riedlinger Zeitung 21.3.1919, Nr. 67.
- 192 Schwäbischer Bauernfreund (1919), S. 4.
- 193 Landesbauernrat in: Laupheimer Verkündiger 24.5.1919, Nr. 78.
- 194 Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft (1919), S. 454. Gegen diese loyale Haltung und auch gegen den Zentrums-Ernährungsminister polemisiert der Bauernverein, der auch antisemitische Argumente nicht scheut.
- 195 OA Leutkirch an Ministerium des Innern 30.6.1919, E 151bII, Bü 225.
- 196 Der Oberländer 7.4.1919, Nr. 61, S. 2.
- 197 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 379.
- 198 BezirksAR Friedrichshafen an Landesauschuß der ARe 15.12.1919, E 135, Bü 71.
- 199 Tätigkeitsbericht 12.3.1919, E 135, Bü 70. Im Druck (wie Anm. 109) andere Formulierung: „sie sehr wenig Interesse für das allgemeine Wohl empfinden und deshalb ihre Tätigkeit auf eine sehr minimale beschränken.“
- 200 Anzeiger vom Oberland 9.2.1919, Nr. 38, S. 194.
- 201 K. Ott an „Werter Genosse“ (im Landesauschuß der ARe) 10.3.1919, E 135, Bü 70.
- 202 *Mattes* 1921 (wie Anm. 155), S. 90.
- 203 Schwäbischer Bauernfreund (1919), S. 34.
- 204 Hans-Joachim *Bieber*: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920. 1992, S. 49.
- 205 Z. B. Schwäbischer Merkur 13.11.1918, Nr. 535; Seeblatt 13.11.1918, Nr. 262; Waldseer Wochenblatt 13.11.1918, Nr. 263.
- 206 Riedlinger Zeitung 16.11.1918, Nr. 267. Durch diesen Aufruf könnte die Bildung des Riedlinger Volksrates inspiriert worden sein.
- 207 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Tettnang 14.12.1918, Nr. 290, S. 3; Oberschwäbischer Anzeiger 14.12.1918, Nr. 508, S. 4.
- 208 Zeitungsausschnitt in E 135, Bü 20.
- 209 Württ. Landesbibliothek Stuttgart: Kl. Württ. Drucksachen: Württemberg / Bürgerräte 75-03-12.
- 210 Allgäuer Volksfreund 18.11.1918, Nr. 267 u. 25.11.1918, Nr. 273.
- 211 Allgäuer Volksfreund 4.12.1918, Nr. 281.
- 212 Volksrat an ASR Ravensburg 28.11.1918, E 135, Bü 86.
- 213 Oberschwäbischer Anzeiger 2.12.1918, Nr. 495, S. 2.
- 214 Volksfreund für Oberschwaben 20.12.1918, Nr. 295, S. 1196.
- 215 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Tettnang 28.4.1919, Nr. 94; Oberschwäbischer Anzeiger 28.4.1919, Nr. 113, S. 4.
- 216 Oberschwäbischer Anzeiger 3.4.1920, Nr. 90, S. 6.
- 217 Der Reichsbürger 1 (1920), Nr. 23/24, S. 392.
- 218 Die Mitgliederlisten des Reichsbürgerrats in: *Reichsbürgerrat* (Hg.): Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung. o. J. (1920), S. 26; Ders. (Hg.): Der Reichsbürgerrat 1920-1921. o. J., S. 56; Ders. (Hg.): Der Reichsbürgerrat 1921-1922. o. J., S. 46.
- 219 Süddeutsche Arbeiter-Zeitung 1992, Nr. 40, S. 3.
- 220 *Bieber* 1992 (wie Anm. 204), S. 386.
- 221 Zu den Soldatenräten allg. Ulrich *Kluge*: Soldatenräte und Revolution. 1975; *Hahn* 1923 (wie Anm. 8); Ulrich *Kluge*: Das „württembergische Volksheer“ 1918/19. In: Günther *Doeker* u. a. (Hg.): Klassenjustiz und Pluralismus. FS E. Fraenkel. 1973. S. 92-130; Gunther *Mai*: Die Sozialstruktur der württembergischen Soldatenräte 1918/1919. In: IWK 14 (1978), S. 3-28; Klaus *Schönhoven*: Die württembergischen Soldatenräte in der Revolution von 1918/19. In: ZWLG 33 (1974), S. 236-257. Zu Weingarten: *Neff* 1980

- (wie Anm. 72), und den Tätigkeitsbericht des Garnisonssoldatenrats Weingarten Aug. 1919 in: *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 383-390. Zu Truppen und Garnison: A. *Mack*: Württembergisches Landw.-Inf.-Regiment Nr. 123 im Weltkrieg 1914-1918. 1922; G. *Wolters*: Das Infanterie-Regiment König Wilhelm I. (6. Württ.) Nr.124 im Weltkrieg 1914-1918. 1921; Stadt Weingarten (Hg.): Weingarten als Garnison und seine Truppenteile. 1966.
- 222 *Hahn* (wie Anm. 8), S. 15.
- 223 Wie Anm. 75.
- 224 Allgäuer Volksfreund 14.11.1918, Nr. 264.
- 225 Ein Überblick für 1918 in: *Otto von Moser*. Die Württemberger im Weltkriege. 1928, S. 199ff.
- 226 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 384.
- 227 Schwäbische Tagwacht 12.11.1918, Nr. 267, S. 1.
- 228 E 135, Bü 52.
- 229 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 450ff.; Druck mit Zusätzen für Weingarten E 135, Bü 52.
- 230 *Wilhelm Hitzler*. Die württembergischen Soldatenräte. Typoskript 1919 in M 660, NL *Hahn*, Bd. 23, S. 3.
- 231 *Mai* 1978 (wie Anm. 221), S. 9.
- 232 *Mai* 1978 (wie Anm. 221), S. 23.
- 233 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 384.
- 234 Wie Anm. 231.
- 235 Oberschwäbischer Anzeiger 13.1.1919, Nr. 10, S. 2 und 20.1.1919, Nr. 17, S. 2; Seeblatt 13.1.1919, Nr. 9, S. 1 und 20.1.1919, Nr. 15. S. 1.
- 236 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 125, vgl. S. 168.
- 237 *Hahn* 1923 (wie Anm. 8), S. 104 u. 94.
- 238 *Kluge* 1973 (wie Anm. 221), S. 117.
- 239 Vgl. *Cordes* 1978 (wie Anm. 7), S. 230 und *Kluge* 1973 (wie Anm. 221).
- 240 *Hahn* 1923 (wie Anm. 8), S. 108.
- 241 *Kolb/Schönhoven* 1976 (wie Anm. 7), S. 146 f.
- 242 Garnisonsrat Weingarten an Kriegsministerium 10.6.1919, E 135, Bü 53.
- 243 Landesausschuß der SRe Württembergs an Ministerium des Innern 9.8.1919, E 151bII, Bü 226. Dort auch ähnliche Schreiben von Reichs- und Landesministerien an die Stadt Weingarten.
- 244 *Walter Tormin*: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19. 1954, S. 60.
- 245 *Jaeggi/Papcke* 1974 (wie Anm. 1), S. 259.
- 246 So der ehem. württ. Ministerpräsident v. Weizsäcker für ganz Württemberg nach *Theodor von Pistorius*: Die letzten Tage des Königreichs Württemberg. 1935, S. 76.
- 247 Württ. Landtag 1919 (wie Anm. 115), S. 859.
- 248 *Karl-Ludwig Ay*: Die deutsche Revolution 1914-1948. In: ZbLG 36 (1973), S. 877-896, hier S. 886f.
- 249 *Keil* 1948 (wie Anm. 7), S.122.
- 250 Württ. Landtag 1919 (wie Anm. 115), S. 861.
- 251 Vgl. v. a. *Lösche* 1970 (wie Anm. 59), S. 56-69 sowie: *Oskar Anweiler*: Der revolutionsgeschichtliche Zusammenhang des Räteproblems. In: PVS Sonderh. 2 (1970), S. 70-85; *Volker Arnold*: Rätetheorien in der Novemberrevolution. 1978; *Bermbach* 1973 (wie Anm. 59); *Ernest Mandel* (Hg.): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. 1971; *Dieter Schneider/Rudolf Kuda*: Arbeiterräte in der Novemberrevolution. 1968.
- 252 Seeblatt 5.8.1919, Nr. 179, S. 3.

253 Vgl. *Mai* 1979 (wie Anm. 93).

254 August *Hagen*: Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus. Bd. 4. 1963, S. 59.

255 Vgl. Axel *Honneth*: Kampf um Anerkennung. 1992; Barrington *Moore*: Ungerechtigkeit. 1982.

256 Immer haben sich in diesen sozialen Bewegungen räteähnliche Führungsorgane gebildet. Man wird nach allen historischen Erfahrungen und gerade nach 1989 die dauerhafte Institutionalierungs- und Funktionsfähigkeit solcher auf Dauerengagement der Basis angewiesenen Organe skeptisch beurteilen müssen.

257 Jürgen *Habermas*: Die Normalität einer Berliner Republik. 1995, S. 49.

258 Peter *Blickle*: Gesellschaft Oberschwaben für Geschichte und Kultur (Prospekt). 1996.